

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juni 1928 bis 1932**

NWO-Sonderheft Nr. 65



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 1928 bis 1932

NWO-Sonderheft Nr. 65

Terror der Antichristen vom 01.06.1928-31.12.1932

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 1928 bis 1932	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juni 1928 bis 1932

Der Zeit aber wollen wir nicht nachlaufen; wir wollen in ihr leben.
Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)

1928

Am 10. Juni 1928 forderte ein Eisenbahnunglück bei Nürnberg 24 Tote und 20 Verletzte. Nach dem Attentat auf Parteiführer Radic und 4 kroatische Abgeordnete, die am 20. Juni 1928 in der Skupschtina (serbische Bundesversammlung) durch einen serbischen Abgeordneten angeschossen wurden, drohte der Zerfall des jugoslawischen Staates. Radic starb 7 Wochen später (x086/34). Nach dem Tod des ungemein beliebten kroatischen Parteiführers Radic ereigneten sich in Jugoslawien schwere Unruhen, die 1929 zur "Königsdiktatur" führten. Obwohl diese Diktatur 1931 aufgehoben wurde, führten kroatische Bauern der Ustascha-Bewegung, Kosovo-Albaner, Slowenen und andere Minderheiten ab 1931/32 unentwegt Aufstände und Revolten durch, die von den Serben blutig niedergeschlagen wurden.

Goebbels ernannte Reinhold Muchow am 1. Juli 1928 zum NS-Organisationsleiter des Gaues Groß-Berlin. Muchow realisierte dort eine spezielle Gau-Organisationsstruktur (Zelle, Unterstraßenzelle, Straßenzelle, Sektion, Bezirk, Gau), die später im gesamten NS-Staat eingesetzt wurde.

Verschiedene Zeitungen warnten am 22. August 1928 unter der Überschrift "Deutschland im Jahre 1950" vor den Folgen der "Sozialisierungstendenzen" (x034/378): >>... Der Staat hatte aus sozialen Gründen die ganze Privatwirtschaft mit Haut und Haaren verschluckt. ... Die Klassen waren verschwunden. Es gab nur noch die große, khakibraune, einförmige Masse und über ihr 65.000 Gewerkschaftssekretäre.<<

Außenminister Gustav Stresemann kritisierte am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren

haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. (Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht), suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 30. August 1928 über den Reichshaushaltsplan für 1929 (x034/379): >>... Die Lage ist deshalb so prekär, weil der Mangel einer normalen Anlei-hedeckung für die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts die Finanzverwaltung immer wieder zwingt, das Extraordinarium (außerordentlicher Haushaltsplan) mit Mitteln zu finan-zieren, die für den ordentlichen Haushalt bestimmt sind.<<

Am 28. September 1928 wurde Hitlers Rede- und Redeverbot in Preußen aufgehoben. Hitler betätigte sich danach wieder vielerorts bei öffentlichen Veranstaltungen als Redner.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Alfred Hugenberg, erklärte am 21. Oktober 1928 während einer Tagung der DNVP-Abgeordneten (x058/328-329): >>Wir werden, wenn die Zeit gekommen ist, ungeheuerste Verantwortung auf uns nehmen müssen und dürfen sie nicht scheuen – auch nicht die Verantwortung, in schwerer Stunde einmal nein zu sagen. Aber wir müssen dazu ein Fundament des Wollens und Könnens ausbauen, das sie tragen kann. Ich habe gestern schon gesagt: wir dürfen keine Angst haben vor neuen Fragen, im Gegenteil, wir müssen sie ansehen als die Sturmböcke im Kampfe um die letzten Ziele, indem wir sie handelnd beim Schopfe nehmen.

Ziel ist der Ausbau eines neuen Staates, Ziel ist, die Not des Volkes zu bannen. Nicht auf der Grundlage eines westlerischen Liberalismus, auf der die deutsche Volkspartei, so wie sie in den letzten Jahren geführt wurde, arbeitet, sondern auf der Grundlage, die unsere Grundlage ist, nämlich des Gestaltens aus der Eigenart und der Geschichte eines eigenen Volkes heraus, des Aufbaus des Neuen aus diesen beiden Mächten, also eines organischen Aufbaus, der nicht die Dinge wesenlos in die Luft hineinmalt, sondern aus der eigenen Kraft schöpft.

Es ist nun bald ein Scheidepunkt gekommen. In der Tat – zwei Generationen stehen einander gegenüber, eine alte und eine junge. ... Es muß aufwachsen eine junge Generation. Und sie ist da. Das Kriegserlebnis und der Staat von Weimar, der nackt vor uns steht und der alles getan hat, um den Gouvernamentalismus aus den deutschen Herzen auszutreiben, haben uns gehol-fen.

Wir Jungen – gestatten Sie mir dies Wort und bitte, fühlen Sie sich in diesem Sinne als jung – wollen heraus aus dem Geiste des Redens und der Tatenlosigkeit, der ziellosen Zersplitterung des Einerseits und Andererseits, aus dem Geiste, der vermeint mit Taktik und Interessenkampf etwas schaffen, etwas aufbauen oder ein krankes Volk wieder gesund machen zu können, aus dem Geiste der Formeln und Programme und Parteien!

Wir brauchen Menschen, die ein paar ganz große Ziele haben, die wie ein ferner Leitstern am Horizont stehen. Nur wenn man einen solchen Leitstern hat, kann man seinen Weg finden, denn er ist der Wegweiser. Mag das, was dazwischen liegt, noch so verwirrend sein, man braucht nicht hineinzugeraten in Abwege und Umwege, wenn dahinter der Stern steht, der auch im Dunkeln, der im innersten Herzen leuchtet. Und dieser Stern wird in den Herzen der Jugend leuchten.

Dann ist es gleich, ob Wald, ob Feld oder Wüste an dem Wege liegt: Festen Schrittes wird diese Generation ihren Weg gehen, nicht etwa als Menschen, die nicht klar sehen und die in Fanatismus oder Gefühlsduselei Dummheiten begehen, sondern als reife Menschen, die Ge-schichte erlebt und darüber nachgedacht haben und wissen, daß sie vorwärtsschreiten müssen, wenn der Tod sie nicht holen soll, dem sie gewohnt sind ins Auge zu schauen.

Nur in diesem Geiste werden wir einen neuen Aufschwung aller Stände und Teile unseres

Volkes und schließlich das letzte große Ziel erreichen, das im Hintergrunde steht: die Freiheit des deutschen Volkes nach innen und nach außen! ...<<

Der republikanische Präsidentschaftskandidat Herbert Hoover erläuterte am 22. Oktober 1928 während einer Wahlkampfrede das "Amerikanische System" (x149/53,56): >>... Im Laufe von 150 Jahren haben wir eine Form der Selbstregierung und ein gesellschaftliches System aufgebaut, das ganz und gar unser Eigentum ist. Es unterscheidet sich wesentlich von allen anderen in der Welt.

Es ist das Amerikanische System. Es ist ein ebenso bestimmtes und positiv politisches und gesellschaftliches System, wie je eines auf Erden entwickelt worden ist. Es ist auf eine besondere Form der Selbstregierung gegründet, deren eigentliche Basis dezentralisierte lokale Verantwortlichkeit ist.

Darüber hinaus ist es auf die Vorstellung gegründet, daß allein durch geordnete Freiheit, Freisein und durch gleiche Chancen für den einzelnen seine Initiative und sein Unternehmensgeist auf dem Marsch des Fortschritts angespornt werden. Und in unserem Bestehen auf Gleichheit der Chance ist unser System weiter als die ganze Welt fortgeschritten. ...

Was sind die Ergebnisse unseres Amerikanischen Systems gewesen?

Unser Land ist nicht nur wegen seines natürlichen und industriellen Reichtums zum Land der großen Möglichkeiten für diejenigen geworden, die ohne Erbschaft geboren wurden, sondern auch gerade wegen dieser Freiheit der Initiative und des Unternehmertums. ...<<

>>... Durch die Einhaltung der Grundsätze der dezentralisierten Selbstverwaltung, der geordneten Freiheit, der Chancengleichheit und der Freiheit des Individuums hat unser amerikanisches Experiment auf dem Gebiet der menschlichen Wohlfahrt, ein Maß an Wohlergehen gebracht, das auf der ganzen Welt ohne Beispiel ist.

Es ist der Beseitigung der Armut, der Beseitigung der Furcht vor Not näher gekommen, als es der Menschheit jemals zuvor gelungen ist. Der Fortschritt der vergangenen 7 Jahre ist der Beweis dafür. ...<<

Der US-Schriftsteller Thomas C. Wolfe (1900-1938) berichtete damals über die Grundstücksspekulanten in den USA (x191/48): >>... Das Stimmengewirr verband sich zu einem einzigen Kehrreim: Spekulation und Grundstücke.

Überall waren Grundstücksmakler. Ihre Autos und Busse voll zahlloser Kauflustiger lärmten durch die Straßen und hinaus aufs Land. Alles kaufte Grundstücke.

Und es schien nur eine allgemeine und unfehlbare Regel zu geben: kaufen, zu jedem Preis und nach höchstens 2 Tagen zu Phantasiepreisen wieder verkaufen.<<

Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler traf am 30. Oktober 1928 erstmals den Dichter Bertolt Brecht.

Harry Graf Kessler schrieb damals über Brecht (x034/386): >>... Auffallender Dekadentenkopf, fast schon Verbrecherphysiognomie, sehr dunkel, schwarzes Haar, schwarze Augen, dunkle Haut, ein eigenartig lauernder Gesichtsausdruck: fast der typische Ganove. Aber wenn man mit ihm spricht, taut er auf, wird fast naiv. ... Er ist jedenfalls ein "Kopf".<<

Außenminister Gustav Stresemann warnte am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da. ...<<

General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtete am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tankschule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

Der DNVP-Politiker Alfred Hugenberg schlug am 18. November 1928 während einer Rede in Liegnitz ein Bündnis mit dem Stahlhelm vor.

Dieser Zusammenschluß wurde 3 Jahre später realisiert ("Harzburger Front").

Carl Severing (1875-1952, 1920-26 und 1930-32 preußischer Innenminister, 1928-30 Reichsinnenminister, setzte sich entschieden gegen Links- und Rechtsradikale ein) forderte am 12. Dezember 1928 ein erneutes Verbot der KPD-, NSDAP-, RFB- und SA-Kampforganisationen.

Am 15. Dezember 1928 entwickelte sich zwischen Außenminister Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski während der 53. Tagung des Völkerbundsrates eine lautstarke Auseinandersetzung. Zaleski beschuldigte die deutsche Regierung bzw. den Deutschen Volksbund mehrfach pauschal des Hochverrats und der Gefährdung des polnischen Staates.

Stresemann, der nach den z.T. unglaublichen Anklagen und Beleidigungen äußerst aufgeregt war, antwortete trotzdem sachlich (x843/5): >>... Es handelt sich hier um die heiligsten Güter der Menschheit, um Schule, Sprache und Religion, deren Schutz der Völkerbund feierlichst garantiert hat und für die er die Verantwortung vor der ganzen Welt trägt. ... Seit wann ist es verboten, Organisationen zu schaffen und Fragen vor den Völkerbund zu bringen?

Sie wagen es, den Minderheiten nicht zu gestatten, von den im Völkerbund verbrieften Rechten Gebrauch zu machen und sich an den Völkerbund zu wenden! Sie haben von Hochverrat gesprochen. Liebe zur Heimat und Hochverrat sind oft eng miteinander verbunden!

Ich kenne einzelne Persönlichkeiten im Völkerbundsrat, die den Kampf um ihre Heimat mit dem Gefühl ihres Herzens in Einklang bringen. Wollen Sie dieses Recht dem deutschen Volke nehmen?

Sie erklären, daß der Deutsche Volksbund eine Agitation treibe, die auf die Dauer nicht geduldet werden könne, da sie den Bestand des polnischen Staates erschüttere und eine Gefährdung des Friedens bedeute. Das soll eine Gefahr für den Staat sein, wenn eine Organisation von den hier im Völkerbund verbrieften Rechten Gebrauch macht und um die Erziehung ihrer Kinder kämpft?

Ich kann in keiner Weise zugeben, daß diese Auffassung von den Minderheitenrechten im Völkerbund Platz greift. Wenn der Völkerbund sich auf diesen Standpunkt über den Schutz der Religion und Sprache stellt, so ist die Säule erschüttert, auf der der Völkerbund steht.

Ein großer Teil der Menschheit glaubt heute nur noch an den Völkerbund, weil er in ihm den Hüter und Wahrer der Rechte der Minderheiten sieht. Wenn tatsächlich diese Auffassung im Völkerbund nicht mehr herrschen sollte, so werden sich große Staaten überlegen müssen, ob noch weiterhin ihre Mitwirkung überhaupt möglich erscheint. Der Völkerbund ist darauf gebaut, daß er Recht für diejenigen gibt, die in einem anderen Staate für die Grundlage ihrer Nation, für Religion, Glauben und Sprache kämpfen. ...<<

Stresemann fordert zum Schluß, daß die grundsätzliche Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung der Minderheiten als offizieller Tagesordnungspunkt der nächsten Völkerbundstagung aufgenommen werden soll.

Im Deutschen Reich ging es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientierten sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und wurden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegte nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914

= 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität eroberte besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemierzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.



Abb. 60 (x175/236): Daimler Benz: Wahlplakat des 1926 neu entstandenen Berliner Automobilkonzerns.

Trotz alledem erhöhte sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite waren schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen waren die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügte das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen.

Der Arbeitsfrieden war gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgten und unterstützten Millionen von Kriegsoptionen sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat förderte den Wohnungsbau (in 10 Jahren wurden rund 3,0

Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen galten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelte sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film, Rundfunk) und wurde zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

Die Gewerkschaften forderten im Jahre 1928 während des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg die Demokratisierung der Wirtschaft (x149/58): >>Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt.

...<<

Gemäß Lenins Devise - "aufzuholen um zu überholen" - ordnete Stalin ab 1928/29 die Industrialisierung des russischen Agrarstaates an. Der "erste Fünfjahresplan" wurde mit unerbittlicher Härte und gigantischen Anstrengungen durchgesetzt. Der Aufbau bzw. die Modernisierung der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie fordert riesige Opfer und ging zwangsläufig zu Lasten der Verbrauchsgüterproduktion.

Von 1928 bis 1933 rüstete die sowjetische Schwerindustrie die Rote Armee mit modernen Panzern, Kanonen und Flugzeugen aus. Von der übrigen Welt zunächst wenig beachtet, besaß die Rote Armee relativ schnell das größte Landheer der Welt (x059/37). Durch die völlig überzogene Rüstungspolitik wurden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Sowjetunion jedoch ständig größer.

Die UdSSR war außenpolitisch fast vollständig isoliert. Da sich die Sowjets starrsinnig weigerten, die riesigen Schulden und Zahlungsverpflichtungen Rußlands (aus den Jahren 1880-1917) zu übernehmen, erkannte Nordamerika die Sowjetunion bis 1933 diplomatisch nicht an. Die Franzosen und Briten zeigten damals auch kein Interesse an dem offensichtlich geschwächten Bündnispartner des Ersten Weltkrieges.

Die KPdSU berichtete später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/68): >>Als Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes wurde in unserem Lande das unerschütterliche Fundament der sozialistischen Wirtschaft gelegt, nämlich eine erstklassige sozialistische Schwerindustrie und die kollektive, maschinisierte Landwirtschaft aufgebaut, es wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die Bedingungen für eine ununterbrochene Verbesserung der materiellen Lage und der Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen ... geschaffen. ...<<

Ein sowjetischer Ingenieur berichtete später über die praktische Ausführung des ersten Fünfjahresplanes (x191/69): >>Alles, was wir der Führung vorschlagen, wird kritisiert. Es wird nach politischen statt nach technischen Gesichtspunkten beurteilt. ... Wir müssen gehorchen, auch wenn es sinnlos ist. ...

Es gibt wohl viele Beamte, die uns beaufsichtigen, aber wenige, die uns helfen. Das Betriebskomitee der Partei kontrolliert, das Stadtkomitee kontrolliert, die GPU kontrolliert. ...

Wie es jetzt aber steht, brauchen wir mehr Zeit mit Sorgen, was wohl dieser oder jener denkt, als mit wirklicher Ingenieur- und Aufbauarbeit. ...

Die GPU hatte ihre Augen und Ohren sorgfältig verteilt, damit ihr auch das Geheimste nicht verborgen blieb. Ich stellte fest, daß hinter dem Rücken der formalen Behörden und Wirtschaftsleitern ein Netz von Spionen stand. ... Hinter der scheinbaren Regierung stand die wirkliche Regierung. ...<<

Ein ausländischer Zeitzeuge berichtete später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/67-68):
>>... Mit den primitivsten Werkzeugen und unter weitgehendem Verzicht auf Hilfsmittel, die im Westen für unentbehrlich gehalten werden, wurden in der Sowjetunion Dinge vollbracht, die uns Ausländer in Erstaunen versetzten.

Infolge der mit rücksichtslosen Zwangsmitteln durchgeführten Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe fehlte es den Industriebetrieben nicht an Arbeitskräften. Die Bereitstellung von Unterkünften für sie hielt jedoch mit dem Bedarf nicht entfernt Schritt. Die Folge davon war, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Umgebung von Stalingrad, Magnitogorsk und Kusnezsk unterkommen wollten, in Erdhöhlen hausen mußten, die sie in die umliegenden Hügel gruben.

Daß unter solchen Lebensbedingungen und bei dem bestehenden Mangel an Lebensmitteln ... Menschen existieren und nutzbringende Arbeiten verrichten konnten, war nur durch die sprichwörtliche Leidens- und Entbehrungsfähigkeit des russischen Volkes zu erklären.<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) berichtete später über Stalins Politik der Fünfjahrespläne (x058/313-314): >>... Sozialismus und industrielle Entwicklung stehen nach marxistischer Lehre in einem unlösbaren Zusammenhang, denn die technische Vervollkommnung der Maschinenindustrie und die ihr gemäße Wirtschaftsform des Kapitalismus bringen ja erst das Proletariat hervor, dem es bestimmt ist, die sozialistische Endphase der Weltgeschichte zu verwirklichen.

Aber was aufgrund der westeuropäischen Erfahrungen ursprünglich als ein kausaler Zusammenhang gedacht war, daß mußte auf russischem Boden zu einer finalen These werden. Lenin gab ihr die Formel, daß der Kommunismus - das Ziel - in einer Verbindung von Sowjetmacht und Elektrifizierung bestehe. ...

Mit dem unfehlbaren Instinkt des Machtmenschen hatte er (Stalin) schon bisher alles getan, im Staat der Sowjetunion eine solide Machtbasis für die Herrschaft der kommunistischen Partei aufzubauen, und nach dem Tode Lenins diesen in weltrevolutionärer Perspektive nationalen Egoismus mit der Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande begründet. Für ihn führte nur ein Weg zur Weltrevolution - der Weg unbegrenzter Machtvermehrung des russisch geführten Sowjetstaates. Wie sollte diese aber unter anderen, kapitalistisch-feindlichen Mächten auf die Dauer bestehen und ihnen am Ende überlegen werden, ohne die Schaffung eines entsprechenden Industriepotentials?

Die forcierte Industrialisierung, die der 15. Parteikongreß im Dezember 1927 mit "Direktiven für die Erstellung eines Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft" einleitete, diente nicht in erster Linie dem sozialen Fortschritt - der wäre auf weniger gewaltsame Weise leichter zu erreichen gewesen -, sondern dem beschleunigten Wachstum der Macht.

Es ist der unbestreitbare Vorzug des totalitären Systems, daß es ohne Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Bevölkerung jeweils alle verfügbaren Mittel für den angestrebten Zweck einsetzen kann. Der Industrialisierung, genauer dem Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie, wurde nun alles geopfert, vor allem das einzige, an dem auch das sowjetische Rußland noch reich war - Menschen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Unterstützung des ersten sowjetischen Fünfjahresplanes (x068/210-211): >>Die USA unterhielten keine diplomatischen Beziehungen zu der jungen Sowjetunion. Da sei "keine gemeinsame Basis" gegeben, schrieb Staatssekretär Colby im August 1920 auf eine Anfrage der italienischen Regierung. "Da ist keinerlei gegenseitiges Vertrauen noch Glauben, ja nicht einmal Achtung ..."

Doch Geschäfte machten die Amis, wie übrigens auch europäische Staaten, nicht zuletzt England, mit den Kommunisten. Allein Anfang der zwanziger Jahre lieferten die USA Maschinen im Wert von 37 Millionen Dollar in die Sowjetunion, verkaufte ihr die "International Electric"

Geräte für mehr als 20 Millionen Dollar, bekam die "Standard Oil" das Recht auf Ölbohrungen, erwarb man die Erlaubnis zu Goldschürfungen am Amur. ...

Ohne die USA wäre der erste Fünfjahresplan gescheitert. Eine ganze Experten-Flut kam aus den Staaten, Spezialisten für Telephon-, für Bergbau, für die Erstellung von Industrie- und Montagehallen, Spezialisten für Traktoren, für Autos. Allein Ford kassiert 30 Millionen Dollar für die Schaffung der sowjetischen Autoindustrie an der Mündung der Oka bei Gorki, wo man 1923 bereits 140.000 Autos produziert; in Stalingrad 50.000 Traktoren. Die "Austin-Companie" von Ohio errichtet die erste bolschewistische Musterstadt.

Die "Arthur McKee Co.", Cleveland, erstellt für 800 Millionen Rubel das Zentrum der sowjetischen Eisen- und Stahlindustrie, das entscheidende Schlüsselwerk, wie man schrieb, für das Gelingen des Fünfjahresplanes. Die Amerikaner bauten auch die Ölraffinerien in Baku, sie rüsteten die neuen Stahlzentren im Ural aus, sie ermöglichten die sowjetische Baumwollproduktion durch Bewässerung der zentralasiatischen Ebenen. Sie schufen sogar in Rekordzeit, in Dnjepropetrowsk, den größten Staudamm der Welt.

Erst bauten die USA die Sowjetunion mit auf. Dann gewannen sie allein mit deren Hilfe den Zweiten Weltkrieg. Und danach ruinierten sie Rußland durch einen gigantischen, mitunter an den Rand eines neuen Weltkrieges führenden Rüstungswettlauf. ...<<

Im Rahmen der rigorosen sowjetischen Zwangskollektivierung ließ Stalin von 1928 bis 1933 über 5,0 Millionen russische Kulaken (Großbauern) in die Straflager des Fernen Ostens verbannen. Insgesamt wurden mehr als 20,0 Millionen Mittel- und Großbauern ohne Entschädigung enteignet (x059/36).

Stalins unmenschliche Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft traf auch die volksdeutschen Bauern äußerst schwer. Ungezählte Rußland-Deutsche wurden wegen "Spionage" und "Verschwörung" liquidiert oder verschleppt.

Augenzeugen berichteten später über die Liquidierung des russischen Kulakentums und die Kollektivierung der Landwirtschaft (x191/68-69, x243/128-129): >>... Im Hinterhof standen etwa 20 Bauern, junge und alte, mit Bündeln auf dem Rücken, bewacht von GPU-Soldaten (sowjetische Geheimpolizisten) mit gespanntem Revolver. Einige weinten, die anderen ... (reagierten) mürrisch, verzweifelt und hoffnungslos.

Dies also war die "Liquidation der Kulakenklasse"! Einfache Bauern wurden von ihrem Grund und Boden verschleppt, all ihrer irdischen Güter beraubt und nach irgendeinem weitentfernten Holzfällerlager oder zu Bewässerungsarbeiten verschickt.

Aus irgendeinem Grunde ließ man diesmal die Familien zurück. Ihre Schreie durchschnitten die Luft. ... Als ich niedergeschlagen, beschämt und hilflos dastand, schrie eine Frau mit unirdischer Stimme auf. Jedermann schaute in die Richtung des Schreies, und ein paar GPU-Männer stürzten auf die Frau zu. Ihre Haare waren aufgelöst. Sie trug ein brennendes Kornbündel in den Händen. Noch ehe sie jemand erreichen konnte, hatte sie das brennende Bündel auf das Strohdach des Hauses geschleudert, das augenblicklich in Flammen aufging.

"Ketzer! Mörder!" schrie die Wahnsinnige. "Unser ganzes Leben haben wir für unsere Häuser gearbeitet. Ihr sollt es nicht bekommen. Die Flammen sollen es haben!" Ihre Schreie verwandelten sich plötzlich in verrücktes Gelächter. ...

Am unirdischsten mutete ... der Anblick der GPU-Beamten an, die so gleichmütig aussahen, als sei dies alles ein tägliches Einerlei und die brennende Hütte ein Freudenfeuer zu ihrer Unterhaltung. ...

Nach den Massenverhaftungen traten die wenigen zurückgebliebenen Unentwegten "freiwillig" in das Kolchos ein. ...<<

>>... Die durchgängige Kollektivierung wurde "auf der Basis der Liquidierung des Kulakentums als Klasse" durchgeführt, wobei eigentlich jeder beliebige wohlhabende Bauer als Kulak, ländlicher Ausbeuter galt. Mehr als 5 Millionen solcher "wohlhabender" Bauern wurden "aus-

gemerzt".

Man nahm ihr gesamtes Hab und Gut und verschickte sie in Gruppen mit der Bahn nach Nordsibirien oder in den Fernen Osten. Die Familien wurden zerrissen, die Männer zu Waldarbeiten, zum Bau von Eisenbahnen, z.B. der Baikal-Amur-Bahn, die Frauen mit Kindern zur Fischverarbeitung und anderen Arbeiten eingesetzt.

Sie lebten in Zelten, in Schuppen oder Erdhütten. Wer nicht fliehen konnte, war nach spätestens 3 Jahren dem Tode geweiht. Kein Wunder, daß ausländische Berichterstatter bei uns damals "keine Unzufriedenen" antrafen. ...

Die Liquidierung des Kulakentums sollte die Massen der Bauernschaft terrorisieren und ihren Widerstand gegen den Plan der "durchgängigen Kollektivierung" brechen. Jeden, der sich wehrte oder auch nur Zweifel äußerte, erklärte man kurzerhand für einen Kulakenfreund, was entsprechende Folgen hatte.

Bewaffnete Obrigkeit berief Bauernversammlungen unter Bewaffnung ein, überredete, drohte und zählte die Stimmen, wobei die Pistole als Wegweiser diente. Es wurde eine neue, vereinfachte Abstimmungsart erfunden - man fragte nur: "Wer ist dagegen?" manchmal wurde hinzugefügt: "Gegen die Parteilinie und die Arbeiter- und Bauernregierung?"

Meldete sich niemand, weil er nicht noch in der gleichen Nacht nach Sibirien verschickt werden wollte, so galt der Antrag auf Errichtung einer Kolchose, einer Kollektivwirtschaft, als einstimmig angenommen, was im Protokoll festgelegt und den vorgesetzten Behörden zur Veröffentlichung in triumphalen statistischen Aufstellungen – bei uns liebt man Zahlen sehr – und in frohlockenden Zeitungsartikeln gemeldet wurde. ...<<

Churchill berichtete später über ein Gespräch mit Stalin (x073/60): >>Sagen sie mir, fragte ich, bereitet Ihnen der Krieg persönlich ebenso große Schwierigkeiten, wie Sie sie bei der Einführung der Kollektiv-Landwirtschaften überwinden mußten? – Nein, nein, erwiderte er, die Kollektivierung der Landwirtschaft hat einen furchtbaren Kampf gekostet. ... Zehn Millionen, sagte er, die Hände hochhebend. Es war furchtbar, vier Jahre habe ich kämpfen müssen. ... Es war alles sehr schlimm und schwierig – aber notwendig. –

Wie spielte es sich ab?, fragte ich. – Ja nun, sagte er, viele haben eingewilligt, mit uns mitzutun, einigen wurde in den Provinzen Tomsk, Irkutsk und noch weiter nördlich eigener Boden zur Kultivierung gegeben, aber die große Masse war sehr unbeliebt und ist von ihren Knechten umgebracht worden. ...<<

Der deutsche Historiker Hans Raupach (1903-1997) schrieb später über die Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft (x058/313): >>... Die politisch gezielte Diffamierung und Vernichtung der "Kulaken als Klasse" kann nicht davon ablenken, daß es um die Transformierung der Arbeitsverfassung und Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft ging.

Die Kollektivierung läßt sich als logischer Ausweg aus einem sonst nicht zu lösenden Dilemma darstellen oder auf die vereinfachte Formel bringen, daß die Sowjets im Grunde genommen in den Getreidesteppen nur die Form der Gutswirtschaft wiederhergestellt haben, welche ehemals hohe Überschüsse unter Verwendung von Großmaschinen ermöglicht hatte. ...

In der bolschewistischen "Revolution von oben" liegt aber eine Umkehrung und Pervertierung des historischen Prozesses vor, wie er durch die radikal-liberale Umwälzung von 1917 eingeleitet und von W. I. Lenin in der Idee einer freiwillig-genossenschaftlichen Evolution weitergedacht worden war. Die kalte Formel "Liquidierung der Kulaken als Klasse" enthält die anti-humanistische Wendung in der bolschewistischen Revolution, jedenfalls in den Augen derer, welche bis dahin die Oktoberrevolution als historisch-legitime Nachfolgerin in der Kette der Umwälzungen des Zeitalters des Fortschritts angesehen haben.

Die Sozialgeschichte überliefert keinen vergleichbaren Vorgang, bei dem so wie hier eine soziale Schicht unter berechnendem Einsatz eines ganzen wirtschaftlichen und massenpsychologischen Instrumentariums vernichtet wurde, obwohl sie nichts anderes getan hatte, als die ihr

eingräumten Chancen wirtschaftlich nutzbringender Betätigung wahrzunehmen, ohne dabei Gebote der Menschlichkeit zu verletzen.

Die offizielle Geschichtsschreibung versucht heute ebenso wie Stalin damals, Ausschreitungen auf "unverantwortliche Genossen" abzuwälzen. Sie wird jedoch kaum umhin können, sich einmal zu den moralischen Kosten der primären Kapitalakkumulation ebenso zu bekennen wie der von ihr so verdammte liberale Kapitalismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Stalins rücksichtslose Umgestaltung der sowjetischen Landwirtschaft (x192/435): >>Die staatlichen Pläne zur Versorgung der Städte mit ausreichend billiger Nahrung richteten sich gegen die Interessen der wohlhabenden Bauern (Kulaken), die einen Großteil der in den Städten verbrauchten Lebensmittel lieferten.

Sie wollten den bestmöglichen Preis für die Produkte erzielen und waren daher verständlicherweise erbitterte Gegner der neuen, von Stalin eingeführten Agrarpolitik, welche die Zusammenlegung aller bäuerlichen Betriebe zu Kollektiven mit vorgegebenen Produktionsquoten und einer staatlich eingesetzten Verwaltung anordnete. Die Ernten der Großbetriebe mußten zu künstlich niedrig gehaltenen Preisen an den Staat verkauft werden, der sie zur Versorgung der Städte benötigte.

Der Widerstand der Kulaken gegen die Kollektivierung führte zu Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung der Städte – eine Herausforderung, die Stalin nicht ignorieren konnte. Hunderttausende Kulaken wurden massakriert oder zur "Umerziehung" in sibirische Arbeitslager gebracht. Bis 1934 waren – um einen erschreckend hohen Preis – 200.000 landwirtschaftliche Kollektive eingerichtet worden, und die Sowjetunion schien nach 2 Jahrzehnten der Umwälzungen am Beginn einer Periode relativer Ruhe zu stehen. ...<<

1929

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtete am 1. Januar 1929 (x034/392): >>... Stärker denn je hat das Volk im vergangenen Jahre empfinden müssen, daß es ihm an der Führung fehlt.<<

Heinrich Himmler wurde am 3. Januar 1929 Reichsführer der SS.

Alexander I. (1888-1934) errichtete am 6. Januar 1929 eine Königsdiktatur (Auflösung des Parlaments und Verbot aller Parteien).

Die deutsche Presse berichtete am 8. Januar 1929 über die Auswirkungen des Tonfilms für die Theater in den USA (x034/393): >>... Von den 104 Theater-Premieren, die seit 1. August in New York herausgebracht wurden, erwiesen sich 60 % als ein Fiasko. Die Ursache dieser Katastrophe für die Theater wird in den Tonfilmen erblickt, deren Besuch nur etwa den dritten Teil kostet. Außerdem scheint die Qualität der Darbietungen ganz entschieden auf der Seite der Tonfilme zu liegen, die auch den Geschmack des Publikums besser erfassen.<<

Am 15. Januar 1929 waren im Deutschen Reich 2.029.000 Menschen arbeitslos.

Das studentische Nachrichtenblatt der TH München veröffentlichte am 15. Januar 1929 einen Aufruf des Verbandes Deutscher Akademiker zum "November 1928" (x191/47): >>Zum zehnten Male jährte sich kürzlich jener schwarze Tag von Meineid und Verrat, an dem unter jüdischer Führung die Grundlagen des heute noch Deutschland beherrschenden Systems gelegt wurden.<<

Hitler entschied während der NS-Führertagung am 20. Januar 1929 (x034/394): >>... Jugend muß von Jugend geführt werden.<<

Am 1. Februar 1929 erschien der Roman "Im Westen nichts Neues" im Verlag Ullstein.

Von diesem Buch des deutschen Schriftstellers Erich Maria Remarque (1898-1970) wurden bis Mitte Mai 1929 bereits 640.000 Exemplare verkauft.

Infolge starker Kälteeinbrüche konnte man am 11. Februar 1929 den Rhein an verschiedenen Stellen zu Fuß überqueren. In Schlesien wurden 35 Grad unter Null gemessen.

Als Papst Pius XI. (1857-1939, Papst seit 1922) in den Lateranverträgen auf die Wiederherstellung des Kirchenstaates verzichtete, erkannte Mussolini am 11. Februar 1929 die Vatikanstadt als selbständiges, neutrales Herrschaftsgebiet des Papstes, den Katholizismus als einzige Staatsreligion, den Religionsunterricht als Schulpflichtfach und die rechtliche Verbindlichkeit der kirchlichen Eheschließung an.

Mussolini erklärte damals zur Religionsauffassung des Faschismus (x149/30): >>Für den Faschismus ist die Religion eine Notwendigkeit. ... Nur sie bietet Garantie für die vollkommene Sittlichkeit. ...<<

Der deutsche Staatsrechtler Hermann Heller (1891-1933, Jurist, von 1928-32 Prof. in Frankfurt, seit 1933 in Madrid) berichtete im Jahre 1929 über den Abschluß der Lateranverträge (x149/30): >>Mussolini und sein Anhang sind ganz gewiß nicht gläubiger als die alten Liberalen. Die antiklerikale Vergangenheit des gesamten Faschismus zeigt das Gegenteil. ...

Aufgrund der Tatsache, daß der Papst selbst, die vatikanischen Würdenträger ... in ... ihrer Mehrheit Italiener sind, hofft man, den Katholizismus zum Vorspann national-faschistischer Innen- und Außenpolitik machen zu können. ...

Die Kirche weiß sehr genau, was die atemberaubend stürmische Umarmung Mussolinis für sie bedeutet. Besser noch als die Faschisten kennt der Vatikan die Unversöhnlichkeit von Katholizismus und Faschismus. ...

Alles, was der Faschismus der Kirche bietet, wird sie auch in Zukunft annehmen – und sein Ende abwarten.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Lateranverträge" (x051/344): >>Lateranverträge, Sammelbezeichnung für die am 11.2.29 zwischen Mussolini und dem Heiligen Stuhl (Vatikan), vertreten durch Kardinalstaatssekretär Gasparri, im päpstlichen Lateranpalast abgeschlossenen drei Verträge:

1. eigentliche Lateranverträge (trattato): Anerkennung der ausschließlichen Staatsgewalt des Heiligen Stuhles über den neuen, souveränen und neutralen "Staat der Vatikanstadt" (Stato della Città del Vaticano) mit dem Papst als Staatsoberhaupt und des Eigentums des Heiligen Stuhles über Kirchen und Paläste im italienischen Staatsgebiet (Artikel 3) und endgültige Bereinigung der seit 1870 durch die Eingliederung Roms als Hauptstadt in das Königreich Italien schwelenden "Römischen Frage" (Artikel 26).

2. Finanzabkommen (als Anhang IV integraler Bestandteil von 1.: Einmalige Zahlung von 1,75 Milliarden Lire an den Heiligen Stuhl als Entschädigung für die durch die Einbeziehung des Kirchenstaates in den italienischen Staat seit 1860-70 entstandenen Verluste.

3. Konkordat (concordato) zur Regelung der Rechtsbeziehung zwischen italienischem Staat und katholischer Kirche: Bestätigung der römisch-katholischen Religion als Staatsreligion mit Garantien für die freie Ausübung der geistlichen Gewalt, für den staatlichen Schutz der kirchlichen Ehe, für die Befreiung der ordinierten Kleriker vom Kriegsdienst u.a.

Die Lateranverträge bedeuteten für Mussolini und den Faschismus in der katholischen Welt einen wichtigen Zuwachs an Ansehen und politischer Stabilität und dienten als Vorbild für das Konkordat 1933 mit dem nationalsozialistischen Deutschland.

Die Lateranverträge wurden 1947 von der Verfassunggebenden Versammlung in den Artikel 7 der Verfassung der Republik Italien aufgenommen.<<

Am 28. Februar 1929 waren im Deutschen Reich 3.050.000 Menschen arbeitslos (x034/398).

Die Firma Horch warb am 10. März 1929 mit bekannten Persönlichkeiten für ihr neues 8 Liter-Automobil (x034/400): >>Ich fahre Horch 8, weil ich einen guten und schönen, in erster Linie aber einen deutschen Wagen haben will. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Heinrich Mann (1871-1950) schrieb am 18. März 1929 im "Berliner Tageblatt" (x034/401): >>... Der Kampf um Geistesfreiheit ist ewig wie der Kampf um das tägliche Brot.<<

Außenminister Stresemann (der im Ausland hochgeachtet, aber im Deutschen Reich vielfach gehaßt wurde) schrieb am 30. März 1929 an den britischen Botschafter Lord Edgar d'Abernon in Berlin (x063/556): >>Heute muß ich Ihnen sagen, daß diejenigen, die für die Locarno-Politik eingetreten sind, nur die Trümmer ihrer Hoffnungen sehen. Die blödsinnige Politik der weiteren Besetzung des Rheinlandes treibt alle Leute wieder zu den Deutschnationalen zurück. Diejenigen, die am stärksten für diesen Gedanken eingetreten waren, fühlen sich am stärksten deprimiert.<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 23. April 1929 über ein Konzert des 12jährigen Yehudi Menuhin in der Berliner Philharmonie (x034/405): >>... Der Junge ist ein wirkliches Wunder; sein Spiel hat die göttliche Beseeltheit des Genies und die Reinheit des Kindes. Eine tolle Virtuosität bleibt ganz sekundär, als ob sie sich von selbst verstünde. Ein wunderbares Stilgefühl, auch nicht die leiseste Spur von Kitsch oder Sentimentalität, sondern ganz reines, tiefes Empfinden.<<

Die KPD rief am 30. April 1929 in ihrer Parteizeitung "Rote Fahne" zu Maidemonstrationen auf.

Im Verlauf der Maifeiern in Berlin ereigneten sich am 1. Mai 1929 durch Aktionen des Rotfrontkämpferbundes (paramilitärische KPD-Kampforganisation) schwere Unruhen, die 7 Tote und etwa 100 Verletzte forderten.

Während einer lautstarken Reichstagsdebatte machte der KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck (1876-1960) am 2. Mai 1929 die Polizei für die Gewalttätigkeiten bei den Maifeiern verantwortlich. Die Abgeordneten der KPD sangen danach die "Internationale" (Kampflied der kommunistischen Arbeiterbewegung) und verließen den Reichstag.

Der preußische Innenminister Albert Grzesinski (1879-1947) ordnete am 6. Mai 1929 die Auflösung des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes an.

Die Zeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 4. Juni 1929 (x034/410): >>Endlich ist es Wirklichkeit geworden. Spät, doch noch nicht zu spät, sind auch wir beim historischen Wendepunkt des Films angelangt. ... Der Ton-Film, der sprechende Film also ist da!<<

Die Sarotti AG Berlin erwarb am 7. Juni 1929 Teile des Schweizer Nestle-Konzerns und wurde dadurch zum größten Schokoladenproduzent Deutschlands.

Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) wurden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

Der "Vorwärts" berichtete am 30. Juni 1929 (x034/413): >>Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt und unbewußt Vorschub leistet.<<

In Berlin legten Studenten am 30. Juni 1929 im Vorgarten der Universität einen Treueschwur ab (x034/413): >>... Im Kampfe gegen die Kriegsschuldüge nicht zu erlahmen!<<

Die preußische Regierung verbot am 3. Juli 1929 allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, an NSDAP- und KPD-Veranstaltungen teilzunehmen.

Der Dampfer "Bremen" des Norddeutschen Lloyd lief am 16. Juli 1929 zu seiner Jungfernnreise nach New York aus. Der Norddeutsche Lloyd verfügte damals mit der "Bremen" und der "Europa" über die schnellsten und schönsten Passagierschiffe der damaligen Zeit, die jeweils das berühmte "Blaue Band" für die schnellste Atlantiküberquerung errangen.

Der "Niedersächsische Beobachter" in Hannover und das "Landvolk" in Itzehoe" veröffentlichten am 27. Juli 1929 den Aufsatz "Volksheer oder Garde der Demokratie" (x058/332):

>>Spuk in Berlin. Spät nachmittags auf dem Kurfürstendamm. Bars, Amüsierkneipen, Kokotten in Seide und Pelz, Negermusik aus drei Dutzend Kaffeehäusern. ...

Die Nacht fällt ein. Hier aber wird es heller. Der Trubel wächst, Licht unzähliger Scheinwer-

ferlampen macht die Augen, die Gesichter grell, maskenhaft, unheimlich. Alle Männer sehen aus, als könnte jeder sein: Minister, Schieber, Taschendieb, Börsianer, Bankier. ...

Man sieht sich, kneift die Augen zusammen, denkt an den Begriff der "weißen Weste" und lächelt süffisant "Na ja" ...

Das ist das Gesicht des Staates von Weimar, den sich die Arbeiterschaft als Staat der "sozialen Demokratie" zu gestalten dachte. ...<<

Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegsschuldenerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldenerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldenerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die aufgrund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4 Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.

§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.<<

Reichsinnenminister Carl Severing notierte am 16. August 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 16.8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung ... die Republik als einen "Sau- und Schweinestall" ...<<

Der "Westdeutsche Beobachter" aus Köln veröffentlichte am 18. August 1929 den Aufsatz "10 Jahre Judenrepublik" (x058/332): >>... Eine traurige Bilanz fürwahr: 10 Jahre Judenrepublik, 10 Jahre Volksbetrug. 10 Jahre Börsengaunerei. 10 Jahre erbitterter Kampf gegen die Halunken und Verbrecher, die im Jahre 1918 der deutschen Front den Dolch in den Rücken stießen und uns an die internationale Judenhochfinanz verkauften und verrieten, (um) des schnöden Mammons willen ...<<

Der schwerkranke deutsche Reichsaußenminister Gustav Stresemann brach am 27. August 1929 in Den Haag nach anstrengenden Verhandlungen zusammen.

Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kam es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach sollte die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Das Rheinland sollte bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheiterten jedoch (x063/556).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Young-Plan" (x051/654-655): >>Young-Plan, am 7.6.29 unterzeichnetes Programm zur Regelung der Reparationen, die das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrages an seine ehemaligen Kriegsgegner zu leisten hatte.

Der den Dawesplan von 1924 ersetzende Youngplan, ausgearbeitet von einer am 9.2.29 in

Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young (1874-1962) eröffneten Sachverständigenkonferenz mit deutscher Beteiligung (Delegationsleiter Schacht), abschließend beraten auf zwei Konferenzen im Haag (6.-31.8.29 und 3.-20.1.30) und rückwirkend am 1.9.29 in Kraft getreten, legte die Gesamthöhe der Reparationen des Deutschen Reiches auf 34,5 Milliarden RM fest, zu bezahlen in 59 Jahresraten (d.h. bis 1988). Zur Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geschaffen.

Mit dem Youngplan waren die Aufhebung der alliierten Kontrollen der deutschen Wirtschaft und die vorzeitige Beendigung der Rheinland-Besetzung (bis 1930) verbunden. Nachdem das Deutsche Reich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schon am 1.7.31 seine Reparationszahlungen einstellen mußte, wurde der Youngplan durch das Lausanner Abkommen vom 9.6.32 formell aufgehoben.

Wichtiger als die wirtschaftliche war so die innenpolitische Bedeutung des Youngplans: Das von der "nationalen Opposition" (NSDAP, DNVP und Stahlhelm) initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan (mit 4,1 Millionen knapp erfolgreich) machte die NSDAP und Hitler in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt, auch wenn der anschließende Volksentscheid am 22.12.30 (mit 5,8 Millionen Stimmen) scheiterte.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young.

Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interalliierteter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien."

Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen

militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte.

Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichnete Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte.

Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betragen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?

Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas.

"Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).

Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young (1874-1962) ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen \$ zu 5,5 %.

Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.

Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredi-

te noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.

Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte (den Gürtel) enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...

Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Young-Plan (x364/136): >>Der Young-Plan

Der Dawes-Plan schlug fehl, als nämlich Deutschlands Reparationsverpflichtungen trotz der Milliardenbeträge, die bezahlt wurden, zunahmen.

Er wurde von dem Young-Plan abgelöst, der nach Owen Young - einem Morgan-Agenten - benannt wurde und der der Vorsitzende des Komitees war, das dieses neue Arrangement aufstellte. Zwecks besserer Plünderung gründeten die internationalen Banker in der Schweiz die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr.

Damit konnte die Wiedergutmachungszahlungen einfach dadurch erfolgen, daß Guthaben von einem Konto eines Landes bei dieser Bank auf das eines anderen Landes gebucht wurden, das ebenfalls bei der Bank geführt wurde. Auch hier machten die "Big Banker" den großen Reibach mit Gebühren und Provisionen.

Beachten Sie eine Anzahl entscheidender Faktoren: die internationalen Banker und ihre Agenten riefen die Zustände hervor, die zum Ersten Weltkrieg führten; sie schlugen finanzielle Beute aus dem Krieg; sie finanzierten die russische Revolution und ergriffen die Kontrolle über dieses weite Land; sie manipulierten die Geschehnisse in Europa nach dem Krieg in einer Weise, die "einen Zustand schafft" (nach Worten von Edward Stanton), infolgedessen sie finanziell "im Himmel saßen"; sie benutzten amerikanische Gelder, für die sie riesige Provisionen einstrichen, um Deutschlands Industrie "mit den neuesten technischen Einrichtungen auszurüsten" und "sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt zu entwickeln"; bei ihren Manipulationen haben diese skrupellosen Monopolgeier die Deutschen benutzt und dermaßen ausgenutzt, daß sie sich deren unvergänglichen Haß verdient haben, und während sie die deutsche Industrie aufbauten, gleichzeitig aber die deutsche Bevölkerung bekämpften, haben sie den Weg vorbereitet, auf dem ein starker Mann die politische Bühne betreten konnte, der die Massen für seine "Sache" gewinnen würde, indem er ihnen Freiheit von den internationalen Finanzräubern verspricht. ...<<

Im August 1929 verübten die Araber schwere Gewalttaten in Palästina. In den Städten Hebron und Safed massakrierten fanatische Araber mindestens 104 jüdische Siedler.

Danach fanden überall planmäßige Judenverfolgungen statt, so daß die Juden in Palästina nicht mehr zur Ruhe kamen.

Goebbels schrieb am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanz die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

Reichsinnenminister Carl Severing notierte am 8. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Bei der Stahlhelmtagung am 8.9. durchzog ein Trupp Stahlhelmlleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: "Wir schießen auf die Republik!" ...<<

Obwohl der deutsche Außenminister Stresemann bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet war, sprach er am 9. September 1929 zum letzten Mal vor dem Völkerbund in Genf. Der verbitterte Entspannungspolitiker kämpfte praktisch bis "zum letzten Atemzug" leidenschaftlich,

aber letzten Endes vergeblich, für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes, die Rückgabe des Saarlandes, die Minderheiten-Schutzrechte und für sein Lebensziel, ein "verein-tes Europa".

In seiner letzten Rede vor dem Völkerbund in Genf erklärte der sterbenskranke Staatsmann (x063/558, x059/62): >>... Ich vermag in der Stellungnahme zum Minderheitenproblem keinen Unterschied zwischen interessierten und nichtinteressierten Staaten anzuerkennen. Es handelt sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Kriege geschaffenen neuen Regimes den Völkerbund in seiner Gesamtheit angeht. ...

Denn der Frieden unter den Völkern wird um so besser gesichert sein, je mehr das unverzichtbare Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion, unbeschadet der staatlichen Grenzen, geachtet und geschützt wird. ...<<

>>... Wo bleibt die europäische Münze? Wo die europäische Briefmarke? ... Ich lehne es ab, die wirtschaftliche Einigung und die Vereinfachung der europäischen Staaten als fernen Zukunftstraum anzusehen, ich halte es vielmehr für meine Pflicht, in dieser Richtung zu arbeiten.<<

Stresemann, ein Vorkämpfer des Europagedankens und der Völkerversöhnung, der die unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges auf friedlichem Wege beseitigen wollte, berichtete kurz vor seinem Tod (x069/151): >>... Ich habe aufrichtig für den Frieden gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung habe ich für meine Politik gewonnen. Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht. Ich habe den Locarnopakt unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten.

Es ist jetzt 5 Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber Sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen.<<

Reichsinnenminister Carl Severing notierte am 18. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 18.9. führte Freiherr von Bodungen in einer öffentlichen Versammlung der Landvolkbewegung in Neumünster u.a. aus, Stresemann wäre ein Verräter am deutschen Volk und ein Verbrecher, der ins Zuchthaus gehöre. Die Versammlung quittierte mit Zwischenrufen wie "Aufhängen" und "Totschlagen". ...<<

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan beantragte am 28. September 1929 bei der Reichsregierung die Zulassung des Volksbegehrens.

Reichsaußenminister Gustav Stresemann erlitt am 2. Oktober 1929 nach einer Fraktionsbesprechung einen schweren Schlaganfall.

Gustav Stresemann (1878 in Berlin geboren, der sich ab 1919 vom autoritären Monarchisten zum Befürworter und herausragenden Entspannungspolitiker der Weimarer Republik entwickelte) starb am 3. Oktober 1929 an den Folgen eines Schlaganfalls. Stresemann, der zu den fähigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik gehörte, starb leider viel zu früh, denn er hätte Hitlers "Machtergreifung" vielleicht verhindern können.

Graf Johann Schwerin von Krosigk (1887-1977, 1932-45 Finanzminister) schrieb später über Gustav Stresemann (x069/150): >>Hatte Stresemann als Reichskanzler auf dem innenpolitischen Gebiet vielleicht nicht immer die zweckmäßigsten Maßnahmen ergriffen, so wuchs er in der Außenpolitik zu einem Meister heran, wie ihn Deutschland seit Bismarck nicht besessen hat. ...

Stresemann besaß die Gabe, trockenes Tatsachenmaterial in eine zündende Rede zu verwandeln und für seine Ideen mit einer fast unwiderstehlichen Überzeugungskraft zu werben. Er gebot dabei über alle Register, von der ruhigen Logik des geschulten Anwalts bis zur be-

schwörenden Leidenschaft des Volkstribunen. Im Reichstag wuchs seine Autorität von Jahr zu Jahr, auch wenn er leidenschaftlich bekämpft wurde.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 3. Oktober 1929 über Stresemanns Tod (x034/425): >>... Ich befürchte von Stresemanns Tod in erster Linie sehr ernste innerpolitische Folgen, das Abrücken der Volkspartei nach rechts, einen Bruch der Koalition, Erleichterung der Diktaturbestrebungen.<<

Der deutsche Historiker Hans W. Gatzke (1915-1987) schrieb später über Gustav Stresemann (x245/271): >>Die Beurteilung Stresemanns in der Geschichtsschreibung schwankt auch heute noch zwischen einem ausschließlich auf deutschen Interessen bedachten Nationalisten und einem von dem Bemühen um ein geeintes und friedliches Europa geleiteten Staatsmann. Zu seinen Lebzeiten überwog der Eindruck eines "guten Europäers"; in den dreißiger Jahren aber, und besonders während des zweiten Weltkrieges, setzte sich vielerorts die entgegengesetzte Meinung durch.

Das wahre Wesen Stresemannscher Politik liegt wahrscheinlich zwischen diesen beiden extremen, dem nationalistischem jedoch näher als seinem Gegenteil. ...

Selbst Briand fürchtete, daß am Ende der Stresemannschen Politik die völlige Revision der Versailler Bestimmungen stehen könnte. Wie wir aus dem berühmten Brief Stresemanns an den deutschen Kronprinzen wissen, hatte Briand damit nicht ganz unrecht. ...

Er (Stresemann) bezeichnete seine Politik als zweigleisig, verteidigte sich jedoch gegen den Vorwurf der Zweideutigkeit. "Deutschlands Mission in Europa ist es, der große Neutrale zu sein", d.h. eine Mittelstellung und Vermittlerrolle zwischen West und Ost einzunehmen. ...<< Am 3. Oktober 1929 wurde das "neue Jugoslawien" ohne Rücksicht auf historische und ethnographische Entwicklungen in 9 Banate geteilt.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 4. Oktober 1929 aus Paris (x034/425): >>Alle Pariser Morgenzeitungen bringen die Nachricht vom Tode Stresemanns in größter Aufmachung. Es ist fast so, als ob der größte französische Staatsmann gestorben wäre. Die Trauer ist allgemein und echt. Man empfindet, daß es schon ein europäisches Vaterland gibt. ... Die Legende beginnt; Stresemann ist durch seinen plötzlichen Tod eine fast mythische Figur geworden.<<

Reichskanzler Müller sagte am 6. Oktober 1929 während der Trauerfeier für den verstorbenen Reichsaußenminister Gustav Stresemann im Reichstag (x034/425): >>An der Bahre des deutschen Außenministers stehen nicht nur trauernd seine Gattin und seine Söhne, denen sich unsere innige Teilnahme zuwendet, steht nicht nur die Deutsche Reichsregierung, die ihren Außenminister, nicht nur der Deutsche Reichstag, der eines seiner hervorragendsten Mitglieder, nicht nur die Deutsche Volkspartei, die ihren Führer verloren hat, sondern im Geiste nimmt an dieser Abschiedsfeier das deutsche Volk teil, das einen seiner besten Söhne verloren hat, und die Welt draußen, die in ihm den großen Staatsmann verehrte und den Menschen guten Willens achtete.<<

Der deutsche Journalist und Rechtsanwalt Rudolf Olden (1885-1940, ertrunken) berichtete damals nach Stresemanns Tod (x063/559): >>Die Welt ehrte den Toten mehr als irgendeinen Deutschen der neuen Zeit. ... Ein großer Staatsmann ... Europäer ... Patriot ... war gestorben. ... Es mag sein, wie es will. In diesen Jahren, an der Wende der Zeit ... war er Deutschland. ...<<

Carl von Ossietzky berichtete am 8. Oktober 1929 in der "Weltbühne" über den verstorbenen Stresemann (x034/426): >>Deutschland hat, nach Jahrzehnten, eine weit über den Durchschnitt reichende politische Begabung gehabt, und jetzt wird wieder große Pause sein.<<

Am 16. Oktober 1929 begann das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan. Bis zum 29. Oktober 1929 beteiligten sich 10,06 % bzw. 4.139.000 der Wahlberechtigten.

Reichsinnenminister Carl Severing notierte am 22. Oktober 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>In einer Rede vom 22.10. äußerte der Gauleiter der NSDAP Tel-

show: "Im Kampf gibt es Leichen, wenn es gegen den jüdischen Janhagel (Pöbel) geht, schreiten wir auch über Gräber. Es kann sein, daß manche Mutter ihren Sohn verliert." ...<<
Im Verlauf der 2. Reichskonferenz in Weimar lehnte die KPD am 25. Oktober 1929 den Young-Plan entschieden ab (x034/428): >>Die Kommunistische Partei ruft und führt das gesamte werktätige Volk zum Widerstand, zur Durchbrechung, zum Kampf gegen den Young-Plan auf. ...<<

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar). Am folgenden Tag mußten viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig waren. Danach begann die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Ein Zeitzeuge berichtete am 25. Oktober 1929 über die Zustände an der Börse in New York (x191/48-49): >>Ständig waren die Kursmakler von Menschen umgeben, die darum kämpften, ihre Aktien zu verkaufen – und keiner dachte auch nur daran, welche zu kaufen. ... Ein chaotischer Anblick bot sich! Trotz Überlastung des Nachrichtenapparates kamen die Aufträge, Aktien zu verkaufen, ... schneller herein, als sie mit menschlichen Kräften erledigt werden konnten.<<

Volker Brennecke berichtete später über den Schwarzen Freitag in Nordamerika (x051/531): >>Schwarzer Freitag, Bezeichnung für den New Yorker Börsenkrach vom 25.10.29. Der Schwarze Freitag gilt als der Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32; er beendete eine jahrelange Wertpapier-Hausse in den USA, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1925 begründet und von einer hektischen Spekulation angeheizt worden war. Ein ungebremster Optimismus sowie günstige Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt hatten den Kauf von Aktien auf Kreditbasis ermöglicht.

Im Oktober 29 führten schon geringe Kursrückgänge zu panischen Verkäufen, deren Erlös zur Bezahlung von Kreditschulden unbedingt benötigt wurde. Die schlagartigen Kursverluste wirkten sich nicht nur verheerend auf die USA, sondern auch auf Europa und insbesondere Deutschland aus.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung

des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

In einem nordamerikanischen Schulbuch erklärte man später die Gründe für den Ausbruch der US-Wirtschafts- und Finanzkrise folgendermaßen (x243/83): >> Erstens, die amerikanischen Farmer waren am Wirtschaftsaufschwung nicht beteiligt. Während des Krieges erhielten sie hohe Preise für Getreide und Vieh, weil für die Streitkräfte so viele Lebensmittel benötigt wurden. Die Farmer nahmen mehr Land unter den Pflug. Sie liehen Geld, um neue Maschinen zu kaufen.

Nach dem Kriege erzeugten sie mehr Weizen, Baumwolle und Fleisch, als sie verkaufen konnten. Ausländische Staaten, die amerikanischen Weizen gekauft hatten, waren jetzt nicht mehr in der Lage, amerikanische Produkte zu bezahlen. Die Erzeugerpreise sanken, und viele Farmer machten Bankrott. Banken, die den Farmern Geld geliehen hatten, gingen ebenfalls bankrott. ...

Zweitens, die Wirtschaft dehnte sich in den zwanziger Jahren außerordentlich rasch aus. Die Warenmenge, die die amerikanische Bevölkerung kaufen konnte, war aber begrenzt. Vor den zwanziger Jahren hatten die meisten Leute die Waren bar bezahlt, die sie kauften. Als nun das Bargeld knapp wurde, fingen die Kaufleute an, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen. Sie vereinbarten monatliche Ratenzahlungen mit ihren Kunden.

Aber die Fabrikbesitzer konnten nicht abschätzen, wieviele Autos, Kühlschränke und Radios die Leute in der Lage sein würden zu kaufen. Die Geschäftsleute meinten, die Produkte der amerikanischen Industrie würden wie bisher immer so weiter gekauft werden. Die Fabriken liehen sich Geld und bauten neue Anlagen. Schon 1928 wurde es schwieriger, die Waren an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten weniger Geld.

Drittens, die Kurse an der Aktienbörse stiegen zu stark, Leute mit wenig Geschäftserfahrung begannen, Aktien zu kaufen. ... Sie erwarteten, daß die Aktienkurse immer weiter steigen würden. Diese Leute waren zu optimistisch. Viele Firmen produzierten mehr, als sie verkaufen konnten. ...

Im Sommer 1929 begannen einige erfahrene Anleger, ihr Geld aus dem Aktienmarkt zurückzuziehen. Gegen Ende Oktober versuchten alle, ihre Aktien zu verkaufen. Die Kurse fielen so rasch, daß diejenigen, die ihre Aktien mit geliehenem Geld gekauft hatten, sie nicht schnell genug verkaufen konnten. ...

Die Leute hörten auf, Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten konnten. Die Fabriken mußten Arbeiter entlassen, einige mußten ganz schließen. Banken, die ihre Guthaben nicht eintreiben konnten, mußten ihre Schalter schließen. ...<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozial-

sten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31).

Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932).

Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.

Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache.

Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk

spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf.

Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten ver-

sorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 (x364/68-71): >>... **Die Weltwirtschaftskrise und Roosevelt**

Während die Bankiers und Industriellen eifrig daran arbeiteten, das Sowjetregime aufzubauen, planten sie heimlich die Schröpfung des amerikanischen Volkes. Nach einem Probelauf im Jahr 1920 waren sie für den Zusammenbruch von 1929 und die "große Depression" der folgenden Jahre gut gerüstet.

Am 6. Februar traf Montagu Norman, Vorstand der Bank von England, in Washington ein, um mit dem amerikanischen Finanzminister Andrew Mellon zu konferieren. Kurz darauf änderte das Federal Reserve System seine Politik des leicht erhältlichen Geldes, die mehr als sechs Jahre lang in Kraft gewesen war, und begann, den Diskontsatz anzuheben.

An die "Aufgeklärten" erging am 9. März 1929 eine rechtzeitige Warnung. Paul Warburg wurde in der "Financial Chronical" wie folgt zitiert: "Wenn Orgien ungezügelter Spekulationen zu weit ausgedehnt werden dürfen, ist der endgültige Zusammenbruch sicher." In den nächsten sechs Monaten hatten die Eingeweihten Zeit, ihre Aktien zu hohen Preisen zu verkaufen und ihr Geld in Silber und Gold anzulegen.

"Als alles vorbereitet war, begannen die New Yorker Geldgeber, den Brokern die Tagesdarlehen zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß die Börsenbroker ihre Aktien auf den Markt werfen mußten, um die Kredite zahlen zu können. Dadurch brach natürlich der Aktienmarkt zusammen, was wiederum den Kollaps vieler Banken im ganzen Land nach sich zog, da die nicht der Oligarchie gehörenden Banken fast nur mit Tagesdarlehen arbeiteten und schließen mußten, als der Run auf die Banken ihren Bargeldvorrat sehr bald erschöpft hatte. Das Federal Reserve System kam ihnen nicht zu Hilfe, obwohl es laut Gesetz genötigt war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten."

Es war kein Zufall, es war ein geplantes Ereignis

Der freimütige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses im Kongreß, Louis T.

McFadden, erkannte die Ursache für die große Depression: "Das war kein Zufall. Es war ein sorgfältig geplantes Ereignis. Die internationalen Bankiers legten es darauf an, hier eine allgemeine Verzweiflung zu wecken, aus der sie als die absoluten Herrscher hervorgehen wollten."

Nach dem Zusammenbruch war das Geschäftsleben ein einziges Chaos. Zehntausende Unternehmen mußten schließen. Millionen Menschen verloren ihren Job und mußten sich in die Essenausgabeschlangen einreihen. Einige Millionäre verloren alles, was sie hatten, und begingen verzweifelt Selbstmord.

1932 gab es eindeutige Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der Lage. Eine Brise der Hoffnung und des Vertrauens zog durch das Land. Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten rosig waren, hatten die Insider andere Pläne mit dem amerikanischen Volk. Während des Präsidentenwahlkampfes von 1932 präsentierte sich Franklin D. Roosevelt den Wählern als außerordentlich konservativ. Aber bald hörte man überall im Land Gerüchte, daß seine Wahlplattform nicht seinen wirklichen Ansichten entsprach, und daß mit radikalen Änderungen der gesamten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Regierungsstruktur zu rechnen sei.

Als Roosevelt im November gewählt war, nahmen diese Gerüchte immer mehr zu. Der gewählte Präsident nahm zu ihnen keine Stellung. Die 1932er Wahl war die letzte, nach der die eigentliche Amtseinführung des Präsidenten erst im folgenden März - statt im Januar - stattfand. Die lange Wartezeit und die wachsende öffentliche Unsicherheit führte zu einer - politisch herbeigeführten - "zweiten Depression", die stark lähmende Wirkung hatte. Die daraus entstehende öffentliche Panik führte zu einem nationalweiten Run auf die Banken, von denen viele schließen mußten, als Roosevelt sein Amt antrat.

Roosevelt kam also in einer ausgeprägten Krisenatmosphäre zur Macht, die er und die hinter ihm stehenden Kräfte vorsätzlich geschaffen hatten. Sofort setzte er die lang erwarteten Veränderungen des gesamten amerikanischen Regierungssystems und des Lebensstils ins Werk. Bundeskommissionen und Ausführungsbehörden wurde die Macht verliehen, fast jede geschäftliche Transaktion in Amerika nach Belieben zu kontrollieren und ihren Willen mit Zivil- und Strafprozessen durchzudrücken. Verfassungsmäßige Einschränkungen derartiger Autoritätsübungen wurden weggewischt.

Der Kongreß wurde mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte ein Werkzeug der Unterwürfigkeit und tat genau, was ihm der Präsident vorschrieb, weil die Krisenatmosphäre, die der Präsident selbst erzeugt hatte, ihn dazu zwang und weil die Fabier und die von ihnen geschulten Politiker, die der Präsident in so vielen Bundesministerien eingesetzt hatte, einen wohl dosierten Druck ausübten.

Der Sieg der schmeichlerischen Brüder

Kurz, die Franklin D. Roosevelt-Administration versuchte, der amerikanischen Nation die letzte Phase von Clinton Roosevelts illuministischen Plan der Zerstörung von Verfassung und Regierung aufzubürden - unter dem Vorwand, eine "neue Gesellschaftsordnung" oder, wie sie es ironisch nannten, einen "New Deal" zu errichten.

Sie prägten sofort das Zeichen der Illuminaten auf die amerikanische Währung (die Ein-Dollar-Noten), womit sie offen erklärten, das Ziel ihrer Verschwörung - ihren "Novus Ordo Seclorum" oder New Deal - erreicht zu haben.

Dieses Zeichen wurde von Weishaupt übernommen, als er den Illuminatenorden am 1. Mai 1776 gründete. Auf dieses Ereignis wird durch die römischen Ziffern MDCCLXXVI am Fuß der Pyramide hingewiesen, nicht auf das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, wie Uneingeweihte angenommen haben. Weiterhin muß man wissen, daß das Zeichen erst nach der Vereinigung der Illuminaten mit den Freimaurern auf dem Wilhelmsbader Kongreß von 1782 für die letzteren Bedeutung erlangte.

Von Bedeutung ist die Inschrift des Zeichens: "Annuit coeptis" bedeutet "unsere Unterneh-

mung (Verschwörung) ist vom Erfolg gekrönt". Unter der Pyramide stehen die Worte "Novus Ordo Seclorum". Sie erklären die Natur der Unternehmung, die Schaffung einer "neuen Weltordnung" oder des New Deal. Es ist von Bedeutung, daß der "Grundeckstein", die Spitze der Pyramide fehlt. An ihrer Stelle erscheint das "allsehende Auge", das die terroristische Spionageagentur symbolisiert, die Weishaupt unter dem Namen der "Schmeichlerischen Brüder" einrichtete.

In der Bibel wird Jesus Christus als "Grundeckstein" bezeichnet. Er ist das Haupt der Kirche, die ebenfalls in pyramidischer Form organisiert ist.

Christus wird in Markus und Lukas der "Stein, den die Bauleute verworfen haben" genannt. Die Illuminatenführer, die Bauleute der neuen Weltordnung, verwarfen Jesus Christus und wählten Satan, den Teufel, als ihr Oberhaupt, ihren Chef. Kein Wunder, daß sie den "Grundeckstein" aus dem Zeichen entfernten und ihn durch das satanische allsehende Auge ersetzten.<<

Ein Zeitzeuge berichtete am 26. Oktober 1929 aus New York (x191/49-50): >>In den Büros der Börsenmakler löste eine aufregende Szene die andere ab. Zahlreiche Personen, besonders weibliche Spekulanten, fielen in Ohnmacht, als sie erfuhren, daß sie ihr Kapital verloren hatten. Verzweiflungs- und Wutausbrüche waren an der Tagesordnung.

Auch im Inseratenteil der Zeitungen machte sich bereits der Börsenzusammenbruch bemerkbar. Zahlreiche Luxusautomobile der teuersten ausländischen Marken und wertvoller Schmuck werden zum Verkauf angeboten von Leuten, die noch gestern Millionäre waren.

Die Pfandleiher in ganz New York machten so gute Geschäfte wie noch nie zuvor. ...<<

Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise warben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430): >>Sparen das Gebot der Stunde.<<

Der deutsche Reichsinnenminister berichtete über politische Straftaten im Oktober 1929 (x058/332): >>... In einer öffentlichen Versammlung im Münchener Bürgerbräukeller im Oktober führte der Nationalsozialist Julius Streicher aus: "Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früh.

Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan, er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher.

Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle." ...

Die Folge solcher beschimpfenden, verhetzenden Äußerungen, der Steigerung nicht mehr mit Mitteln der Sprache, sondern nur noch mit denen der Gewalt möglich ist, ist eine Aufwühlung der politischen Leidenschaften, die dann letzten Endes in der Begehung von Gewalttätigkeiten ihre Entladung findet. ...<<

Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhielt (notwendig waren 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), mußte der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

Der Reichstag verhandelte am 29. November 1929 erstmalig über den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes". Reichsaußenminister Julius Curtius (1877-1948), der sich für die Annahme des Young-Plans einsetzte, bezeichnete den Gesetzentwurf als "innenpolitisches Machtkampfmittel" der rechtsradikalen Parteien.

Der Reichstag lehnte am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie lehnte am 2. Dezember 1929 in einer Denkschrift die von den Gewerkschaften geforderte Demokratisierung der Wirtschaft ab (x149/58-59): >>Die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von sozialistischer Seite angestrebt wird, lähmt die Initiative und tötet die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist. ...

Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden. ...<<

Während der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember meinte ein Unternehmer 1929 (x149/66): >>... In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis daß 100.000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind! (Zurufe: "Bravo!" Und "Mussolini!") ...<<

Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtete im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

US-Banken förderten spätestens seit 1929 Hitlers Machtübernahme



Abb. 61 (x905/...): Wall Street, Straße in New York City.

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert wurden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist.

Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüstete. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der herauf-

ziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob

Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA- Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage".

Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische"

Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gespreken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Hitlers finanzielle Unterstützung durch US-Banken (x364/136-148): >>... **Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges**

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Deutschland wandte sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu halten. An dieser Stelle nun trat Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei in das Rampenlicht der deutschen Politbühne.

Die internationalen Banker halfen Hitler bis zur Machtübernahme 1933 mit Geldspritzen von rund 130 Millionen Mark.

VII. Hitler und die Drahtzieher des Zweiten Weltkrieges

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um

die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Bis zum Ende 1931 wurde in Deutschland der Diskontsatz Schritt für Schritt angehoben, bis er schließlich die schwindelerregende Höhe von 15 Prozent erreichte, ohne daß dadurch der Abfluß der Goldreserven aufgehalten worden wäre. Als Deutschlands Appell, die Reparationszahlungen zu verringern, von seinen Gläubigern aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde, verschlimmerte sich das Dilemma noch weiter. Während "mehrere Komitees internationaler Bankiers das Problem diskutierten, spitzte sich die Krise zu". Die Darmstädter Bank und die Schröder-Bank brachen zusammen.

Hitler bietet Abhilfe

Deutschland befand sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu behalten. An dieser Stelle nun traten Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in das Rampenlicht der deutschen Politbühne. Seine Botschaft fand in den Herzen von Millionen Deutschen ein tiefes Echo.

Seine mit Kraft vorgetragenen Versprechungen, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages, dem fremden Finanzmoloch, zu befreien und der erheblich eingeeengten und krisenmüden Bevölkerung "Lebensraum" zu geben, fanden zu Beginn der 30er Jahre Aufmerksamkeit im Volk. Er bot den Menschen etwas an, wonach sie sich sehnten. Seine Reden erweckten Hoffnung zu neuem Leben.

Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den internationalen Banken gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitler gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde.

Hitler als lukratives Geschäft

Aus detaillierten Aussagen vor dem Kilgore Committee of the US Senat, 1945, Hearing über "Elimination of German Resources for War" (Beseitigung von Kriegsführungsquellen in Deutschland) geht hervor, daß "als die Nazis 1933 an die Macht kamen, sie feststellen konnten, daß man seit 1918 enorme Fortschritte in der Vorbereitung Deutschlands für den Krieg in wirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gemacht hatte".

Die gewaltigen Beträge amerikanischen Kapitals, die unter dem Dawes-Plan ab 1924 nach Deutschland geflossen waren, hatten die Grundlage gebildet, auf der Hitlers Kriegsmaschinerie aufgebaut worden war. Wie Dr. Anthony C. Sutton in "Wall Street and the Rise of Hitler" aufführt, "läßt sich der vom amerikanischen Kapitalismus an Deutschland geleistete Beitrag zur Vorbereitung des Krieges vor 1940 nur als phänomenal beschreiben. Er war zweifellos entscheidend für die militärische Vorbereitung in Deutschland.

Beweise legen es nahe, daß nicht nur ein einflußreicher Sektor der amerikanischen Wirtschaft sich über die Natur des Nazitums bewußt war, sondern ihm auch wo immer möglich - und lukrativ aus Eigennutz Vorschub leistete - in dem vollen Wissen, daß am Ende Krieg stehen würde, in den Europa und die USA gezogen würden. Auf Unwissenheit zu plädieren, ist mit den Fakten unvereinbar."

Die sehr sorgfältig dokumentierten Beweise darüber, daß amerikanische Banken- und Industriekreise an dem Aufstieg von Hitlers Dritten Reich höchst maßgeblich beteiligt waren, sind öffentlich zugänglich. Sie sind in den Protokollen und Berichten über Regierungshearings zu finden, die von verschiedenen Senats- und Kongreßausschüssen in den Jahren von 1928 bis 1946 veröffentlicht wurden.

Zu den wichtigsten zählen: "House Subcommittee to Investigate Nazi Propaganda" im Jahre 1934 (Kongreß-Unterausschuß zur Untersuchung der Nazi-Propaganda), der Bericht über Kar-

telle, herausgegeben vom House Temporary National Economic Committee, 1941 (Vorläufiger Nationaler Wirtschaftsausschuß des Kongresses) sowie vom Senate Subcommittee on War Mobilization in 1946 (Senats-Unterausschuß für Mobilmachung im Jahre 1946).

Öl aus Kohle

Ein Teil dieser faszinierenden Geschichte ist mit der Entstehung eines internationalen Kartells, mit Schwerpunkt in Deutschland, verbunden, das die Chemie- und Pharmaindustrie in der ganzen Welt kontrollierte. Beteiligungen bestanden in 93 Ländern, und es war eine mächtige wirtschaftliche und politische Macht in allen Erdteilen. Es hieß I. G. Farben.

"I. G. steht für Interessengemeinschaft beziehungsweise gemeinschaftliche Interessen oder einfacher, Kartell. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich die I. G. Farben zum größten Chemieunternehmen der Welt entwickelt und war Teil eines Kartells von einer gigantischen Größe und Macht, wie es in der ganzen Geschichte einmalig war" ("World Without Cancer").

"Eine der Hauptursachen für Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg ist ein Mangel an Treibstoff gewesen. Deutschlands Führung beschloß, seine Abhängigkeit vom Ausland in bezug auf Benzin ein für allemal zu beenden. Zwar besaß Deutschland im Inland keine nennenswerten Ölvorkommen, aber es verfügte über mehr als genug Kohle. Daher gehörte es zu den ersten Zielen der deutschen Chemie nach dem Krieg, ein Verfahren zur Umwandlung von Kohle in Benzin zu finden.

1920 hatte Dr. Bergius ein Verfahren entdeckt, um große Mengen Wasserstoff herzustellen und sie unter hohem Druck bei hohen Temperaturen und mit Hilfe von bestimmten Katalysatoren in flüssige Kohleprodukte zu verwandeln. Damit waren die letzten Schritte zur Benzineredelung vorgezeichnet. Es war nur noch eine Frage der Verfeinerung dieses Hydrierprozesses. Schlagartig war I. G. Farben im Ölgeschäft" ("World Without Cancer").

I. G. Farben benutzte seine Neuentdeckung von lebenswichtiger Bedeutung, um die Türen zu öffnen, die zur Gründung eines weltweiten Kartells führten. Frank Howard von der Standard Oil wurde zu einem Besuch der großen badischen Werke in Ludwigshafen im März 1926 eingeladen. Was er sah, ließ ihn staunen - Benzin aus Kohle! Völlig konsterniert schrieb er an Walter Teagle, Präsident der Standard Oil:

"Aufgrund meiner heutigen Beobachtungen und Diskussionen glaube ich, daß diese Sache das wichtigste ist, was unser Unternehmen angeht. Die Badische kann aus Braunkohle und anderen minderen Kohlesorten hochwertiges Motorenbenzin herstellen, und zwar in Mengen, die fast der Hälfte der Kohle entspricht. Das bedeutet absolut die Unabhängigkeit Europas in Fragen der Benzinversorgung. Es bleibt nur der knallharte Preiswettbewerb."

Standard Oil heiratet I. G. Farben

In den nächsten drei Jahren fanden zwischen I. G. Farben und Standard Oil intensive Verhandlungen statt. Diese führten schließlich zur "Heirat" zwischen diesen beiden Industriegiganten am 9. November 1929.

Der Vertrag gab Standard Oil die eine Hälfte der Rechte an den Hydrierverfahren in allen Ländern der Welt mit Ausnahme Deutschlands. Standard gab I. G. Farben 546.00 seiner Stammaktien im Wert von mehr als 30 Millionen. Beide Seiten vereinbarten, niemals gegeneinander in den Bereichen der Chemie und der Ölgewinnung Wettbewerb zu betreiben.

Das Ziel war dabei, den Wettbewerb zu beseitigen und einen Aufschwung der Gewinne zu garantieren. Zwei Jahre später unterzeichnete I. G. Farben mit Alcoa das als "Alig" bekannte Abkommen, wodurch die beiden Unternehmen alle ihre Patente und Know-how in der Magnesiumherstellung zusammenlegten.

Als Henry Ford in Deutschland eine Autofabrik erbaute, beteiligte sich I. G. Farben mit 40 Prozent. In den USA trat Henry Fords Sohn Edsel in den Vorstand der I. G. Chemical Company ebenso wie Walter Teagle, Präsident der Standard Oil, Charles E. Mitchell, Präsident der

Rockefeller Bank "National City Bank of New York" sowie Paul Warburg, Chefbauer der amerikanischen "Federal Reserve Bank".

Hitler kommt an die Macht

Bereits 1925 brachte Dr. Karl Duisburg, der erste Vorsitzende der I. G. Farben und Gründer der American Bayer Company, seinen Wunsch nach einem "starken Mann" zum Ausdruck, der Deutschland in der Stunde seiner Bewährung anführen würde:

"Seit einig, einig. Dies sollte der beständige Aufruf an alle Parteien im Reichstag sein. Wir hoffen, daß unsere Worte von heute wirken und wir den starken Mann finden werden, der schließlich alle unter einem Schirm zusammenbringt, denn der starke Mann ist für uns Deutsche immer notwendig, wie wir es im Falle Bismarck gesehen haben."

Im Herbst 1932, als die Weimarer Republik am zerbröckeln war, wurde es offensichtlich, daß Hitler am besten für die Rolle des "starken Mannes" geeignet war. Folglich "erhielt Hitler eine weit stärkere Unterstützung als er sich jemals zu hoffen gewagt hätte. Die industrielle und finanzielle Führung Deutschlands, an der Spitze I. G. Farben, schlossen die Reihen und gaben Hitler ihre volle Unterstützung." Zwei Kartelle, die I. G. Farben und die Vereinigte Stahlwerke, stellten in den Jahren 1937 bis 1939, also am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 95 Prozent der deutschen Explosivstoffe her. Diese Produktion kam aus Anlagen, die amerikanische Kredite, und begrenzt, auch amerikanische Technologie gebaut hatten.

Im Buch "Wall Street and the Rise of Hitler" heißt es: "Die Zusammenarbeit von I. G. Farben - Standard Oil zur Herstellung von synthetischem Öl aus Kohle sicherte dem I. G. Farben-Kartell ein Monopol auf die Benzinherstellung während des Zweiten Weltkrieges. 1945 wurde knapp die Hälfte des deutschen hoch-klopffesten Benzins direkt von I. G. Farben hergestellt und der Rest fast gänzlich von ihren verbundenen Gesellschaften."

Die internationalen Banker pumpeten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft. Die von den Geldmonopolisten vergebenen drei größten Kredite waren für die Entwicklung der drei deutschen Kartelle bestimmt, die Hitler und seine Nationalsozialisten bei ihrem Aufstieg zur Macht unterstützten.

Dazu führte James Martin aus (er war Chef des Referates für Wirtschaftskrieg im Justizministerium, das die Struktur der Nazi-Industrie untersuchte): "Diese Kredite für den Wiederaufbau wurden zu einem Träger für Arrangements, die den Zweiten Weltkrieg mehr gefördert haben als die Schaffung des Friedens nach dem Ersten Weltkrieg."

Das Hauptverbindungsmitglied zwischen Hitler und den Wallstreet Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war. Schacht war der kluge Kopf hinter dem Wiederaufbauplan für Deutschland, dem Young-Plan, und auch der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr. Anfang des Jahrhunderts hatte sein Vater in der Berliner Filiale der von Morgan kontrollierten Equitable Trust Company of New York gearbeitet.

Der von Schacht konzipierte Plan funktionierte perfekt und half, die Ereignisse in der Weimarer Republik auf die explodierende Spitze zu treiben. Dr. Fritz Thyssen, der deutsche Industrielle, erklärte, er habe "sich an die Nationalsozialistische Partei erst dann gewandt, als ich zu der Überzeugung gelangt war, daß der Kampf gegen den Young-Plan unausweichlich war, wenn der vollständige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden sollte.

Die Annahme des Young-Plans und seine finanziellen Grundsätze erhöhte die Arbeitslosigkeit mehr und mehr, bis es rund eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er werde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die damalige Regierung war sehr schlecht und die Lage der Leute verschlimmerte sich. Das war wirklich der Grund für den enormen Erfolg Hitlers bei den Wahlen."

1932 war Hitlers Nationalsozialistische Partei die größte im Reichstag. Da eine interne Krise die andere jagte, gewannen Hitlers kräftige Versprechungen unter der deutschen Bevölkerung

immer mehr Anklang und Beliebtheit. Für viele erschien er der einzige Ausweg für die deutsche Nation zu sein. Er war die einzige Figur auf der politischen Bühne Deutschlands, die einen bestimmten Weg des Handelns hatte, und denselben lautstark erklärte, um die Nation aus der immer entsetzlicher werdenden Notlage herauszuführen.

Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und löste ihn nach seinem Tode als "Führer" und Reichskanzler ab. Im folgenden Monat benutzte Hitler den vorsätzlich verübten Reichstagsbrand zum Vorwand, um die verfassungsmäßigen Rechte abzuschaffen und sich zum diktatorischen Führer der deutschen Nation zu ernennen.

Nachdem mögliche Rivalen in einer Reihe von Säuberungsaktionen beseitigt waren, setzte Hitler zu einem massiven Feldzug an, um Deutschland wirtschaftlich, militärisch und psychologisch aufzubauen. Mit der Widerrufung der Bedingungen des Versailler Vertrages und den massiven Reparationszahlungen, die Deutschland in dem vorangegangenen Jahrzehnt in einem Zustand der finanziellen Leibeigenschaft gehalten hatte, erreichte Hitler eine bemerkenswerte Wende des Wirtschaftslebens in Deutschland.

Der Lebensstandard des Durchschnittsbürgers verbesserte sich ganz entschieden und man führte mit Erfolg eine Kampagne durch, die Lebensgeister der Menschen zu neuer Kraft zu entfalten. Da sie nunmehr eine Sache hatten, für die es zu arbeiten sich lohnte, machten die Deutschen sich mit der ihnen eigenen Gründlichkeit an die Arbeit. Die Arbeitslosigkeit verschwand praktisch, als die Produktion der Industrie auf Touren kam.

Zeitgenössischen Beobachtern wurde jedoch bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produktion vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen.

Aus dem Tagebuch des Botschafters Dodd

Der höchste diplomatische Vertreter Amerikas im Hitler-Deutschland war nach 1933 Botschafter Dodd. Am 15. August 1936, also mehr als dreieinhalb Jahre nach Hitlers Machtergreifung, berichtete Dodd an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, "zur Zeit haben hier mehr als 100 amerikanische Unternehmen Tochtergesellschaften oder Kooperationsabkommen. Du Pont hat drei Verbündete in Deutschland, die das Rüstungsgeschäft unterstützen. Ihr Hauptverbündeter ist die I. G. Farben Company.

Standard Oil Company (New Yorker Untergesellschaft) hat im Dezember 1933 zwei Millionen Dollar hierher geschickt und erhält jährlich 500.000 Dollar dafür, den Deutschen bei der Herstellung von Ersatzbenzin für Kriegszwecke zu helfen; aber Standard Oil kann seine Gewinne nicht repatriieren, es sei denn in Form von Waren. Davon machen sie wenig Gebrauch. Zwar berichten sie ihre Erträge an die Muttergesellschaft, aber sie berichten nicht die Tatsachen. Der Präsident der International Harvester Company sagte mir, ihr Umsatz hier sei um 33 Prozent pro Jahr gestiegen (Waffenherstellung, glaube ich), aber sie holen sich nichts davon zurück.

Selbst unsere Flugzeugleute haben ein Geheimabkommen mit Krupp. General Motors Company und Ford erzielen hier mit ihren Tochtergesellschaften Riesenumsätze, aber entnehmen keine Gewinne. Ich erwähne diese Fakten, weil sie die Dinge verkomplizieren und die Kriegsgefahren vergrößern."

Immer mehr Geld für die Kriegsvorbereitungen

In seinem Tagebuch notierte Botschafter Dodd, daß Dr. Engelbrecht, Leiter der Rockefeller-tochter Vacuum Oil Company in Hamburg, ihm erzählt hat:" Die Standard Oil Company of New York baue eine Großraffinerie in der Nähe des Hamburger Hafens."

Die amerikanischen Internationalisten gingen aber in ihren Bemühungen um den Aufbau der deutschen Kriegsführungskapazitäten noch sehr viel weiter. Bei seinen Recherchen deckte Professor Sutton die Tatsache auf, daß "die beiden größten Panzerhersteller im Hitlerdeutschland Opel, eine 100prozentige Tochter der General Motors - ihrerseits von J. P. Morgan kon-

trolliert - sowie die Ford AG, Tochter der Ford Motor Company in Detroit waren. 1936 wurde Opel von den Nazis Steuerfreiheit eingeräumt, damit General Motors seine Produktionsanlagen erweitern konnte. General Motors reinvestierte die anschließenden Gewinne in die deutsche Industrie."

Obwohl amerikanische Unternehmen verantwortlich für die Bereitstellung eines Großteils der Technologie und des Kapitals in Deutschland waren, das Hitler für den militärischen Aufbau benötigte, so gab es doch auch viele begüterte Europäer außerhalb Deutschlands, die mehr als genug das ihrige für dieselbe Sache taten. Aus europäischen Quellen flossen enorme Geldmengen in das Nazideutschland, und zwar über die Warburg-kontrollierte Mendelsohn Bank in Amsterdam, und später über die J. Henry Schröder Bank mit Filialen in Frankfurt am Main, London und New York. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 %

US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinetttisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Ruble-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen. Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>**Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren**

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteien will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. ...



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen

wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50 ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern.

Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über Hitler

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.).

Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tat-

sache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschenken, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch

der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". ...<<

In München lernte Hitler im Jahre 1929 die 17jährige Fotolaborassistentin Eva Braun kennen. Ihr konservativer Vater lehnte zunächst jeden Umgang mit Hitler ab.

Im Jahresbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft für 1929 wurde die Umstellung der Produktion wie folgt begründet (x149/57): >>Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung. ...

Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Diese Tatsache wird dadurch verdunkelt, daß die Einrichtung der Mechanisierung, der Neu- oder Umbau von Fabrikgebäuden, die Herstellung der maschinellen Einrichtung, die nicht vergrößerter, sondern nur verbilligter Gütererzeugung dienen, vorübergehend Arbeitern Beschäftigung gibt, sie aber später zur Arbeitslosigkeit führt. Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird.<<

In Deutschland waren 1929 im Jahresdurchschnitt 1.892.000 Personen bzw. 9,6 % arbeitslos (x149/60).

Klement Gottwald (1896-1953) übernahm im Jahre 1929 die Führung der kommunistischen Partei.

Als die Slowaken verstärkt die zugesagte Selbstbestimmung forderten, ließen die Tschechen alle Anführer der Rebellen inhaftieren. Der slowakische Führer Vojtech Tuka (1880-1946) wurde im Jahre 1929 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt (x061/435).

Trotzki floh im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordete (x128/48).

Die Parteikonferenz der KPdSU forderte im Jahre 1929 von allen werktätigen Arbeitern und Bauern höhere Arbeitsleistungen (x149/20): >>... Organisiert den Wettbewerb für die Senkung des Selbstkostenpreises, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Erweiterung der Saatflächen, für die Hebung der Ertragsfähigkeit, für die Gewinnung der Bauernschaft zu Kolchosen und Genossenschaften, für die Vereinfachung des Staatsapparats, ... für die Verbesserung der Arbeit der kulturellen Einrichtungen, welche die Massen der Werktätigen bedienen. ...

Der Arbeitsheroismus und die Selbstaufopferung der Werktätigen äußern sich auch in der freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen, in der Abarbeit der Feiertage, in dem gigantischen Wachstum der Vorschläge für die Produktionsberatungen, in dem Boykott der Faulenzer und Bummelanten.<<

Frankreich errichtete von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestaffeltes Befesti-

gungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

In den USA waren 1929 im Jahresdurchschnitt 1.550.000 Personen bzw. 3,2 % arbeitslos (x149/60).

1930

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wurde im Deutschen Reich am 1. Januar 1930 von 3 % auf 3,5 % erhöht.

Carl von Ossietzky berichtete am 7. Januar 1930 in der "Weltbühne" (x034/439): >>... Hugenberg wird seinen Golem Hitler nicht zu selbständig werden lassen; wenn er ihn nicht mehr braucht, wird er ihm einfach die Bezüge sperren, und die nationalsozialistische Bewegung wird ebenso mysteriös verschwinden wie sie in diesen beiden letzten Jahren mysteriös gewachsen ist.<<

Horst Wessel (1907-1930, ab 1926 NSDAP-Mitglied, seit 1929 SA-Sturmführer, Verfasser des Marschliedes "Die Fahne hoch") wurde am 14. Januar 1930 bei einem Überfall in seiner Wohnung in Berlin niedergeschossen (vermutlich eine private Auseinandersetzung mit einem Zuhälter).

Der preußische Innenminister Albert Grzesinski ordnete am 16. Januar 1930 ein generelles Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel an, um die gewaltsamen Ausschreitungen der radikalen Parteien zu beenden.

Der NSDAP-Politiker Wilhelm Frick (1877-1946, Jurist, seit 1924 Mitglied des Reichstages) wurde am 23. Januar 1930 Minister für Inneres und Volksbildung in Thüringen. Frick war damit der erste nationalsozialistische Minister einer deutschen Landesregierung.

Adolf Hitler schrieb am 2. Februar 1930 über Wilhelm Fricks Wahl zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister (x034/444): >>Wer diese beiden Ministerien besetzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausübt, kann Außerordentliches ... (bewirken) ... Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle ... nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung in Frage kommen kann.<<

Der SA-Sturmführer Horst Wessel erlag am 23. Februar 1930 seinen schweren Schußverletzungen. Wessel wurde später unter großer NS-Beteiligung in Berlin beigelegt und danach durch Goebbels Parteipropaganda zum NS-Märtyrer und NS-Helden "aufgebaut bzw. erklärt". Der Haupttäter des Gewaltverbrechens (ein Angehöriger der KPD) wurde im September 1930 wegen Totschlags zu einer 6jährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Die Schülerzahl der Berliner Volksschulklassen wurde am 23. Februar 1930 von 34 auf 36 Schüler pro Klasse erhöht, so daß man in Berlin 387 Volksschullehrer einsparen konnte.

König Carol II. (1893-1953) kehrte nach Rumänien zurück und übernahm ab Februar 1930 die Führung Rumäniens ("persönliches Regiment").

Carol II. schaltete danach Ministerpräsident Maniu aus und bekämpfte vor allem antisemitische, rechtsradikale Gruppen (wie z.B. die "Legion Erzengel Michael").

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtete am 2. März 1930 (x034/448): >>Nur Adolf Hitler kann ein starkes Deutschland schaffen. ...<<

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" veröffentlichte am 2. März 1930 die "Zehn Gebote für Kraftfahrer" (x034/449): >>... 10. Gebot: Meide während des Fahrens den Alkohol.<<

Der Reichstag stimmte mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme des Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtete am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

Reichspräsident Hindenburg erklärte am 13. März 1930 vor der Unterzeichnung des Young-Plans im Reichstag (x034/450): >>Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles.<<

Generalmajor a.D. von Thaer-Sibyllenort informierte General Kurt von Schleicher am 13. März 1930 über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft (x034/451): >>... Für Ostelbien ist es drei Minuten vor 24 Uhr. Wir sehen sonst den Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik.<<

Die NS-Jugendzeitschrift "Die Kommenden" schrieb am 21. März 1930 über die Anerkennung des Young-Plans (x034/453): >>Der Würfel ist gefallen und das Tisch Tuch zwischen Herrn von Hindenburg und der deutschen Jugend ist endgültig zerschnitten. ...<<

Obleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig war, weigerten sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) trat daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigte nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgten nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regierten. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächten die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichterten letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

Ein sozialdemokratischer Journalist schrieb später über den Zusammenbruch der letzten "Großen Koalition" (x243/36): >>... In der Feuerlinie standen nicht (die Gewerkschaften), sondern die Partei (SPD). ... Es wäre ihre Aufgabe gewesen, zwischen den nur gewerkschaftlichen und den allgemeinen politischen Gesichtspunkten den notwendigen Ausgleich zu schaffen. ...

Die Partei war dazu aber nicht imstande, denn eine Minderheit bekämpfte die Koalitionspolitik Hermann Müllers heftig und wünschte ihr baldiges Ende. Die Parteiführung sah sich, zwischen dem linken Parteiflügel und den Gewerkschaften eingeklemmt, jeder Bewegungsfreiheit beraubt. Ein Eingehen auf den Kompromiß hätte den Ausbruch eines offenen Konfliktes zur Folge gehabt, in dem Wissell (SPD-Arbeitsminister) gegen seine drei (SPD) Ministerkollegen, Gewerkschaften und Parteilinke vereint gegen die Parteirechte gestanden hätten.

Ein solcher Konflikt konnte nicht riskiert werden, (da) die Partei von Feinden rings umgeben war, denn die bürgerliche Mitte ging immer weiter nach rechts, im Rücken der Partei aber standen die Kommunisten. ...

Die entscheidenden Verhandlungen in der sozialdemokratischen Fraktion verliefen in nervöser Stimmung. ... Der Redner der Gewerkschaften erklärte, ... daß ein Kompromiß über die Arbeitslosenversicherung völlig unannehmbar sei.

Sollte die Fraktion zu einer anderen Auffassung kommen, so würden die Gewerkschaften ... ihren abweichenden Standpunkt im Reichstag, in der Presse und in der Partei nachdrücklich geltend machen. Man beschloß fast einstimmig, den Kompromiß abzulehnen.

Gleich darauf trat das Kabinett zusammen. Der Reichskanzler vertrat den Standpunkt, daß das Kabinett nun, nachdem die Einigung der Parteien gescheitert war, mit seiner ursprünglichen Vorlage vor den Reichstag treten müsse.

Der Vorschlag stieß auf Widerspruch. ... Der volksparteiliche Reichsfinanzminister ... (erklärte), sollte das Kabinett beschließen, sie dennoch in den Reichstag einzubringen, müsse das seinen Rücktritt zur Folge haben.

Danach hielten auch die Zentrumsminister die Voraussetzungen für ihr Bleiben nicht mehr für gegeben, man beschloß die Gesamtdemission des Kabinetts. ...<<

Reichspräsident Hindenburg beauftragte Heinrich Brüning (1885-1970, seit 1924 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) am 28. März 1930 mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

Der Vorstand der SPD veröffentlichte am 28. März 1930 folgende Erklärung (x149/66): >>Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der Angriffe der gesamten Reaktion hat zur offenen Krise geführt.

Sicherung der Unterstützung für die Riesenarmee unverschuldet arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Grundsatz führte zum Bruch. ...<<

Ein Aufruf der SPD "an das werktätige Volk" lautete damals (x034/454): >>Wir gehen ungewissen Zeiten entgegen. Schwerste Konflikte drohen. ...<<

Heinrich Brüning wurde am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügte, regierte man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.

Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.

Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<

Reichskanzler Heinrich Brüning erklärte während seiner Regierungserklärung am 1. April 1930 (x149/67): >>Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. ...

Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen. (Zwischenrufe der Kommunisten: Hört! Hört!)

...

Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefährvollen Bedrohungen entgegenzuwirken. (Lebhafte Zurufe aus der Mitte: Bravo! – Zwischenrufe der Kommunisten: Artikel 48!). ...<<

Franz Seldte (1882-1947, Führer des Stahlhelms) erklärte am 1. April 1930 während einer Bismarckfeier in Halle (x034/455): >>Ein Kampf auf Leben und Tod entbrennt zwischen Nationalsozialismus und Marxismus. ... Die Republik ist uns absolute Nebensache. Unser Begriff heißt: Deutsches Reich und deutscher Staat, denn wir empfinden diesen Staat als den unseren.<<

Am 1. April 1930 stand das Deutsche Reich mit 3,2 Millionen Rundfunkteilnehmern in Europa an der ersten Stelle vor Großbritannien.

Der SPD-Politiker Rudolf Breitscheid (1874-1944, seit 1920 Mitglied des Reichstages) warnte am 2. April 1930 nach der Regierungserklärung des neuen Reichskanzlers Brüning (x034/456): >>Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist. ... Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht.<<

Josef Goebbels zeigte sich am 4. April 1930 während einer Rede im Berliner Sportpalast bereits siegesgewiß (x034/456): >>... Zum letzten Mal wird bald Alarm geblasen, zum Kampfe stehen wir alle bereit, bald flattern Hitlerfahnen über Barrikaden, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit.<<

Am 15. April 1930 waren im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeitslos. Die Unterstützung für Arbeitslose betrug im Durchschnitt 81 RM pro Monat.

Die Biersteuer wurde um 46 % erhöht.

Der Sozialdemokrat Julius Leber kritisierte am 16. April 1930 den voreiligen Rücktritt der letzten SPD-Regierung (x245/279-280): >>Die politischen Ereignisse der letzten vier Wochen bedeuten einen ausgesprochenen Rückschritt für die Demokratie und eine Gefahr für die Arbeiterklasse.

Daraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Mitwirkung in der Regierung keine Frage zum Ausknobeln ist, sondern vom Gang der Dinge bestimmt wird.

Der letzte Wahlsieg legte uns die Pflicht zur Regierungsteilnahme im Interesse unserer Wähler auf. Wer regiert, haben die Wähler zu entscheiden. Hermann Müller hätte vor Räumung seines Platzes an das Volk appellieren müssen.

Lernen wir aus den Vorkommnissen und fordern wir nicht jedesmal, wenn etwas scheinbar in Gefahr ist, den Austritt unserer Genossen.

Die Rechnung wird uns jetzt präsentiert. Wir müssen in Zukunft viel konsequenter wissen, was die Macht im Reich und in der Republik bedeutet, und mehr Rücksicht nehmen auf die Festigkeit der Demokratie. Das Volk darf nicht nur Krisen sehen, es muß auch Vertrauen zur Regierung haben. ...<<

In der Düsseldorfer Zeitung "Der Mittag" berichteten am 18. April 1930 bekannte Persönlichkeiten (x034/459): >>(Reichsfinanzminister Moldenhauer:) Es gilt, den Pessimismus, der breite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, zu überwinden und das deutsche Volk mit neuem Glauben an seinen Wiederaufstieg zu erfüllen.

(Geheimrat Prof. Dr. Adolf von Harnack, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft:) Die Gebildeten im Lande und insbesondere die Wissenschaft bemühen sich täglich um neue Impulse. Aber vielleicht entscheidender noch ist der Rhythmus, in dem die Masse der Nation fortschreitet.

(Der Autor Jakob Wassermann:) Die rücksichtslose Unterordnung des einzelnen unter Schranken, die einer Gemeinschaft gesetzt sind, die persönliche Nivellierung, mag in ihren letzten Konsequenzen vielleicht in Rußland möglich sein. Für den deutschen Menschen, den diese Zeit heranbildet, ist sie unerträglich. ...<<

Reichskanzler Heinrich Brüning sagte am 30. April 1930 vor dem Reichstag (x243/37): >>... (Ich habe gesagt,) daß von dem Mittel des Artikels 48 erst dann und nur dann Gebrauch gemacht werden wird, wenn die Regierung keine Hoffnung mehr hat, daß das Parlament und die Parteien ihre Mission selbst erfüllen. ...

Ob der Artikel 48 überhaupt zur Anwendung gelangen muß, daß ist eine Entscheidung, die dieses Hohe Haus in kurzer Zeit selbst zu treffen haben wird. ...<<

Hitler erklärte am 2. Mai 1930 im Berliner Sportpalast (x034/460): >>... Das alte Deutschland ist verkalkt und abgeschlossen. Wir bauen hart und rücksichtslos den neuen Staat auf. Wir tun, was wir wollen, wir haben den Mut, jeder Gewalt die Stirne zu bieten. ...<<

Die Zeitung "Corriere della Sera" berichtete am 12. Mai 1930 über Mussolinis Besuch einer Kapelle in Lucca (x149/30): >>... Für den Duce ist ein Kniekissen vorbereitet, auf dem er für einige Minuten in stiller Andacht niederkniet. ...

Monsignore Banducci ... hat im Namen des Klerus von Lucca die besten Wünsche an die Regierung überbracht, die der Duce mit bewundernswerter Entschlossenheit im Interesse unseres geliebten Vaterlandes leitet, das er vom Ungeheuer des Kommunismus befreit hat.<<

Der französische Außenminister Aristide Briand schickte am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift forderte Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnten eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchteten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

Im Mai 1930 ließ Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter waren z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien waren danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regierten jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit blieben weiterhin erhalten und wurden nicht angetastet.

Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Liga für Menschenrechte", emigrierte 1933 nach Frankreich) schrieb am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<

Die Reichsregierung erhöhte am 5. Juni 1930 die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 3,5 % auf 4,5%.

Im Rahmen der Verordnung zur "Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" beschloß die Reichsregierung am 26. Juni 1930 einen Einkommensteuer-Zuschlag für Ledige von 5 % bis 10 %.

Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgültig das Rheinland räumten (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), fand im Reichstag eine Gedenkfeier statt.

Reichspräsident Hindenburg bezeichnete den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmten weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.

Am 30. Juni 1930 waren im Deutschen Reich 2.636.000 Menschen arbeitslos.

Hitler beauftragte am 30. Juni 1930 den Gauleiter Joseph Goebbels, die NSDAP in Berlin-Brandenburg rücksichtslos zu säubern (x034/472): >>Die Nationalsozialistische Partei wird, solange ich sie führe, kein Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist, eine Organisation der Disziplin, die nicht für doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel geschaffen wurde, sondern zum Kampf für eine Zukunft Deutschlands, in der die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden und ein neues deutsches Volk sich selbst sein Schicksal bestimmt!

Ich habe Sie, lieber Herr Doktor Goebbels, vor Jahren auf den schwersten Platz des Reiches gestellt. ... Ich muß Sie nun heute bitten, in Verfolgung dieser einst gestellten Aufgabe die rücksichtslose Säuberung der Partei von allen jenen Elementen in Berlin durchzuführen.<<

Die preußische Regierung verbot am 3. Juli 1930 allen Beamten die Mitgliedschaft in radikalen Parteien.

Nach den rücksichtslosen Säuberungsmaßnahmen, die Gauleiter Goebbels in der NSDAP durchführen ließ, kritisierte Otto Strasser am 3. Juli 1930 die "Nationalsozialisten der Bürgerlichen" (x034/473): >>... Ihr Parteiapparat ist korrupt, die Führer und Unterführer, abhängig vom Gottübersten, der mit seinem bürgerlichen Namen Adolf Hitler heißt, neigen sich in elendem, kriecherischem Byzantinismus.<<

Otto Strasser (1897-1974) trennte sich am 4. Juli 1930 von der NSDAP und gründete danach die Kampfgemeinschaft "Schwarze Front".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Otto Strasser (x051/565):
>>Strasser, Otto, geboren in Windsheim (Mittelfranken) 10.9.1897, gestorben in München 27.8.1974, deutscher Politiker; Kriegsfreiwilliger, Studium der Volkswirtschaft, 1920 vorübergehend SPD-Mitglied, 1921-23 Hilfsreferent im Reichsernährungsministerium.

Strasser begann schon 1924 für die NSDAP durch Beiträge im "Völkischen Beobachter" zu wirken, bevor er sich 1925 der Partei anschloß. Für seinen Bruder Gregor führte er ab 1.3.26 den Kampf-Verlag in Berlin und arbeitete im Sinne einer "sozialistischen" Ausrichtung der NSDAP.

Wie Gregor forderte er die Sozialisierung der Schwerindustrie und warnte vor dem faschistischen italienischen Modell, dessen sozialer Frieden Kirchhofsruhe auf Kosten der Arbeiter sei. Seine prosojietische und antiwestliche außenpolitische Linie verschärfte den Konflikt mit Hitler weiter, den auch ein Gespräch am 21./22.5.30 nicht entschärfen konnte.

Strasser verließ am 4.7.30 die Partei, gründete eine "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und schloß sie mit anderen Gruppen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.) zur "Schwarzen Front" zusammen.

Nach der Machtergreifung emigrierte Strasser und setzte den publizistischen Kampf gegen Hitler von Österreich, der Schweiz (1938) und Portugal (1940) fort. 1943 fand er in Kanada Aufnahme und kehrte 1955 nach Deutschland zurück.

Seine Publikationen (u.a. "Hitler und ich", englisch 1940, deutsch 1948; "Exil", 1958) und seine politischen Initiativen (u.a. Gründung der bedeutungslosen Deutsch-sozialen Union, 1956) zeigten, daß Strasser an den früh-nationalsozialistischen und antisemitischen Ideen festhielt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Schwarze Front" (x051/527): >>Schwarze Front, Eigenbezeichnung eines Zusammenschlusses der "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten", die O. Strasser nach seinem Austritt aus der NSDAP (4.7.30) gegründet hatte, und ähnlich gesinnten Gruppierungen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.).

Die Schwarze Front vertrat in ihrer gleichnamigen Zeitschrift einen nationalrevolutionären "Solidarismus", wie ihn auch die Wortführer der Zweiten Revolution propagierten, und war v.a. 1931-33 aktiv. Nach Strassers Emigration 1933 agitierte die zerfallende Gruppe vom Ausland aus immerhin so engagiert gegen das Dritte Reich, daß Himmler ihr noch 1939 das Bürgerbräu-Attentat zutraute.<<

Im Waldenburger Steinkohlenrevier in Schlesien starben am 9. Juli 1930 151 Bergleute nach einem schweren Kohlensäure-Ausbruch.

Alfred Hugenberg erklärte am 10. Juli 1930 vor der DNVP-Reichstagsfraktion (x034/474):
>>Es ist auch völlig unpolitisch, mir immer wieder das Bündnis mit den Nationalsozialisten vorzuwerfen. Wer nicht einsieht, daß dieses sogenannte Bündnis zu einer für Deutschlands Zukunft außerordentlich wichtigen Bindung der Nationalsozialisten an positive Ideen führen mußte und geführt hat, dem fehlt das politische Denken.<<

Reichskanzler Heinrich Brüning (1885-1970) beschwor bei der Reichstagsdebatte vom 15. Juli 1930 die Abgeordneten (x034/474): >>... Demokratie und Parlament werden mehr gesichert durch den Mut zur Verantwortung, auch in unpopulären Maßnahmen, als durch Gesetze.<<

Reichskanzler Brüning legte danach am 15. Juli 1930 folgende Vorschläge zur Haushaltssanierung vor, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts von über 700 Millionen Reichsmark zu decken (x243/37): >>... 1. Reichshilfe für Personen des öffentlichen Dienstes von 2 ½ % für die Bezüge.

2. Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 % für alle Einkommen über 8.000 RM.

3. Ledigensteuer von 10 %.

4. Abstriche am Haushalt. ...

6. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 ½ auf 4 ½ %.

7. Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung. ... Vorschlag an die Gemeinden, ... neue Steuern einzuführen, ... Getränkesteuer ... und Bürgersteuer, sog. Kopfsteuer. ...<<

Der Reichstag lehnte am 16. Juli 1930 die Regierungsvorschläge zur Haushaltssanierung ab. Die Regierung beschloß daraufhin, die abgelehnte Deckungsvorlage bzw. Reichshilfe durch eine Notverordnung gemäß § 48 in Kraft zu setzen.

Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmte, kündigte Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügte (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besaßen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), mußte die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063-562).

Brüning unterstützte mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg ("politischer Erdrutsch"), denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen (Sanierungsprogramme statt Schuldenpolitik) erhielten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in größte Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen. Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der Auflösung des Reichstages vom 18. Juli 1930 und den vorgezogenen Reichstagswahlen war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre.

Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerliche Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Na-

tionalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.

Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers Weg zur Machtübernahme (x192/433): >>... Nach 1928 schien Hitler mit seinem kleinen Anhang kaum mehr zu repräsentieren als eine jener sektiererischen Splitterparteien, die das Weimarer Parteiengefüge zwar belasteten, aber nicht ernsthaft gefährdeten.

Die einschneidende Wende brachte die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr darauf waren nicht weniger als 40 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und Hitlers Schlagwort-Programm fand nun breite Unterstützung. Sein Versprechen, Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien, appellierte an den Nationalstolz.

Die "linken" Thesen des Parteiprogramms sollten die Arbeiterschaft beeindrucken (Brechung der "Zinsknechtschaft", Verstaatlichung der Großunternehmen, der extreme Nationalismus das Bürgertum und das Militär, und das Zerrbild des Juden als Verkörperung von Kommunismus und Kapitalismus lieferte einen bequemen Sündenbock, dem alle Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos der Zeit zugeschoben werden konnte.

Der radikale Einbruch erfolgte 1930, als sich die Nazis (wie die Partei allgemein genannt wurde) mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen 107 Reichsmandate sichern konnten. Bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen im Juli 1932, erweiterte sich diese parlamentarische Machtbasis auf 230 Sitze. Nachdem andere rechtsgerichtete Politiker sich nicht hatten durchsetzen können, wurde Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. ...<<

Die sowjetische Zeitung "Prawda" berichtete am 20. Juli 1930, daß das sowjetrussische Kohlensyndikat 560 arbeitslose deutsche Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet im Donez-Becken angeworben hätte.

Während der Feiern anläßlich der Rheinlandbefreiung brach am 22. Juli 1930 in Koblenz eine Brücke über einen Nebenfluß der Mosel zusammen. 37 Menschen kamen dabei um.

Hindenburg genehmigte am 25. Juli 1930 eine Notverordnung gegen den Waffenmißbrauch.

Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 25. Juli 1930 (x034/476): >>Die bisherigen Zusammenstöße und Straßenkämpfe zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten, Stahlhelmen und Reichsbannerleuten, bei denen es Tote und Verwundete gibt, sind eines geordneten Staatswesens unwürdig. ... Der politische Kampf darf nicht länger mit Knüppeln, Messern und Revolvern geführt werden.<<

Die Reichsregierung und die preußische Regierung gewährten der Mansfelder AG in Eisleben (Kupferbergbau- und Hüttenbetrieb) am 25. Juli 1930 verlorene Kredite, so daß Tausende von Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz vorerst noch behielten.

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wurde am 1. August 1930 von 3,5 % auf 4,5 % erhöht.

Die Bevölkerung der Insel Helgoland feierte am 1. August 1930 die vor 40 Jahren erfolgte Rückgabe durch Großbritannien (im Tausch für Sansibar, Uganda und Wituland).

Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermesslich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<

Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" forderte am 24. August 1930 den Sturz der Weimarer Republik (x191/47): >>... Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite ... und Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen: "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. ... Nieder mit der Regierung der Kapitalisten. Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!"<<

Die KPD attackierte am 24. August 1930 während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen im September 1930 besonders die NSDAP (x034/481): >>In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und der Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellten, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen.<<

Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" berichtete am 13. September 1930 über eine KPD-Kundgebung im Berliner Sportpalast (x034/484): >>... Das stürmische Herz des roten Berlin schlägt für die proletarische Revolution, für das kommende Sowjet-Deutschland und seinen Führer Ernst Thälmann.<<

Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

Reichskanzler Brüning blieb zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, fand er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406): >>(Nationalsozialismus) ... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die "nationale Rechte" (Harzburger Front), v.a. der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.

Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.

Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien (Farbe, Musik, Fahnen u.a. politische Symbole), durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.

Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum (selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern). Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.

Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und

marxistischen "Novemberverbrechern" (Dolchstoßlegende) und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.

War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der v.a. von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung (SA), ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politischen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln.

Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, v.a. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.

Gestützt auf seine massenhafte Wählerschaft, gelang es dem Nationalsozialismus, mit (scheinbar) legalen parlamentarischen Mitteln die staatliche Macht zu erringen: Am 30.1.33 wurde Hitler als Vorsitzender der parlamentarisch stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). ...<<

Der Reichsinnenminister Erich Koch-Weser (1875-1944) schrieb am 15. September 1930 an Reichsaußenminister Julius Curtius (x034/485): >>Der politische Erdrutsch, der sich hier ergeben hat, ist gewaltig. Er ist um so erschütternder, als er alle Parteien, die maßvolle politische Entscheidungen haben und Persönlichkeiten und nicht Massen bei sich Führung einräumen, gleichmäßig trifft.<<

Reichskanzler Brüning lehnte am 15. September 1930 jegliche Regierungsbeteiligung der NSDAP ab (x034/486-487): >>... Nein, nie, unter keinen Umständen. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Fieberkurvenerscheinung des deutschen Volkes, die bald wieder verschwinden wird.<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 15. September 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen (x191/52, x149/67): >>Soweit man bis in die frühen Morgenstunden urteilen kann, haben sich über ein Dutzend Millionen von deutschen Wählern gegen das herrschende parlamentarische System und gegen die Politik ausgesprochen, die bisher durch die Mittel der Demokratie betrieben worden ist.

Über ein Drittel der Abgeordneten kommt für eine Regierungsarbeit überhaupt nicht in Frage – sie sind der Feind jeder parlamentarischen Regierung. Das ist ein schlimmer Zustand. ... Mit einem so gewaltigen Anwachsen der Kommunistischen Partei und vor allem der nationalsozialistischen Stimmen hatte niemand gerechnet, nicht einmal die Nationalsozialisten selbst. ...<<

>>... Erbitterungswahlen also, in denen eine aus vielen Quellen gespeiste Stimmung, durch eine wilde Verhetzung aufgewühlt, sich in radikalen Stimmzetteln entlud. ...

Protest ... gegen die Methoden des Regierens oder Nichtregierens, des entschlußlosen parlamentarischen Parlamentierens der letztvergangenen Jahre. ...

Protest gegen die wirtschaftliche Not, die furchtbar ist, die viele, zum Teil aus ehrlicher Verzweiflung, zum andern bloß aus dem Ärger über diese oder jene Einzelmaßnahme einfach in die Stimmung treibt: die Partei, für die sie bisher gestimmt hatten, habe ihnen nicht geholfen, also versuche man es nun einmal mit einer anderen Tonart.

Hitler verspricht ja Macht, Glanz und Wohlstand. Also!<<<

Hitler erläuterte am 16. September 1930 in München die politische Lage der NSDAP (x034/-487): >>... Hundertsieben Mann stehen nun auf legalem Fechtboden. ... Die Nationalsozial-

sten werden auf diesem Boden jede Möglichkeit kühnsten Willens wahrnehmen, die sie ihrem Ziele näher bringen kann. Nicht um Abgeordnetenmandate kämpfen die Nationalsozialisten, sondern sie erobern Mandate, um das Volk dereinst frei machen zu können.<<

Der Reichsbanner (ein der Sozialdemokratie nahestehender Kampfbund) beschloß am 20. September 1930 die Gründung einer wehrhaften Schutzformation (Schufo), die 6 Monate später bereits über 160.000 Mann verfügte.

Hitler bekannte am 25. September 1930 in einem Hochverratsprozeß gegen 3 Ulmer Reichswehroffiziere vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, die Machtübernahme legal anzustreben (x034/489): >>... Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt.

Ich habe meine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Ich habe auch niemals jemanden in einem solchen Sinne instruiert. Ich habe in allen Fällen, wenn es zu Übertretungen gekommen ist, augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl zum Teil alter, verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben. ...

Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen und der November von 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen. ... Der Begriff 'nationale Revolution' wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt; für die Nationalsozialisten ist er aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes, eine Erhebung des geknechteten Deutschtums. Eine Bewegung, die diese Erhebung repräsentiert, wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet.

Die Propaganda, die wir betreiben, ist eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes, eine geistige Umstellung auf eine neue Weltanschauung; sie ist mindestens so gigantisch wie die Umstellung zum marxistischen Gedanken oder die Umstellung aus dem Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen Staat. Es kann mir auch nicht eine Sekunde einfallen, daß ein Staat mit einem konsolidierten Heer und einer Polizeitruppe bekämpft werden könnte.

Es wird aber die Zeit kommen, in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten werden 250 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben.

Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staat mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel.

Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unsern Gedanken entspricht.<<

Der britische Zeitungsverleger Viscount Rothermere schrieb am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche.<<

Am 30. September 1930 waren im Deutschen Reich 3.088.000 Menschen arbeitslos (x034/490).

Die Reichsregierung beschloß am 30. September 1930, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab 6.10.1930 auf 6,5 % zu erhöhen.

Die SPD-Reichstagsfraktion wies am 3. Oktober 1930 auf die vielfältige Gefährdung der Verfassung hin (x034/491): >>Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen.

Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.

Sie ist bedroht durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktionäre und Faschismus erschwert.<<

Goebbels kündigte am 3. Oktober 1930 ein Volksbegehren an, um die Aufhebung des preußischen Landtages durchzusetzen (x034/491): >>Von Preußen aus ist der Verfall des Reiches unter Grzesinski, Braun und Genossen vor sich gegangen, und von Preußen aus wird das "Dritte Reich" unter Führung von Adolf Hitler und Goebbels emporsteigen. ...<<

Die "Welt am Montag" berichtete am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286-288): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.

Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...

Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.

Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht.

Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.

Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?

Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichnete Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntuppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...

Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntuppe.

Die Millionen der Wähler, die er diesmal mustern konnte, dank der Gunst der Umstände, d.h. dank der Ungunst der Wirtschaftslage, rekrutieren sich aus den verschiedensten Schichten.

Da sind Arbeiter, relativ genommen nicht sehr viele, aber eine Million wird es doch wohl gewesen sein. Es sind Landarbeiter, die sich immer noch vom "gnädigen Herrn" abhängig fühlen und von ostelbischen Granden für Hitler kommandiert wurden. Es sind jene labilen Elemente, die erst bei den Kommunisten hospitiert haben und sich nun den Nationalsozialisten zuwenden, weil diese sich noch radikaler gebärden. Es sind junge Leute, Friseurgehilfen, Chauffeure usw., die sich etwas Besseres dünken als die Masse der gewerkschaftlich organisierten Fa-

brikarbeiter.

Da sind Massen von Angestellten, insbesondere aus den Kreisen der deutschnationalen Handlungsgehilfen, die berühmten oder berüchtigten Stehkragenproletarier. Ihr Interesse müßte sie in eine Einheitsfront mit den Arbeitern führen. Aber ihr "Standesgefühl" ist stärker als ihre soziale Einsicht.

Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademiker. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird eben als unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht. Darum begeistern sie sich für ihn. Sie sind besessen von der Mentalität der Leute à la Scheringer und Ludin (Offiziere, die innerhalb der Ulmer Garnison für die NSDAP geworben hatten).

Da sind bedauerlich viele Beamte. Ihre politische Freiheit verdanken sie ausschließlich der Republik. Aber leider hat ihnen die Republik mit der politischen Freiheit nicht auch zugleich das politische Denken geben können, das ihnen in der Kaiserzeit ausgetrieben worden war. Sie sind ein besonders dankbares Objekt für Demagogen.

Da ist vor allem der große Block des sogenannten selbständigen Mittelstandes. Diese Millionen von Handwerkern und Kleinkaufleuten führen seit der nach 1871 einsetzenden großindustriellen Entwicklung einen verzweiferten Kampf um ihre Existenz. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht. Darum fallen sie auf jeden Schwätzer herein, der ihnen die Wiederherstellung des "goldenen Bodens" durch Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gewerbefreiheit verspricht. Einst liefen sie Stoecker und Ahlwardt (Führer einer politischen Splittergruppe) nach. Heute ist Hitler ihr Prophet.

Die Nationalsozialisten rühmen sich, 34.000 Wahlversammlungen abgehalten zu haben. In diesen Versammlungen sprechen sie also: "Wenn wir die Macht bekommen, werden sofort die Youngzahlungen eingestellt. Dadurch erspart das Deutsche Reich 1.700 Millionen Reichsmark jährlich. Diese Ersparnis wird dazu verwendet, um die Steuern herabzusetzen. Die Gewerbesteuer wird aufgehoben. Rechnet euch selbst aus, was das für jeden einzelnen ausmacht! Wählt ihr nun lieber die Young-Parteien, die den Tribut weiter entrichten wollen, oder uns, die wir das deutsche Volk von seinen Unterdrückern und den Mittelstand von seinen Steuern befreien wollen?"

Das war Honig. Da jauchzten die Mittelständler. Diese armen Seelchen haben ja keine Ahnung von den Zusammenhängen der Weltwirtschaft und von den Grundlagen der Weltpolitik. Ihnen ging das nationalsozialistische Hexen-Einmalseins glatt auf. Ein Rechenexempel in der Klippschule (früher abwertender Begriff für Sonderschule).

Das ist das erschütternd Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.

Die Millionen der Hitlerwähler sind nicht etwa ebenso viel Millionen zum Revanchekrieg entschlossene Teutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren, und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Sackgasse sei der Weg in die Steuerfreiheit.

Das ist beruhigend – für das Ausland und höchst beunruhigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kapiert haben? ...<<

Der NSDAP-Politiker Gregor Strasser erklärte am 17. Oktober 1930 im Deutschen Reichstag (x034/494): >>Wir sind nicht in dieses Haus gekommen, um uns am Parlamentarismus zu vergiften. ... Wir sind Parlamentspartei aus Zwang. Dieser Zwang ist die Verfassung. ... Wir sind jetzt für die Verfassung, wir sind für die Demokratie Weimars, wir sind für das Republikenschutzgesetz, solange es uns paßt. ...<<

Thomas Mann attackierte während seiner "Deutschen Ansprache" am 17. Oktober 1930 in Berlin die NSDAP (x034/494): >>... Gespeist von geistigen und pseudogeistigen Zuströmen,

vermischt sich die Bewegung (der NSDAP) ... mit der Riesenwelle exzentrischer Barbarei und primitivdemokratischer Jahrmarktroheit ... Fanatismus wird Heilsprinzip, Begeisterung epileptische Ekstase, Politik wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz. ...<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigrierte 1933 in die Schweiz) ließ sich am 18. Oktober 1930 während seiner ersten Reichstagsrede nicht durch die lärmenden Tumulte der NSDAP beeindrucken (x034/494):

>>... Hätte das Münchener Volksgericht am 1.4.1924 (Prozeß wegen Hitlerputsch) seine Pflicht getan, die geltenden Gesetze gegen sie anzuwenden, dann wäre dem Deutschen Reichstag das beschämende Schauspiel (uniformierter Einmarsch der NSDAP vom 13.10.1930) erspart geblieben ...<<

Bei einer Bergwerksexplosion am 21. Oktober 1930 in Alsdorf bei Aachen kamen 262 Bergleute um.

Carl von Ossietzky schrieb am 21. Oktober 1930 in der linken Wochenschrift "Weltbühne" über Hitlers Aufstieg (x034/495): >>... Es ist etwas kernfaul an diesem Volk, das ein Individuum zum Deputierten wählt, weil es ihm als Mörder empfohlen wird ...<<

Infolge eines Grubenunglückes auf der saarländischen Schachanlage Maybach bei Saarbrücken starben am 25. Oktober 1930 schon wieder Bergleute. Während einer schweren Schlagwetterkatastrophe kamen 100 Bergleute ums Leben.

Viele nordamerikanische Farmer ernteten im Oktober 1930 ihre großen Mais- und Baumwollfelder nicht mehr ab, sondern verbrannten kurzerhand die gesamte Ernte.

Nach den Industriestaaten verelendeten die sogenannten "Rohstoffländer", denn die Rohstoffnachfrage sank drastisch. In Brasilien wurden im Oktober 1930 riesige Kaffeemengen ins Meer geschüttet oder verheizt.

Aufgrund der schwierigen Lage wurden am 1. November 1930 die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 % gekürzt.

Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereigneten, protestierte die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

Die deutsche Filmoberprüfstelle verbot am 11. Dezember 1930 nach Anträgen der Länder Sachsen, Bayern und Württemberg den Antikriegsfilm "Im Westen nichts Neues" wegen "Gefährdung des deutschen Ansehens".

Am 15. Dezember 1930 waren im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.

Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 15. Dezember 1930 über die Störung einer literarischen Heine-Veranstaltung durch antisemitische NS-Randalierer (x034/505): >>Ist es denn wirklich bei uns so weit gekommen, daß Vorträge über einen Dichter, dessen Lieder wir alle von Jugend auf gesungen haben, durch Überfallkommandos geschützt werden müssen? ...<<

Carl von Ossietzky schrieb am 16. Dezember 1930 in der "Weltbühne" über die erfolgreiche Hetzkampagne des Nationalsozialismus gegen den Remarque-Film "Im Westen nichts Neues" (x034/505): >>Heute hat er einen Film erlegt, morgen wird's etwas anderes sein.<<

Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommerellen protestierte die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).

Der deutsche Physiker Manfred von Ardenne (1907-1997) präsentierte am 24. Dezember 1930 in Europa erstmalig ein vollelektronisches Fernsehbild; es war zugleich das erste Bild in der Welt überhaupt, das von einer Braunschen Röhre ausging.

Die hohe Arbeitslosigkeit (stieg von 2,9 Millionen im April 1930 auf 4,0 Millionen Arbeitslose im Dezember 1930), der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten im Jahre 1930 den Radikalismus der Arbeiterschaft und der "bürgerlichen Mittelschicht".

In Deutschland waren 1930 im Jahresdurchschnitt 3.076.000 Personen bzw. 15,7 % arbeitslos

(x149/60).

Eine Textilarbeiterin berichtete im Jahre 1930 über ihre Arbeitsbedingungen (x149/58):
>>Acht Stunden lang ... stehe ich immerzu fest auf demselben Fleck, vornübergebeugt den Oberkörper, beinahe reglos, nur die Hände machen wie mechanisch immer dieselben Bewegungen, drücken der Ware den Stempel auf, und das Hirn zählt von eins bis zwölf, wieder, immer wieder. ...

Acht Stunden lang Strümpfe stempeln. Unzählige Male, unterbrochen nur von einer einstündigen Mittagspause, während der mir gerade genug Zeit bleibt, um das Mittagessen zu verzehren und dann die vom stundenlangen Stehen fast steifgewordenen Glieder ein wenig lang zu strecken. ...

Kaum auszuhalten wäre wohl manchmal das ewige Einerlei des Alltags, wenn nicht ab und zu doch einige Stunden frei blieben zu geistiger und körperlicher Erholung; und wenn, wenn nicht die Aussicht bestände auf ein Wochenende.

Denn einmal, da bin ich für anderthalb Tage erlöst vom Frondienst fürs Kapital. Der Sonnabendnachmittag ist ja noch häuslicher Arbeit gewidmet, da gibt es in der Wohnung allerlei zu säubern. Aber dann kommt der Sonntag, und der gehört mir, mir ganz allein.<<

Ein Arbeiter berichtete im Jahre 1930 über die Produktionsüberprüfung durch REFA-Mitarbeiter (x149/58): >>Bis auf den tausendsten Teil einer Minute soll der Handgriff immer wieder auf Verbilligungsmöglichkeit geprüft werden.

Und der Kalkulator ist da. ... So viel ich auch seine Anwesenheit aus meinem Gehirn zu radieren suche: Er ist da mit Rechenschieber und Stoppuhr, bestimmt meine Existenz. ... Das Gesicht im rotierenden Schwungrad der Presse starrt unverwandt auf meine Hände. Ich kann das Tempo nicht halten, niete nur wütender, aber unsicherer geworden.

Der Wochenlohn hängt vom Schwung des Schlages ab. ... Mit kaltem Gesicht schiebt sich der Kalkulator an meinen Arbeitsplatz. ... Wir sehen uns in die Augen und lesen dort: Ich oder du! ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete im Jahre 1930 über die "Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen" (x269/281-282): >>Eine Wirtschaftskrise hat die Welt befallen. Zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose warten in den Industrieländern auf Beschäftigung. Allenthalben werden die Betriebe eingeschränkt oder geschlossen, die Produktion stockt, die Räder der Weltwirtschaft wollen sich nicht mehr drehen.

Pessimisten in allen Ländern glauben, daß es sich um einen Wirtschaftszusammenbruch von unabsehbaren Folgen handelt. Aber zu einer so trüben Auffassung liegt kein Grund vor. Weltwirtschaftskrisen ähnlicher Art hat es immer gegeben, seitdem wir eine hochentwickelte, eng miteinander verknüpfte Industrie- und Finanzwirtschaft haben. ...

Infolge der gewaltigen wirtschaftlichen Umschichtung, die der Krieg mit sich brachte, hat sich der Kreislauf der Konjunktur verschoben. Durch die Materialvorräte, die am Ende des Krieges, namentlich in Amerika, noch vorhanden waren, kam es in den ersten Jahren nach dem Kriege in den Siegerländern zu einer schweren Absatzkrise, die Millionen Menschen arbeitslos machte. ...

Seit 1922 aber schienen die Weltwirtschaftskrisen überwunden zu sein. Zwar gab es noch in einigen Ländern hartnäckige wirtschaftliche Depressionen; so in England, das seit Jahren dauernd ein Heer von anderthalb bis zwei Millionen Arbeitslosen unterhalten muß und zeitweise auch in Deutschland, das durch die Inflation und durch die Reparationsbelastung besonderen wirtschaftlichen Bedingungen unterlag und deshalb auch eine andere Konjunkturentwicklung durchmachte als die übrige Welt.

Die hoffnungsfreudigen Amerikaner meinten, daß nunmehr das Ende der Krisen überhaupt gekommen sei. Sie lebten in dem frohen Glauben, daß eine wissenschaftlich genaue Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Krisen und Rückschläge vermeidbar mache. Das Rezept schien

sehr einfach zu sein. Man brauchte nur durch die Schaffung neuer Bedürfnisse und durch hohe Löhne den Absatz immer wieder ankurbeln, dann gäbe es keine Überproduktion und keine Stockungen. ...

Während die Statistik auf allen Gebieten des Lebens in Amerika aufs feinste ausgebildet wurde, verzichtete man merkwürdigerweise auf eine Arbeitslosenstatistik. Vorsichtige Beobachter befürchteten schon damals, daß die Amerikaner sich einer Selbsttäuschung hingaben. Aber der Erfolg sprach acht Jahre lang für die amerikanische Auffassung.<<

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872-1955, SPD-Abgeordneter: "Der rote Zar") erläuterte im Jahre 1930 die deutsch-polnischen Probleme (x064/132): >>Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten ... Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer. Aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, könnte er Polen durch Weichsel und Danzig geöffnet werden, ohne das Ostpreußen vom Mutterland losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt ... oder gar aus ihrer Heimat verdrängt würden ...

Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen.<<

Ein Schüler berichtete später über seine Gründe, im Jahre 1930 in die Hitlerjugend einzutreten (x067/101): >>Weder mein Vater noch irgend jemand sonst hat mich gedrängt, in die Hitlerjugend einzutreten. Ich entschloß mich selbständig dazu, einfach weil ich in einer Jugendgruppe sein wollte, in der ich einem nationalen Ideal nachstreben konnte.

Die Hitlerjugend machte Lager, Wanderungen und Heimatabende. Ich war Nummer 9 in der Thalburger Gruppe, als ich 1930 eintrat. Die Jungen stammten aus Familien aller Schichten, wenn auch überwiegend aus denen der Kleinbürger und Arbeiter. Es gab keine sozialen oder Klassenunterschiede, was mir sehr gefiel. Eine direkte oder auffällige politische Schulung gab es erst später – als Hitler an die Macht kam.

Ohne sich eigentlich zu bemühen, neue Mitglieder zu finden, wuchs die HJ in Thalburg (Nordheim in Niedersachsen) rasch. Ich glaube, die meisten anderen Jungen traten aus dem gleichen Grund wie ich ein. Sie suchten eine Möglichkeit, mit anderen Jungen zu solchen aufregenden Betätigungen zusammenzukommen. Außerdem war es eine Krisenzeit, und es gab überall viele schlechte Einflüsse, denen anständige Jungen entgehen wollten.

Jedenfalls glaube ich nicht, daß die politische Seite der Hauptgrund war, aus dem die Jungen eintraten. Wir machten Aufmärsche und haßten die SPD, aber das war alles ganz allgemein, galt nicht den einzelnen – das alles gehörte dazu. ...<<

In Prag ereigneten sich wiederholt Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden (x206/29).

Im Jahre 1930 lebten in der CSR noch 3,232 Millionen Sudetendeutsche (Bevölkerungsanteil = 21,9 %), die trotz tschechoslowakischer Unterdrückungspolitik nicht aufgeben wollten.

Im Jahre 1930 wurde in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/-163).

Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuteten, wurden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigte unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).

Im Jahre 1930 empfahl die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).

Die britische Zeitung "The Times" hielt die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).

Ein amerikanischer Anthropologe stellte im Jahre 1930 fest (x180/42): >>Der Anteil der Menschengruppe mit indianischem Blut unter der Gesamtbevölkerung der USA ist so unbedeutend, daß man auf sie nicht weiter einzugehen braucht. Die indianische Urbevölkerung in den USA ist vergleichsweise rasch verschwunden. ...<<

In den USA waren 1930 im Jahresdurchschnitt 4.340.000 Personen bzw. 8,7 % arbeitslos (x149/60).

Mahatma Gandhi (1869-1948, eigentlich Mohandas Karamchand, Führer einer gewaltlosen indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpfte in Indien für die Beseitigung der Gegensätze zwischen Muslimen und Hindus, wurde von einem fanatischen Hindu erschossen) zog im Jahre 1930 mit einer Schar von Anhängern zum Meer, um das britische Salzmonopol zu brechen. An der Küste wurde Gandhi mit Tausenden von Anhängern verhaftet und interniert, obwohl die gesamte Aktion gewaltlos verlief.

Mahatma Gandhi schrieb vor dem Start des "Salzmarsches" an den britischen Vizekönig (x256/55): >>Nichts als organisierte Gewaltlosigkeit kann der organisierten Gewalt der britischen Regierung Einhalt gebieten. ... Mein Ehrgeiz will nichts Geringeres, als das englische Volk durch Gewaltlosigkeit zu bekehren und es das Unrecht einsehen zu lassen, das es Indien angetan hat. ...

Ich weiß, daß es ihnen freisteht, meinen Plan dadurch zu vereiteln, daß sie mich festnehmen lassen. Ich hoffe, daß Zehntausende bereit sind, meine Arbeit an meiner Statt auf disziplinierte Weise fortzusetzen.<<

1931

Im Deutschen Reich lebten am 1. Januar 1931 rund 64 Millionen Einwohner.

Am 1. Januar 1931 waren im Deutschen Reich 4.357.000 Menschen arbeitslos. 16,3 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer waren Kurzarbeiter.

In der "Vossischen Zeitung" forderte Alfred Döblin die deutschen Schriftsteller am 25. Januar 1931 auf, entschlossener und aktiver für die Weimarer Republik einzutreten (x034/513): >>Die Institution muß ganz allein und prinzipiell gewillt sein, den Geist dieses Staates bilden zu helfen. ... Sieht man nicht in Deutschland, wohin man kommt mit der Furcht vor der Gesinnung? Die anderen haben sie, und eines Tages werden diese anderen den anderen nicht erlauben, noch irgendeine Gesinnung zu haben.<<

Am 31. Januar 1931 waren im Deutschen Reich 4.886.925 Menschen arbeitslos.

Stalin begründete am 4. Februar 1931 in einer Ansprache die Methoden und das Tempo der Industrialisierung (x243/133): >>Zuweilen wird die Frage gestellt, ob man nicht das Tempo etwas verlangsamen, die Bewegung zurückhalten könnte.

Nein, das kann man nicht. Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden. ...

Das Tempo verlangsamen, das bedeutet Zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. ... In der Vergangenheit hatten wir kein Vaterland und konnten keines haben. Jetzt aber, wo wir den Kapitalismus gestürzt haben und bei uns die Arbeiter an der Macht stehen, haben wir ein Vaterland und werden seine Unabhängigkeit verteidigen. ...

Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in 10 Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande oder wir werden zermalmt. ...<<

Ministerpräsident Maniu (Führer der nationalen Bauernpartei Rumäniens) setzte sich am 4. Februar 1931 nach innenpolitischen Kämpfen durch.

Die deutsche Reichsregierung gründete am 5. Februar 1931 eine Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Goebbels erklärte am 5. Februar 1931 während einer Reichstagsdebatte (x129/29): >>Die na-

tionalsozialistische Bewegung hat nicht die Absicht, unter diesem Regiment aus ihrer trotzi- gen Oppositionsstellung herauszugehen. Die nationalsozialistische Bewegung verharnt weiter- hin diesem System gegenüber in Kampfstellung.

Sie hat durch den Mund ihres Führers zum Ausdruck gebracht, daß sie legal sei. Das heißt aber: nach der Verfassung sind wir nur verpflichtet zur Legalität des Weges, nicht aber zur Legalität des Zieles. Wir wollen legal die Macht erobern. Aber was wir mit dieser Macht ein- mal, wenn wir sie besitzen, anfangen werden, das ist unsere Sache.

Wir haben das Gefühl, daß das deutsche Volk die Absicht hat, über kurz oder lang mit der Politik, wie sie seit 1918 in Deutschland betrieben worden ist, eine Abrechnung vorzuneh- men.

Wenn das Volk diese Abrechnung will, und das Volk macht uns einmal zum Vollstrecker die- ses Willens, dann werden wir uns getreu dem Satz, daß des Volkes Wille oberstes Gesetz ist, diesem Willen nicht entziehen.<<

SA-Stabschef Ernst Röhm erläuterte am 14. März 1931 die Richtlinien des NS-Auto- mobilkorps (x034/522): >>... Eine in mustergültiger Ordnung fahrende Kraftwagenkolonne mit fliegenden Sturmflaggen und Wimpeln ist von stärkster propagandistischer Wirkung.<<

Am 15. März 1931 waren im Deutschen Reich 4.980.000 Menschen arbeitslos.

Das Deutsche Reich und Österreich teilten am 19. März 1931 offiziell mit, daß man die Ein- und Ausfuhrzölle aufheben würde, um eine allgemeine Neuordnung der europäischen Wirt- schaftsbeziehungen einzuleiten.

Diese geplante "Zollunion" rief in Frankreich, der Tschechoslowakei, Italien und England Proteststürme hervor (Bruch des Friedensvertrages von Saint Germain). Frankreich erklärte später, daß die Selbständigkeit Österreichs gefährdet sei und beschloß wirtschaftliche Sank- tionen gegen das Deutsche Reich (x063/566).

Am 31. März 1931 trat das Osthilfe-Gesetz in Kraft.

Rainer Sontowski schrieb später über die "Osthilfe" (x051/434): >>Osthilfe, per Gesetz vom 31.3.31 (Osthilfe-Gesetz) beschlossenes Unterstützungsprogramm für die ostdeutsche Land- wirtschaft (v.a. Umschuldungsaktion).

In das Osthilfe-Verfahren wurden 33.619 Betriebe mit insgesamt 2,2 Millionen Hektar einbe- zogen. Die Mittel dafür, die vornehmlich dem Großgrundbesitz zugute kamen, stammten zu 80 % von einer neu gegründeten Industriebank, deren Kapital durch eine Umlage der Industrie refinanziert wurde, zu 8 % aus dem Reichshaushalt und zu 12 % aus der Landwirtschaft durch Landverkauf der umzuschuldenden Betriebe.

Zwar trugen die verschiedenen Maßnahmen (Gesamtumfang 600 Millionen RM) teilweise zu einer Verbesserung der Situation bei, die strukturellen Ursachen der landwirtschaftlichen Ver- schuldung konnten sie aber nicht beseitigen. Die geplante Aufsiedelung nicht entschuldungs- fähiger Güter war politisch heiß umkämpft und trug zum Sturz der Regierung Brüning und Papen bei. Die Entschuldungspolitik wurde von den Nationalsozialisten fortgesetzt und aus- gebaut (Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1.6.33).<<

Während der Kommunalwahlen am 12. April 1931 mußten die Kandidaten der Monarchisten in allen großen Städten Spaniens große Stimmenverluste hinnehmen.

Am Abend des folgenden Tages versammelten sich riesige Menschenmassen in der Haupt- stadt Madrid und forderten den Rücktritt des Königs. Um Kämpfe mit den Demonstranten zu verhindern, verließ König Alfons XIII. Spanien, ohne jedoch auf den Thron zu verzichten.

Am 14. April 1931 wurde die Zweite Republik ausgerufen und die Diktatur des Generals Prim de Riviera beendet.

Die Regierung wurde vor allem durch bürgerliche Gruppen, Sozialisten und einige Konserva- tive unterstützt. Die Verfassung von 1931 garantierte allen Spaniern eine gewisse Gleichbe- rechtigung (z.B. Einführung des Frauenwahlrechts) sowie die Trennung von Kirche und Staat

(Einführung der Zivilehe).

Die Zweite Republik kämpfte in den nächsten 5 Jahren unentwegt mit einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen und spaltete das spanische Volk allmählich in zwei unversöhnliche Gruppen. Die Armee, katholische Kirche, Unternehmer und Großgrundbesitzer lehnten besonders die Verminderung der Streitkräfte, das neue Scheidungsrecht und die Landreformen entschieden ab.

Reichswehrminister Wilhelm Groener (1867-1939) schrieb am 26. April 1931 in einem Privatbrief über Hitler (x034/528): >>...: >>... Nur der schöne Adolf macht uns vorläufig gar keine Kopfschmerzen mehr, seit er vor Loyalität trieft und lieber im braunen Haus Hof hält, als ... auf der Straße seine Brüllaffen in Freiheit vorzuführen.<<

Am 30. April 1931 waren im Deutschen Reich 4.358.000 Menschen arbeitslos.

Hitler erläuterte dem Chefredakteur der "Leipziger Neuesten Nachrichten" im Verlauf einer vertraulichen Unterhaltung am 4. Mai 1931, welche Maßnahmen er nach einer Machtübernahme ergreifen würde (x034/529, x149/69): >>... Ich habe die nationalsozialistische Idee in die Welt geworfen und werde diese Idee brutal und, wenn es sein muß, mit Gewalt durchsetzen. Ich fühle mich in dieser Beziehung als Beauftragter des Schicksals, als Trommler, wie man mich nennt, und ich werde mit meiner Bewegung trommeln, bis Deutschland erwacht. ...<<

>>... Mit der Ausschaltung der Schwatzbude, die Sie das Hohe Haus oder den Reichstag nennen, mit der Umstellung der Presse wird sofort eine neue Situation entstehen. ... In diesem Augenblick werden wir mit dem Marxismus rücksichtslos abrechnen. Die Industrie wird sofort in den Wiederaufbauprozess eingeschaltet. Die 6 Millionen Arbeitslose werden ihr tägliches Brot verdienen. Das Versailler Diktat wird weggefegt. Eine neue Armee wird entstehen und das mit einem neuen Generalstab.

Dieser Goebbels, vor dem Sie Angst haben, daß er mit seiner Agitation das Proletariat verscheuchen wird, wird schon dafür sorgen, daß die Gefühle und die Vernunft unserer Menschen 99 % aller Stimmen unserer Politik geben werden.

Schon 6 Monate nach der Machtergreifung werden wir eine nie dagewesene Volksabstimmung erleben. Das andere läuft dann von selbst. ...<<

Im neuen Kölner US-Fordwerk wurde am 4. Mai 1931 das erste Auto fertiggestellt.

Gemäß einer Protokollnotiz vom 7. Mai 1931 über eine Besprechung in der Reichskanzlei schlug Reichskanzler Brüning vor, eine Revision des Young-Plans vorzubereiten (x034/529): >>Brüning zeichnet ein düsteres Bild der Haushalts- und Wirtschaftslage, die seiner Meinung nach nur noch durch eine Erleichterung der Reparationszahlungen oder durch neue Auslandsanleihen gebessert werden könne. ...<<

Hitler erklärte am 8. Mai 1931 vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit (x034/529): >>... Ich halte die Weimarer Verfassung für falsch und auch für schlecht. Aber ich weiß, daß ein Versuch, diese Verfassung gewaltsam zu stürzen, Blut kosten würde und wahrscheinlich nutzlos wäre.<<

Der deutsche Außenminister Curtius wies vor Vertretern der ausländischen Presse am 9. Mai 1931 nochmals auf die wirtschaftliche Notwendigkeit einer deutsch-österreichischen Zollunion hin.

Die französische Regierung verbot jedoch noch am selben Tag die geplante deutsch-österreichische Zollunion und drohte mit dem Einmarsch von Truppen. Das hochverschuldete Österreich mußte sich fügen (x059/65). Österreich stand nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über "Österreich" in den Jahren 1931-38 (x051/433-434): >>(Österreich) ... Unter den katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise (... Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt) und den zunehmenden

Pressionen und Wühlereien aus Berlin scheiterten Versuche von Dollfuß (1932-34) und Schuschnigg (1934-38), die innere Ordnung und äußere Selbständigkeit Österreichs durch einen Staatsstreich (März 33 Ausschaltung des Parlaments, Auflösung des Republikanischen Schutzbundes), das Verbot der NSDAP (19.6.33), die Gründung der Vaterländischen Front und die Errichtung eines autoritären, an der katholischen Soziallehre und am italienischen Faschismus orientierten Ständestaates (Austrofaschismus) um den Preis eines blutigen Bürgerkrieges im Februar 34 (Verbot der Sozialdemokratischen Partei) zu retten.

Außenpolitisch isoliert und wehrlos durch das Versagen der "kollektiven Sicherheit", das Appeasement der Westmächte und die Achse Berlin-Rom ("Bratspieß, an dem Österreich braun gebraten werden wird"), mußte Österreich den "deutschen Weg" über das Juliabkommen 1936 und den Anschluß 1938 bis zur Auflösung seiner Staatlichkeit als "Ostmark" gehen.<<

Die österreichische Credit-Anstalt (ein wesentlicher Pfeiler des damaligen Wirtschaftslebens) brach am 11. Mai 1931 völlig zusammen, weil die ausländischen Kredite vorzeitig zurückgefordert wurden (x057/229).

Am 31. Mai 1931 waren im Deutschen Reich 4.053.000 Menschen arbeitslos.

Die Presse stellte am 31. Mai 1931 die vom Völkerbund entwickelten internationalen Verkehrszeichen vor: Gefahrenzeichen (dreieckig), Verbote und Vorschriften (kreisrund mit rotem Rand) und einfache Hinweiszeichen (viereckig).

Das Reichskabinett diskutierte am 1. Juni 1931 fast den gesamten Tag über eine neue Notverordnung.

Der Berliner Bürgermeister Friedrich Lange schrieb am 1. Juni 1931 in seinem Tagebuch über die politische Lage (x034/533): >>Selbst die Rechtspresse wird nervös. Sie weist auf die groteske Tatsache hin, daß eine nationalistische Bewegung unter Führung des Herrn Adolf Hitler aus Braunau bei allen deutschen Wahlen atemberaubende Fortschritte erzielt, daß sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums einem Trümmerhaufen gleichen und daß Hunderttausende von beschäftigungslosen Intellektuellen dieser romantischen Bewegung zuströmen, die eines Tages alle Brücken und Dämme wegreißen werde. Aber man wurstelt in allen Parteien geruhsam weiter.<<

Die deutsche Regierung erließ am 5. Juni 1931 eine 2. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Aufgrund dieser Notverordnung wurden z.B. Löhne, Gehälter und Renten der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Reich um 5 % bis 8 % gekürzt, die Mehrarbeit eingeschränkt, die 40-Stundenwoche für verschiedene Arbeitnehmer eingeführt, die Altersgrenze der Unterstützungsempfänger von 16 auf 21 Jahre erhöht sowie eine Krisensteuer (bis zu 4 % Aufschlag auf die Einkommenssteuer und bis zu 5 % auf die Lohnsteuer) festgesetzt.

Das Deutsche Reich besaß am 12. Juni 1931 nur noch Gold und Devisen in Höhe von 1,7 Mrd. RM (Stand Juni 1930: 3,8 Mrd. RM).

Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bat, ließ US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

Die Reichsregierung stimmte am 21. Juni 1931 dem Stundungsvorschlag (Aufschub der Kriegsschuldzahlungen für 1 Jahr) des US-Präsidenten Hoover zu.

Das Deutsche Reich besaß am 5. Juli 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,487 Mrd. RM.

Der Massenmörder Peter Kürten (1883-1931, verübte mindestens 9 Sexual- und Kindermorde

sowie 7 Mordversuche, vorwiegend an Kindern) wurde am 5. Juli 1931 in Düsseldorf durch die Guillotine hingerichtet.

Die deutschen Banken und Sparkassen wurden am 13. Juli 1931 regelrecht gestürmt, so daß nicht alle Auszahlungswünsche der Kunden erfüllt werden konnten.

Infolge der aktuellen Banken- und Finanzkatastrophe schloß man am 13. Juli 1931 die Börsen. Die Reichsregierung ordnete am 14. Juli 1931 die vorübergehende Schließung aller Banken und Sparkassen an.

Der SPD-Parteivorstand wies am 14. Juli 1931 den Banken und der Schwerindustrie eine große Mitschuld an der aktuellen Finanzkatastrophe zu (x034/541): >>... Ein wesentlicher Teil dieses Untermertums hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezahlt und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tag mit allen Mitteln gefördert.<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärte am 16. Juli 1931 vor Gewerkschaftsvertretern (x034/541): >>... Die Reichsregierung weiß, daß die SPD und die Gewerkschaften infolge ihrer Friedenspolitik der einzige solide Kreditfaktor sind. Einen Putsch von rechts fürchte ich nicht.<<

Die Banken und Sparkassen öffneten am 17. Juli 1931 zwar wieder, durften jedoch nur Zahlungen für Steuern, Löhne und Arbeitslosengelder durchführen.

Obleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhnung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereitete ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.

Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<

Reichsminister Gottfried R. Treviranus (1891-1971) warnte am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<

Seit dem 1. September 1931 mußte jedes geschlossene Automobil im Deutschen Reich über einen Rückspiegel verfügen.

Am 1. September 1931 gingen 88,3 % aller Schüler zur Volksschule, 2,7 % zur Mittelschule und 9,0 % zur Oberschule.

Der Haager Gerichtshof entschied sich am 5. September 1931 mit 8 zu 7 Stimmen gegen die Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion (x063/567).

Im Deutschen Reich wurde das Vertrauen in die internationale Gerichtsbarkeit und das Ansehen des Haager Gerichtshofes nochmals nachhaltig erschüttert.

Infolge der drastischen Sparmaßnahmen erhöhte das Preußische Kultusministerium am 9. September 1931 die zulässige Klassenstärke für Unterstufen der höheren Schulen auf 55 Schüler. Etwa 4.000 Junglehrer wurden danach in Preußen arbeitslos (x034/550).

Berliner NSDAP-Angehörige führten am 13. September 1931 (jüdischer Neujahrstag) auf dem

Kurfürstendamm gewaltdätige Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Geschäfte durch.

Am 15. September 1931 waren im Deutschen Reich 4.324.000 Menschen arbeitslos.

Hitlers Geliebte Angela ("Geli") Raubal beging am 18. September 1931 in Hitlers Münchener Wohnung Selbstmord.

Am 23. September 1931 wurden 34 NSDAP-Angehörige wegen der antijüdischen Ausschreitungen vom 13. September 1931 in Berlin zu Freiheitsstrafen von 9 Monaten bis zu 3 Jahren verurteilt.

Im September 1931 herrschten in Österreich bürgerkriegsähnliche Zustände. Die österreichischen Kampfverbände wurden z.T. vom Deutschen Reich und durch Italien unterstützt. Aufgrund der finanziellen Unterstützung durch die italienischen Faschisten wurde der Austrofaschismus immer stärker.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Austrofaschismus" (x051/54): >>Austrofaschismus, österreichische Spielart des Faschismus, repräsentiert v.a. von den bewaffneten Selbstschutzverbänden der Heimwehren in den 20er und 30er Jahren.

Die Ideologie des Austrofaschismus speiste sich zunächst aus nationalistischen Quellen und völkischem Gedankengut nach dem Untergang des habsburgischen Vielvölkerstaates.

Gegen den demokratischen Neubeginn und die marxistischen Elemente in Verfassung und Regierung sammelte sich in den Heimwehren heterogenes Protestpotential. Sie entwickelten sich, von Christlich-Sozialen und Großdeutschen gefördert, von der Industrie unterstützt, zu Kampfverbänden des bürgerlichen Lagers gegen die Arbeiterorganisationen der Sozialdemokraten und des Republikanischen Schutzbundes.

Faschistische Tendenzen kulminierten nach den Juliunruhen 1927 unter dem Einfluß des Kreises um O. Spann. Nun kam auch massive finanzielle Hilfe aus dem faschistischen Italien, dessen programmatischer Einfluß im sogenannten Korneuburger Eid vom 18.5.30 spürbar wurde: Ablehnung des Parlamentarismus, Forderung nach staatlicher Machtergreifung und Überwindung des liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems und des Klassenkampfes, Führerprinzip.

Ähnlichkeiten zwischen Austrofaschismus und frühem Nationalsozialismus waren unverkennbar, aber auch das Trennende wurde in der Weiterentwicklung des Austrofaschismuskonzeptes zum österreichischen Ständestaat deutlich: Katholische und bürgerliche Fundierung des Austrofaschismus führte nach der ständischen Verfassung Österreichs vom 1.5.34 unter Kanzler Dollfuß zu unüberbrückbarem Gegensatz zum Nationalsozialismus.

Heimwehren, von denen sich noch 1933 Teile den Nationalsozialisten angeschlossen hatten, beteiligten sich am 25.7.34 aktiv an der Niederschlagung des nationalsozialistischen Putsches. Anhänger der NSDAP füllten danach die Anhaltelager. Umgekehrt wurde etwa O. Spann als ideologischer Ziehvater des Austrofaschismus nach dem Anschluß 1938 verhaftet und danach mit Lehrverbot belegt, Heimwehrführer Starhemberg ging ins Exil.<<

Im September 1931 griffen japanische Truppen China an und besetzten die Mandschurei.

Am 1. Oktober 1931 wurde die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen gekürzt.

Hitler nahm am 10. Oktober 1931 an einer Tagung der Nationalen Opposition in Bad Harzburg (10.-11.10.1931) teil.

Die NS-Zeitung "Völkische Beobachter" schrieb am 10. Oktober 1931 über die Tagung in Bad Harzburg (x034/557): >>... Die NSDAP als weitaus stärkster und entscheidender Machtfaktor wird auch dieser gemeinsamen Kundgebung in Harzburg den Stempel ihres Siegeswillens aufprägen und die Marschrichtung angeben.<<

Ein Professor der Frankfurter Universität wurde am 10. Oktober 1931 strafversetzt, weil er öffentlich über das Dritte Reich gesprochen hatte (x034/557).

Am 11. Oktober 1931 schlossen sich NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund, Industrielle, der Alldeutsche-Verband und einige Vertreter deutscher Fürstenhäuser zur Harzburger Front zusammen, um die politische Macht zu erringen.

In der gemeinsamen EntschlieÙung der Harzburger Front hieß es (x034/556): >>... Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. ... Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen.

So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten.

Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen. ...

Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklichen nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. ...

Wir glauben an die Erfüllung unserer Aufgaben, weil wir auf die deutsche Kraft, auf die Zukunft unseres Volkes vertrauen.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Harzburger Front" (x051/239): >>Harzburger Front, am 11.10.31 in Bad Harzburg geschlossenes Bündnis zwischen NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Alldeutschem Verband und den sogenannten Vaterländischen Verbänden.

Die Tagung, an der neben den Führern der genannten Parteien, Hitler, Hugenberg und Seldte, u.a. auch Schacht, Seeckt und andere Generäle der Reichswehr sowie Führer des Reichslandbundes teilnahmen, sollte nach dem Willen ihres Initiators Hugenberg die Geschlossenheit der "Nationalen Opposition" demonstrieren. Doch waren sich die Mitglieder der Harzburger Front nur einig in der Opposition gegen die Regierung Brüning und dem Kampf gegen die Republik, besaßen aber für diesen kein gemeinsames politisches Konzept:

Die bürgerlichen Gruppen wollten den populären Hitler und die nationalsozialistische Massenbewegung als "Trommler" für ihre Ziele benutzen, während Hitler in dem Bündnis mit der Rechtsopposition nur ein Mittel sah, seine Reputation zu fördern und die Öffentlichkeit über seine wahren Ziele zu täuschen.

Vor der Wahl zum Reichspräsidenten im Frühjahr 32 konnte sich die Harzburger Front auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen und zerbrach faktisch, auch wenn sie in der am 30.1.33 gebildeten Regierung Hitler für kurze Zeit scheinbar wieder auflebte (Machtergreifung).<<

Reichskanzler Brüning wurde am 13. Oktober 1931 während seiner Regierungserklärung im Deutschen Reichstag mehrfach von rechts- und linksradikalen Abgeordneten mit Zwischenrufen (wie z.B. "Hungerkanzler" oder "Diktator") unterbrochen.

Carl von Ossietzky schrieb am 13. Oktober 1931 in der "Weltbühne" über die Bildung der Harzburger Front" (x034/557): >>... In dem braunschweigischen Harzburg tritt alles, was Küche und Keller an Faschismus, Monarchismus und Nationalismus zu bieten haben, geschlossen gegen Brüning. ... Rechts ist Trumpf! ...<<

Am 18. Oktober 1931 brachten 40 Sonderzüge und etwa 5.000 Lastkraftwagen über 100.000 SA- und SS-Männer zum bisher größten NSDAP-Aufmarsch nach Braunschweig, um 24 Standarten mit der sogenannten Blutfahne zu weihen.

Der "Völkische Beobachter" schrieb damals über den NSDAP-Massenaufmarsch in Braunschweig (x034/558): >>... Nicht die Reichstagsabstimmung, sondern der Aufmarsch der 100.000 Mann SA vor Adolf Hitler in Braunschweig zeigt das wahre Gesicht des neuen Deutschland.<<

Das Deutsche Reich hatte am 31. Oktober 1931 Auslandsschulden in Höhe von 11,2 Mrd.

RM. Die Einlagen der Sparkassen betragen nur noch 10,2 Mrd. RM.

Am 31. Oktober 1931 waren im Deutschen Reich 4.623.000 Menschen arbeitslos. 21,5 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer waren Kurzarbeiter (x034/559).

Im Deutschen Reich gab es im Oktober 1931 rund 4,6 Millionen arbeitslose Deutsche (davon sind über 0,5 Millionen Jugendliche, auf 1.000 Erwerbsfähige kamen 216 Arbeitslose) und die Arbeitslosigkeit stieg unentwegt weiter.

Da die deutsche Regierung ihren Beamten kein Gehalt mehr zahlen konnte, mußte man Staatseigentum verschleudern. Der schwedische Industrielle Ivar Kreuger (1880-1932, Selbstmord) erwarb z.B. für einen lächerlichen Kredit (ca. 120,0 Millionen RM) das deutsche Zündholzmonopol (Laufzeit bis nach 1980).

Am 15. November 1931 waren im Deutschen Reich 4.840.000 Menschen arbeitslos.

Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellten am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

Die polnische Presse stellte am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung der deutsche Stimmenanteil im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % gesunken sei (x034/563).

Die Einlagen der Sparkassen betragen am 30. November 1931 nur noch 9,9 Mrd. RM.

Die Arbeitslosigkeit stieg unentwegt weiter. Am 30. November 1931 waren im Deutschen Reich 5.057.000 Menschen arbeitslos.

Die Reichsregierung erließ am 8. Dezember 1931 die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens. Die 4. Notverordnung beinhaltete z.B. Lohn- und Gehaltskürzungen von 9 %, Preis- und Zinssenkungen sowie ein Uniformverbot für politische Vereinigungen.

Hitler forderte am 9. Dezember 1931 in einem Rundschreiben zur Parteidisziplin auf (x034/565): >>... Alle Besprechungen und Stilübungen, ... die illegale Handlungen zur Voraussetzung oder zum Ziele haben und dadurch die Partei schädigen und gefährden, verbiete ich nachdrücklich.<<

Die "Lufthansa" kündigte kürzere Flugzeiten im Verkehrsdienst an (Erhöhung der Geschwindigkeit von 220 auf 290 km/h).

Am 15. Dezember 1931 waren im Deutschen Reich 5.349.000 Menschen arbeitslos.

Carl von Ossietzky (1888-1938, Journalist und Schriftsteller, im Februar 1933 verhaftet) fragte am 15. Dezember 1931 in der "Weltbühne" (x105/204-205): >>Kommt Hitler doch?

Die gleiche Not, die alle schwächt, ist Hitlers Stärke. ...

Der Nationalsozialismus bringt wenigstens die letzte Hoffnung von Verhungerten: Den Kannibalismus. Man kann sich schließlich noch gegenseitig fressen. Das ist die fürchterliche Anziehungskraft dieser Heilslehre.

Sie entspricht nicht nur den wachsenden barbarischen Instinkten einer Verelendungszeit, sie entspricht vor allem der Geistessturheit und politischen Ahnungslosigkeit jener versackenden Kleinbürgerklasse, die hinter Hitler marschiert. Diese Menschen haben auch in besseren Zeitaläufen nie gefragt, immer nur gegafft. ...

Vor einer Woche schien es für Hitler keine Hindernisse mehr zu geben. "An der Schwelle der Macht", schrieb die Times. England sucht schon lange nach einer Formel, sich mit einem nationalsozialistischen Deutschland abzufinden.

Es ist schwer zu glauben, daß das alles erledigt sein soll, nur weil Herr Brüning wieder einmal gesprochen hat, nur weil ein Bündel frischer Notverordnungen herausgekommen ist. ...<<

Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legte der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht

Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...

Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüning'schen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<

Stalin war schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen würde. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP förderten bzw. beschleunigten den Untergang der Weimarer Republik.

Hitler und das rechtsradikale NS-Regime waren für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlug das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumte Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gab es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.

Stalin übernahm später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied bestand nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern um 500 km nach Westen verlagert wurden.

Am 16. Dezember 1931 schlossen sich die SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur "Eisernen Front" zusammen, um die demokratische Republik gegen die radikalen Kräfte zu verteidigen.

Mathias Forster berichtete später über die "Eiserne Front" (x051/144): >>Eiserne Front, auf Initiative des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter Beteiligung von SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden am 16.12.31 in Berlin ins Leben gerufene Organisation (Emblem: drei Pfeile, publizistisches Organ: "Eiserne Front"), die den republikanischen Widerstand gegen den Machtanspruch der extremen Rechten (Harzburger Front) koordinieren sollte.

Ohne Mitwirkung wichtiger bürgerlicher Kräfte wurde die Eiserne Front unter Führung von Höltermann und Wels zu einem unzureichend bewaffneten Kampfverband der demokratischen Linken, der dem Terror insbesondere von SA und SS nicht gewachsen war.

Vor und nach dem Preußenschlag (20.7.32) versagte die Eiserne Front, als sie aufgrund der resignierenden Grundposition der SPD auf einen machtpolitischen Kampf außerhalb der juristischen und parlamentarischen Bahnen verzichtete.

Die Eiserne Front zerfiel im Mai 33 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften.<<

Der Baseler Sachverständigenausschuß zur Reparationsfrage erkannte am 23. Dezember 1931 die deutsche Zahlungsunfähigkeit an und erläuterte den Zusammenhang von Young-Plan und Wirtschaftskrise (x034/568): >>... Man muß sich klarmachen, daß die Befreiung eines Schuldnerlandes von einer Schuldenlast, die es nicht tragen kann, die Wirkung haben könnte, diese Last auf ein Gläubigerland abzuwälzen, das alsdann seinerseits in seiner Eigenschaft als Schuldner möglicherweise nicht in der Lage ist, die Last zu tragen.<<

Im Dezember 1931 verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 betrug die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568).

Das Deutsche Reich besaß am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

Der polnische Staat reduzierte nochmals die ukrainischen Volksschulen in Ostpolen. Ende 1931 gab es nur noch 500 ukrainische Schulen (im Jahre 1923 waren es noch 2.600 ukrainische Schulen). Die katholischen Polen zerstörten außerdem zahlreiche ukrainische Kirchen (x025/42).

Der deutsch-schweizerische Schriftsteller Emil Ludwig (1881-1948) berichtete im Dezember 1931 über seine Begegnungen mit Stalin in Moskau (x080/239): >>Stalin, sagen wir es gleich vorweg, macht einen kalten und fremden Eindruck: Es ist nichts Anziehendes an ihm. Er kommt dem Besucher nicht auf halbem Wege entgegen, er ist nicht offen, er ist vorsichtig, teilnahmslos und die meiste Zeit trübsinnig. Wenn er lacht, dann (ist es) ein grimmiges, düsteres Lachen, das aus der Tiefe aufsteigt.

Unter den Herrschern unserer Zeit – und ich bin den meisten von ihnen begegnet – ist er der undurchdringlichste. Alles an ihm, seine Rede, sein Gang, seine Gestik, ist langsam. Nichts, was Vertrauen in Menschen oder Freundschaft für sie verriete. ...

Man stelle sich einen einfachen Mann vor, einen ungekünstelten Plebejer von wenig mitteil-samen Wesen, der Fremden gegenüber sogar verlegen wirkt – einen Mann von mittlerer Größe in einem grauen Militärmantel, der seinem Gesprächspartner selten in die Augen blickt. ... Der Leser muß sich die Stimme dieses Mannes leise denken, die Sprechweise bei der Beant-wortung von Fragen äußerst gelassen und selbstbewußt. Stalin spricht entschieden und lo-gisch, aber kein Einwand kann ihn dazu bewegen, seine Ansichten auch nur erneut zu durch-denken. ...

Wenn er spricht, läßt Stalin die Silben fallen wie schwere Hammerschläge. Seine Antworten sind kurz und klar, nicht die eines Mannes, der die Dinge vor einem großen Publikum über-mäßig vereinfacht, sondern die eines logischen Denkers, dessen Gehirn langsam und ohne die geringste Gemütsregung arbeitet. ...<<

Die US-Zeitung "New York Times" berichtete im Dezember 1931 (x149/61): >>Middletown, N.Y., 24. Dez. – Angezogen durch Rauch aus dem Kamin eines angeblich leeren Sommerhau-ses bei Anwane Lake in Sullivan County fand der Polizist Simon Glaser ein verhungertes junges Paar. Drei Tage ohne Nahrung, konnte die 23jährige Frau kaum noch gehen.

Das Paar, Herr und Frau Wilfred Wild aus New York, war arbeitslos, seit sein früherer wohl-habender Arbeitgeber sein Geld verlor.

Vor einigen Tagen steckten sie alles, was sie hatten – außer 25 Cents für Nahrung – in eine Busfahrt, um in dieser Gegend nach Arbeit zuzusuchen. Als sie keine fanden, gingen sie in das Haus; sie wollten lieber verhungern als betteln. Sie sagten, sie hätten sich darein geschickt, zusammen zu sterben.

Ein Versuch, Beschäftigung für sie zu finden, ist gemacht worden, aber wenn er fehlschlägt, werden sie nach New York zurückgeschickt.<<

In Deutschland waren 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

Im Deutschen Reich verminderte sich die industrielle Produktion im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zu-sammenbruch.

Aufgrund fehlender Mehrheiten regierte Reichskanzler Brüning fast nur noch mit Notverord-nungen (Ausnahmestand gemäß Artikel 48, Diktaturparagraph). Da der Staat zahlungsunfä-hig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern.

Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentli-chen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt. Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßten die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbei-ten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der

Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Eine jüdische Ärztin berichtete später über ihre Erfahrungen mit Berliner Patienten während der Weltwirtschaftskrise (x067/93): >>Ein großer Teil meiner Patienten litt an psychischen und nervösen Störungen. Die Behandlung war deprimierend, weil die Ursachen nicht zu beseitigen waren.

Es war die Zeit der Inflation, in der das Geld wertlos wurde, bevor es vom Arbeitsplatz nach Hause gelangte. Es war die schwierige Jagd nach Lebensmitteln und Kleidung und dazu kamen die elenden Wohnverhältnisse. Es gab Familienzerwürfnisse durch Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder oder durch eigene Arbeitslosigkeit. Es gab die Folgen der Hungersnot und des dumpfen Hinbrütens in völliger Hilflosigkeit gegenüber einer Situation ohne Ausweg und Ziel.

Wie immer in Krisenzeiten wurde viel über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunwilligkeit gesprochen. In den Krisenjahren war ich Stadtarzt (1928-1931) in einem proletarischen Bezirk (Neukölln) mit einer Einwohnerschaft von 300.000 und hatte daher reichlich Gelegenheit, mich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wenn nach jahrelanger Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz gefunden wurde, wartete man meist vergebens auf einen Ausdruck von Freude. Statt dessen erschienen die Betroffenen oft beim Stadtarzt und gaben mannigfaltige Gründe an, warum sie die Arbeit nicht annehmen konnten. Dieselben Leute waren aber oft vorher gekommen und hatten um Arbeit gebettelt. Sie hatten die Arbeitslosigkeit als Unglück empfunden und waren ernstlich bemüht gewesen, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Zeit des erfolglosen Suchens war zu lang gewesen. Sie bekamen Unterstützung, die gerade dafür sorgte, daß sie nicht verhungerten und sie hatten sich psychisch und physisch auf eine Art Winterschlaf eingestellt. Wenn sie plötzlich zu Leben und Arbeit zurückgerufen wurden, waren sie oft selbst überrascht zu finden, daß sie nicht mehr dazu in der Lage waren. Es war kein moralisches Versagen, sondern ein psychisches.

Für die Volkswirtschaft und allgemeine Moral war aber dieser Kampf gegen den Arbeitsplatz schlimm, auch wenn er nur die Folge des langen, ergebnislosen Kampfes für den Arbeitsplatz war. Es wurde bei einer Erwerbslosenzahl von 6 Millionen ein Massenproblem. ...<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky (1890-1935, lebte ab 1924 in Paris und seit 1929 in Schweden, beging Selbstmord) schrieb im Jahre 1931 über die Ursachen der Wirtschaftskrise (x149/61):

>>Für wen die Plakate und Reklamen?

Für wen die Autos und die Bilderrahmen?

Für wen die Krawatten, die gläsernen Schalen?

Eure Arbeiter können das nicht bezahlen! ...

Ihr sagt, die Wirtschaft müsse bestehen.

Eine schöne Wirtschaft!

Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt, liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.

Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug
sacht

Eure eigene Kundschaft kaputt gemacht.

Denn Deutschland besteht – Millionäre sind selten –
aus Arbeitern und aus Angestellten.<<

1931 wurde in Jugoslawien die Königsdiktatur (1929-1931) beendet. Danach fanden öffentliche Parlamentswahlen (Einheitslisten der Regierung) statt.

Im Jahre 1931 entwickelte sich aus der radikalen Bewegung "Legion Erzengel Michael" die faschistische "Eiserne Garde".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die rumänische Organisation "Eiserne Garde" (x051/144): >>Eiserne Garde (Garda de fier), rumänische Partei und paramilitärische Organisation, 1931 aus der 1927 von Codreanu gegründeten "Legion Erzengel Michael" hervorgegangen.

Die Eiserne Garde propagierte eine nationale Erneuerung auf antisemitischer und christlicher Basis und kämpfte für dieses Ziel mit Terroranschlägen und zugleich parlamentarisch. Sie zog v.a. Geistliche, Offiziere und Studenten an, köderte aber mit dem Versprechen einer radikalen Bodenreform auch die Bauern. 1932 erreichte die Eiserne Garde nur vier Parlamentssitze, wurde aber mit 16 % der Stimmen 1937 drittstärkste politische Kraft.

Nach Errichtung der Königsdiktatur durch Carol II. (Februar 38) verboten und durch Mord und Verhaftung ihrer Führer beraubt, konnte sich die faschistische Eiserne Garde nun unter Sima dennoch im September 40 am Königssturz beteiligen und in die Regierung Antonescu eintreten. Ein Putschversuch Simas im Januar 41 wurde mit deutscher Hilfe niedergeschlagen und die Eiserne Garde endgültig unterdrückt.<<

Franco wurde im Jahre 1931 zum Militärgouverneur der Balearen ernannt.

Der ehemalige Indochina-Gouverneur und französische Kolonialminister Albert Sarraut schrieb 1931 über die politische und soziale Entwicklung der französischen Kolonien (x272/-188): >>... Die Eingeborenen sind Menschen wie wir. Man muß sie als solche behandeln, das heißt ihnen die Grundgarantien des Individuums, des persönlichen Rechts sichern, die wir für uns selbst beanspruchen. Das ist die kategorische Forderung der Assoziationspolitik. Sie hat moralische und praktische Konsequenzen.

Zweitens muß man die kolonisierten Rassen vor den Krankheiten schützen, die sie schlagen und dezimieren und die den Ertrag dieser gewaltigen Arbeitskraft mindern. Das ist die Aufgabe der medizinischen Hilfe.

Man muß sie gegen Gewaltakte und Betrügereien schützen, die ihre Person, ihre Arbeit oder ihren Besitz bedrohen könnten.

Daraus ergibt sich, mit der Sorge um allgemeine Sicherheit im Lande, das Bemühen um die Garantie ihrer persönlichen Sicherheit durch das Wirken einer unparteiischen und regulären Gerichtsbarkeit. ...

Der eingeborene Arbeiter muß durch menschliche Arbeitsbestimmungen angemessen verteidigt werden. Man muß den sittlichen und geistigen Wert erhöhen, den diese Masse von Lebewesen darstellt. Das bedeutet Entwicklung des Schulwesens.

Schließlich muß man unsere Schützlinge befähigen, in legitimem und zweckmäßigem Umfang an der Verwaltung ihres eigenen Landes teilzunehmen. Deshalb muß es ihnen möglich sein, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Errichtung von Vertretungskörperschaften muß ihnen erlauben, ihre Wünsche auszudrücken.

Mit einem Wort: sie sollen Assoziierte, nicht Knechte der Macht sein, die das Schicksal ihres Vaterlandes in die Hand genommen hat. ...<<

Infolge der militärischen Unterstützung Großbritanniens im Burenkrieg (1899-1902) und im Ersten Weltkrieg (1914-1918) erhielt Kanada im Jahre 1931 durch das Statut von Westminster die Unabhängigkeit.

In den USA waren 1931 im Jahresdurchschnitt 8.020.000 Personen bzw. 15,9 % arbeitslos (x149/60).

1932

Joseph Goebbels berichtete am 3. Januar 1932 in seinem Tagebuch (x034/570): >>Ich arbeite meine erste Rede für den Sportpalast aus. ... Der Sportpalast ist die Tribüne, von der aus wir in Berlin zu dieser Riesenstadt sprechen.<<

Die "Leipziger Volkszeitung" verlangte am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverrätters Hitler.

Am 15. Januar 1932 waren im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

Das Reichsverkehrsministerium informierte die Presse am 17. Januar 1932 über die durchgeführte Numerierung der deutschen Fernstraßen (von Nr. 1 bis Nr. 138). Die Nr. 1 war die Reichsstraße von Aachen nach Königsberg.

Die Reichsregierung veröffentlichte am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach hatte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

Joseph Goebbels berichtete am 22. Januar 1932 in seinem Tagebuch (x034/573-574): >>... Jetzt sind die Brücken endgültig abgebrochen. Nun heißt es Kampf, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist. ...

Mit dem Führer über die weitere Zukunft gesprochen. Besonders mein späteres Amt wird in Aufgaben und Kompetenzen näher umrissen. Gedacht ist an ein Volkserziehungsministerium, in dem Film, Radio, neue Bildungsstätten, Kunst, Kultur und Propaganda zusammengefaßt werden. Ein revolutionäres Amt ...<<

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schrieb später über Joseph Goebbels in den Jahren 1932-1938 (x051/219-220): >>(Goebbels, Joseph) ... Er ersann immer neue Kunstgriffe der Massenlenkung. Wo heute dergleichen angewandt wird, steht Goebbels häufig unsichtbar als Lehrmeister dahinter.

Auch setzte er die neuen Medien Funk und Film konsequent als Propagandamittel ein - was freilich erst nach der Machtergreifung möglich war. Sie wurden ebenso wie Presse, Literatur, Musik und Kunst der 1933 gegründeten Reichskulturkammer unterstellt.

Goebbels' Zugriff blieben als Reichsminister für "Volksaufklärung und Propaganda" (13.3.33) nur wenige Sektoren der Kunstentfaltung entzogen: die preußischen Staatstheater, in denen Göring relative Freiheiten walten ließ, die Architektur, die Bauliebhaber Hitler sich selber lenkend vorbehielt.

Goebbels war es v.a., der den fruchtbaren, z.T. dominierenden Einfluß jüdischer Schriftsteller, Journalisten, Künstler aus dem deutschen Kulturleben verbannte, da die Berufsausübung auf diesen Gebieten "arische" Herkunft voraussetzte.

Auf der anderen Seite war Goebbels klug genug, inmitten diktierter Weltanschauung Inseln der Gemütsberuhigung zu dulden. Zahllose Lustspielfilme bis in die spätesten Tage des Regimes waren von jedem politischen Beiklang frei.

Als Presseherrscher (Presseanweisungen) sorgte Goebbels dafür, daß der nationalsozialistische Staat nach innen und außen mit einer einzigen Stimme sprach. Die entscheidenden innen- und außenpolitischen Schritte wurden jeweils mit Kampagnen vorbereitet, begleitet und gerechtfertigt. Einzelne fremde Übergriffe im erhitzten nationalen Klima nutzte Goebbels zu Pressefeldzügen maßloser Hetze aus. Er konnte unversehens "gesundes Volksempfinden" mobilisieren und war der Hauptorganisator des Pogroms der Kristallnacht (9./10.11.38).

Als oberster Meinungsdirigent trug er maßgeblich dazu bei, die Massenverbrechen an den Juden (im Krieg) atmosphärisch vorzubereiten. Ebenso festigte er, neben Heß und Schirach, den Führerkult.

Trotz aller Loyalität zu Hitler litt dessen Vertrauen zu seinem Paladin in den späten 30er Jahren wegen seiner Liebesaffären. Goebbels, seit 1931 mit Magda, geschiedene Quandt, verheiratet, erregte Aufsehen wegen seiner Leidenschaft für die tschechische Schauspielerin Lida Baarova. Hitler, der nach der Affäre um Blomberg keinen zweiten öffentlichen Eheskandal in hohen Rängen duldete, rief Goebbels zur Ordnung. ...<<

Reichspräsident Hindenburg informierte Reichskanzler Brüning am 28. Januar 1932 schriftlich über gewisse Vorbedingungen für eine erneute Kandidatur (x034/575): >>Ich bin nur dann bereit, erneut das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen, wenn ich davon überzeugt

bin, daß mein Verbleiben in diesem Amt eine vaterländische Notwendigkeit ist. Ich kann ferner eine Kandidatur nur dann übernehmen, wenn sie nicht auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Rechten stößt und meine Wiederwahl im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden muß.<<

Kurt von Schleicher meinte am 29. Januar 1932 zur Hitlers Kandidatur für die Wahl des Reichspräsidenten (x034/575): >>... (Hitler) sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit "ja" oder "nein" antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherrede. Er wisse auch sicher gar nicht, was er wolle. ... Eine Wahl Hitlers ... würde den Bürgerkrieg bedeuten. ...<<

Am 31. Januar 1932 waren im Deutschen Reich 6.041.000 Menschen arbeitslos.

Der Erzbischof von York kritisierte am 2. Februar 1932 während einer Predigt den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrages.

Joseph Goebbels berichtete am 4. Februar 1932 in seinem Tagebuch (x034/576): >>Um es auf die einfachste Formel zu bringen: Groener muß fallen, dann Brüning, dann Schleicher. Eher werden wir niemals die ganze Macht bekommen.<<

Am 4. Februar 1932 wurden die Festpreise für Arzneien aufgehoben und der Bierpreis gesenkt.

Der Unternehmer Robert Bosch (1861-1942) warnte am 10. Februar 1932 vor den radikalen Parteien (x034/577): >>... Durch einen Diktator kann man wohl ein Volk regieren, nicht aber die Wirtschaft.<<

Die preußischen Staatstheater in Kassel und Wiesbaden sowie zwei Berliner Theater mußten am 10. Februar 1932 wegen Geldmangel schließen.

Hindenburg erklärte sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortlich gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<

Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärte z.B. während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

Im Reichstag wurde am 25. Februar 1932 die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahlen bekanntgegeben.

Hindenburg begründete am 25. Februar 1932 in privaten Aufzeichnungen seine erneute Kandidatur wie folgt (x034/581): >>... Ich habe die mir angebotene Kandidatur angenommen in dem Gefühl, eine vaterländische Pflicht damit erfüllen zu müssen. ... Das Endurteil über mich überlasse ich getrost der Geschichte.<<

Der "Schriftsteller" Adolf Hitler wurde am 25. Februar 1932 durch das Braunschweigische Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhielt der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft.

Ein Mißtrauensantrag der DVP gegen die Reichsregierung wurde am 26. Februar 1932 mit 289:264 Stimmen der Reichstagsabgeordneten abgelehnt.

Hitler, der sich jetzt als deutscher Staatsbürger endlich um ein öffentliches Amt im Deutschen

Reich bewerben konnte, leistete am 26. Februar 1932 in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin den Beamteneid.

Hitler erklärte damals gegenüber den zahlreichen Gratulanten (x034/581): >>Mir brauchen Sie nicht gratulieren. Aber Deutschland!<<

Der 1. Berliner Bürgermeister Friedrich Lange berichtete am 26. Februar 1932 (x034/581): >>... Meine jüdischen Bekannten stehen dem Nationalsozialismus mit seiner ausgesprochen antisemitischen Tendenz in überraschender Sorglosigkeit gegenüber.<<

Am 29. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.128.000 Menschen arbeitslos.

Reichswehrminister Wilhelm Groener schrieb am 2. April 1932 an Generalmajor a.D. von Gleich (x243/39): >>... Die Legalitätserklärungen der SA-Führer am laufenden Bande ... lassen sich taktisch recht gut verwerten. Die SA's untergraben sich dadurch selbst ihre Existenzberechtigung. ...

Man wird ... darangehen müssen, die Nazis regierungsfähig zu machen, da die sicherlich noch mehr anwachsende Bewegung durch Gewalt nicht mehr unterdrückt werden kann. Die Nazis dürfen selbstverständlich nirgends allein an die Regierung gelassen werden, schon gar nicht im Reich. Aber in den Ländern wird der Versuch ... gewagt werden müssen. ...

Die Reichsregierung steht unerschüttert, ... freilich sollte er (Brüning) auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet bald einige Erfolge erringen. ... Wenn es den Menschen in Stadt und Land wirtschaftlich besser ginge, würde der Nazispuk bald zerstoßen sein. ...<<

In München veröffentlichte die bayerische Regierung am 4. April 1932 nationalsozialistische Putschpläne.

Der Lehrer Alfons P. Schwartz aus Kehl kehrte am 4. April 1932 als letzter deutscher Kriegsgefangener des 1. Weltkrieges aus Französisch-Guayana (von 1852-1938 französische Strafkolonie in Südamerika) in die Heimat zurück.

Die SPD setzte sich am 6. April 1932 während des Wahlkampfes zur Reichspräsidentenwahl für Hindenburgs Wiederwahl ein (x256/110): >>Hitler statt Hindenburg, das bedeutet Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, ... Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen.

Gegen Hitler! Das ist die Losung ...<<

Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wurde am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlug Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

Goebbels triumphierte damals trotz Hitlers Niederlage (x034/588): >>... Thälmann hat kläglich versagt. Seine Niederlage ist unser größter Sieg.<<

Reichsinnenminister Wilhelm Groener forderte Reichskanzler Brüning damals noch vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich auf, unverzüglich entschieden gegen SS und SA vorzugehen (x034/588): >>... Die Ereignisse der letzten Wochen lassen keinen Zweifel mehr, daß der psychologische Augenblick zur Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP gekommen ist.<<

Nach Hitlers Wahlniederlage ließ Reichskanzler Brüning am 13. April 1932 durch die Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche militärähnlichen Organisationen (zu diesem Zeitpunkt etwa 400.000 SA-Männer und 100.000 SS-Männer) der NSDAP verbieten. Reichskanzler Brüning versuchte danach trotz fehlender Mehrheit, die Arbeitsfähigkeit des deutschen Reichstages zu erhalten. Brüning gelang es zwar, die Staatsausgaben um 38 % zu senken, aber die SPD und andere bürgerliche Parteien lehnten Brünings Realpolitik weiterhin grundsätzlich ab.

Reichspräsident Hindenburg forderte Reichsinnenminister Groener am 15. April 1932 auf, die restlichen militärähnlichen Organisationen der anderen Parteien zu verbieten. Die Schutzformationen (Schufo) des Reichsbanners lösten sich daraufhin noch selben Tag freiwillig auf.

Am 15. April 1932 waren im Deutschen Reich 5.934.000 Menschen arbeitslos.

30 % der deutschen Handelsflotte wurden vorübergehend stillgelegt.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 16. April 1932 über das Verbot der militärähnlichen Organisationen (x034/590): >>Wenn die Aktion aber wirklich mit vollem Ernst und gründlich durchgeführt worden ist, dann bedeutet sie den größten Umschwung in unserem öffentlichen Leben seit der Niederwerfung des Spartakisten-Aufstandes im März 1919.<<

Am 30. April 1932 waren im Deutschen Reich 5.737.000 Menschen arbeitslos.

Die Stadt Essen stellte wegen Geldmangel am 1. Mai 1932 die Arbeitslosenfürsorge ein.

Die Lufthansa setzte am 1. Mai 1932 erstmalig das Großflugzeug "Ju 52/3 m" ein.

Von diesem robusten und sicheren Flugzeug ("gute alte Tante Ju") wurden später insgesamt 4.835 Flugzeuge gebaut. Das letzte Flugzeug wurde noch im Jahre 1964 eingesetzt.

Reichskanzler Brüning lehnte am 8. Mai 1932 während einer Rede vor ausländischen Reportern weitere Reparationszahlungen ab.

Joseph Goebbels berichtete am 8. Mai 1932 in seinem Tagebuch (x034/593): >>Der Führer hat eine entscheidende Unterredung mit Schleicher. ... Alles geht gut. ... Brüning soll in den nächsten Tagen schon fallen.<<

Reichskanzler Brüning berichtete am 24. Mai 1932 vor dem Auswärtigen Ausschuß über die deutsche Außenpolitik (x034/595): >>Wenn man 13 Jahre lang gekämpft hat, ... wenn man bereits bis zu dem Punkt gekommen ist, von dem aus man wie auf der Rennbahn das Ziel vor sich sieht, wenn man dann weiter vorwärts kommt und das Ziel schon in nächster Nähe sieht, dann darf man eben nicht unentschlossen werden. ...<<

Goebbels berichtete am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab. Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfassern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.

Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.

Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke (1902-1972) schrieb später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/-289-290): >>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.

Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."

Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.

Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"

Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."

Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet (mit) psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<

Reichspräsident Hindenburg forderte Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.

Hermann Pünder (1888-1976, Staatssekretär der Reichskanzlei) schrieb damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<

Joseph Goebbels berichtete danach am 29. Mai 1932 in seinem Tagebuch (x034/595): >>Das ist der erste große Streich. Wenn es so im ganzen Land wird, dann gibt's kein Halten mehr.<< Am 29. Mai 1932 ergaben die Landtagswahlen in Oldenburg folgende Sitzverteilung (x034/595): SPD 9, KPD 2, DStP 1, Zentrum 7, DNVP 2, NSDAP 24 und Oldenburgisches Landvolk 1 Sitz.

Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, mußte am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützte.

Reichskanzler Brüning fiel letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten (wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher) und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer (sogenannter "Agrarbolschewismus": Einige hochverschuldete ostpreußische Güter sollten damals an deutsche Siedler verteilt werden).

Reichspräsident Hindenburg führte nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>Hintertreppen-Einflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. ... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<

Reichspräsident Hindenburg ernannte am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.

Der SPD-Parteivorstand berichtete später über Papens Kabinett (x243/38): >>Das ... "Kabinett der nationalen Konzentration" (ist) in Wahrheit ... ein Kabinett der reaktionären Konzentration. Die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet. Dies Kabinett ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben ist.

Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden für die Aufhebung

des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung (staatliche Zwangsversicherung gegen den Schaden, der dem Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit erwächst), ... für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes (Vertrag zwischen einer Gewerkschaft und Arbeitgebern zur Regelung der beiderseitigen Rechte und Pflichten und zur Fortsetzung der arbeitsrechtlichen Normen), d.h. für die Herabsetzung der Löhne im größten Maßstab.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, daß diese sich geweigert hat, dem ostelbischen Großgrundbesitz für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter, die von den Junkern geforderten phantastischen Überpreise zu zahlen.

Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett auf die Tolerierung durch die Nationalsozialisten spekuliert. Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u.a. die Aufhebung des SA-Verbots, die Aufhebung aller Strafverfahren gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstags.

Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie unter Anwendung des blutigsten Terrors durch rücksichtsloseste Einsetzung der Hitlerischen Privatarmee den künftigen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten. ...<<

Hindenburg genehmigte am 4. Juni 1932 den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Reichskanzler Papen stellte anschließend sein Regierungsprogramm vor (x034/597): >>... Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 4. Juni 1932 über Papens Regierungserklärung (x034/597): >>... Ein kaum glaubliches Dokument, ein miserabel stilisierter Extrakt finsterner Reaktion, gegen das die Erklärungen der kaiserlichen Regierungen wie hellste Aufklärung wirken würden.<<

Die zurückgetretene Regierung Brüning wies in einer Presseerklärung vom 6. Juni 1932 alle gegen sie erhobenen Vorwürfe entschieden zurück (x034/598): >>... Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.<<

Der Schriftsteller Hans Fallada (1893-1947, eigentlich Rudolf Ditzen) veröffentlichte am 10. Juni 1932 "rechtzeitig" seinen neuen Roman "Kleiner Mann, was nun?"

In diesem Roman schrieb Fallada z.B. über das Schicksal des arbeitslosen Angestellten Pinneberg, der im Jahre 1932 oft ziellos durch Berlin ging (x149/62): >>... Da ist eine große Delikatessenhandlung, strahlend erleuchtet. Pinneberg drückt sich die Nase platt an der Scheibe. ... Eine Stimme sagt halblaut nehmen ihm: "Gehen Sie weiter!" Pinneberg fährt zusammen, er hat richtig einen Schreck bekommen, er sieht sich um. Ein Schupo steht neben ihm. ...

Alle Leute starren auf Pinneberg. Es sind schon mehr stehengeblieben, es ist ein richtiger beginnender Auflauf. Die Leute sehen abwartend aus, sie nehmen weder für noch wider Partei, gestern sind hier in der Friedrich und in der Leipziger (Straße) Schaufenster eingeworfen (worden). ...

Und plötzlich begreift Pinneberg alles, angesichts dieses Schupo, dieser ordentlichen Leute, dieser blanken Scheibe begreift er, daß er draußen ist, daß er hier nicht mehr hingehört, daß man ihn zur Recht wegjagt: ausgerutscht, versunken, erledigt.

Ordnung und Sauberkeit; es war einmal. Arbeit und sicheres Brot; es war einmal. Vorwärtskommen und hoffen: es war einmal.

Armut ist nicht nur Elend, Armut ist auch strafwürdig, Armut ist Makel, Armut heißt Verdacht. "Soll ich Dir Beine machen?" sagt der Schupo. ...

Und Pinneberg setzt sich in Bewegung, er tragt an der Kante des Bürgersteiges auf dem Fahr-

damm entlang, er denkt an furchtbar viel, an Anzündern, an Bomben, an Totschießen ...<<

Am 15. Juni 1932 waren im Deutschen Reich 5.569.000 Menschen arbeitslos.

Reichskanzler Papen hob am 28. Juni 1932 das bisherige Versammlungsverbot im gesamten Reich wieder auf. Alle Sondermaßnahmen der Länder mußten aufgehoben werden.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 8. Juli 1932 über Papens Rundfunkansprache zur angekündigten Einstellung der Reparationszahlungen (x034/602):

>>Die Reparationen sind in Lausanne heute endgültig zu Grabe getragen worden. Papen selbst verkündete es um sieben Uhr im Rundfunk in einer großsprecherischen, ziemlich schäbigen Rede, in der er nicht ein Wort des Dankes für seine Vorgänger Rathenau, Stresemann und Brüning oder für MacDonald fand, der der Hauptmacher des Abkommens gewesen ist.<<

Der DNVP-Vorsitzende Alfred Hugenberg erklärte am 8. Juli 1932 während einer Rede in Uelzen (x034/602): >>... Wir wollen einen freien Bauern, der seine Scholle als seinen Thron betrachtet, den Gott ihm zur Verwaltung anvertraut hat.<<

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

Während dieser Reparationskonferenz wurde der berüchtigte Kriegsschuldparagraph jedoch nicht gestrichen.

Der Forderungserlaß der Siegermächte war keine deutschfreundliche Geste, denn es handelte sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkannten die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen würde.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reparationen" (x051/491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.

Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark (Januar 21), dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz (132 Milliarden Goldmark) nicht bereinigt werden.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Überlastung (u.a. Inflation) wurden auch für die Siegermächte bedrohlich, so daß es 1924 zu einer besseren Anpassung der Reparationen an die deutsche Leistungsfähigkeit im Dawesplan kam.

Er wurde 1929 durch eine endgültige Regelung der Reparationen im Youngplan abgelöst (34,5 Milliarden RM in 59 Jahresraten), der aber schon bald von der Weltwirtschaftskrise ausgehöhlt wurde. Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 (Schlußzahlung von drei Milliarden RM) ganz gestrichen wurden.

Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland

bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung.

Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 12. Juli 1932 (x034/602): >>Während wir Sonntag in der schönen Landschaft herumfahren, sind wieder siebzehn Tote und fast zweihundert Verwundete dem hemmungslosen und organisierten Terror der Nazis zum Opfer gefallen. Es ist eine Tag für Tag und Sonntag für Sonntag fortlaufende Bartholomäusnacht. ...<<

Die SPD-Politiker Otto Wels und Rudolf Breitscheid protestierten am 14. Juli 1932 gegen die Aufhebung des SA-Verbots. Reichspräsident Hindenburg und die Reichsregierung reagierten jedoch nicht.

Hitler startete am 15. Juli 1932 zu seinem 3. Deutschlandflug und begann sein Wahlkampfprogramm. Bis zum 30.07.1932 sprach er in 53 deutschen Städten.

Am 15. Juli 1932 waren im Deutschen Reich 5.492.000 Menschen arbeitslos.

Die Nationalsozialisten und Kommunisten führten radikale Wahlkämpfe durch. Rundfunk, Film und Presse bombardierten die orientierungslosen Deutschen mit einer bis dahin noch nie erlebten Wahlpropaganda. Hitler, der die "Zeichen der Zeit" erkannte, hastete rastlos und unermüdlich kreuz und quer durch das Deutsche Reich, um die Wähler zu überzeugen. In allen Städten und Dörfern wurden unzählige Wahlplakate geklebt und Spruchbänder aufgehängt.

Die aggressiven "Wahl-Losungen" dieser Wahl lauteten z.B.:

"Wir räumen am 31. Juli mit der Mistgabel auf!", "Unsere letzte Hoffnung: Hitler!" (NSDAP).

"Not kennt kein Gebot, schlägt tot!" (KPD).

"Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" (SPD).

Nach der Aufhebung des Verbots von uniformierten Parteiverbänden entwickelten sich regelmäßig schwere Gewalttaten. Die Werbekolonnen und Schlägerbanden der radikalen Parteien lieferten sich unentwegt Saal- und Straßenschlachten. Vielerorts herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Fast täglich ereigneten sich politische Morde auf offener Straße. Vom 16.07.-16.08.1932 registrierte man 89 Tote und über 1.100 Verletzte (x063/569).

Am 17. Juli 1932 ereigneten sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kamen 18 Menschen zu Tode und 68 wurden verletzt (x034/603).

Dr. Reinhard Barth schrieb später über den berüchtigten "Altonaer Blutsonntag" (x051/23):
>>Altonaer Blutsonntag, Bezeichnung für den 17.7.32 in Altona bei Hamburg, an dem es zu blutigem Zusammenstoß zwischen SA und SS, Polizei und KPD kam.

Die Regierung Papen hatte in einer Politik der Vorleistungen an die NSDAP am 28.6.32 das im April verhängte SA- und SS-Verbot aufgehoben und damit den politischen Straßenkampf erneut angeheizt, der im Altonaer Blutsonntag seinen Höhepunkt fand und den Papen zum Vorwand für den Preußenschlag nutzte.

SA und SS hatten einen Propagandamarsch durch die Arbeiterviertel des preußischen Altona angemeldet, der auch vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt, trotz Warnung der KPD, genehmigt worden war. Anschließend hatte sich Eggerstedt auf Wahlreise begeben und auch seinen Stellvertreter beurlaubt. Wie voraussehbar, kam es zu Auseinandersetzungen der feldmarschmäßig einrückenden ca. 7.000 Nationalsozialisten mit den kommunistischen Anwohnern, wobei Polizeikräfte massiv eingriffen. 18 Menschen, darunter zwei SA-Leute, wurden, zumeist durch verirrte Polizeikugeln, getötet.

Nach der Machtergreifung wurde im Mai 33 gegen fünfzehn verhaftete Kommunisten wegen Mordes verhandelt; neben Haftstrafen ergingen vier Todesurteile, die am 1.8.33 vollstreckt wurden.<<

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ.

Der Staatsstreich in Preußen

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

Der SPD-Parteivorstand verkündete am 20. Juli 1932 (x034/604): >>Es ist beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der NSDAP entstanden ist.

Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli!

Freiheit!<<

Joseph Goebbels berichtete am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.

Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem 6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des

Reichspräsidenten.<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt wie am Schnürchen ab. ... Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder ...<<

Der Völkische Beobachter berichtete am 23. Juli 1932 (x034/604): >>Der Severing-Spuk ist zu Ende. ... Aber es ist nur ein Anfang. Die große Abrechnung kommt noch.<<

Am 26. Juli 1932, um 14.30 Uhr, sank das deutsche Segelschulschiff "Niobe", 1 Seemeile östlich vom Feuerschiff "Fehmarnbelt" entfernt, durch eine plötzliche Böe (heftiger Windstoß). 69 Marineangehörige kamen ums Leben.

Hitler erklärte am 27. Juli 1932 während einer Wahlkampfreda in Eberswalde (x034/605): >>... Wir sind intolerant. Ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich diese dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!<<

Einige Tage vor den deutschen Reichstagswahlen stieg die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 5.392.000 Menschen an (Dezember 1932 = über 6,0 Millionen Arbeitslose). Mehrere Millionen Deutsche arbeiteten außerdem täglich nur noch 4-5 Stunden (x059/65). Vor den Arbeitsämtern des Deutschen Reiches standen endlose Reihen, denn die Arbeitslosenunterstützung mußte noch wöchentlich abgeholt werden. Besonders unter den Langzeitarbeitslosen breitete sich zusehends Verzweiflung und Verbitterung aus, die von den radikalen Parteien naturgemäß hemmungslos ausgenutzt wurde.

Erst mit Hilfe dieser "Riesenarmee" von verzweifelten Arbeitslosen, die um ihre Existenz kämpften, schaffte die NSDAP damals endgültig den Durchbruch zur deutschen Massenpartei.

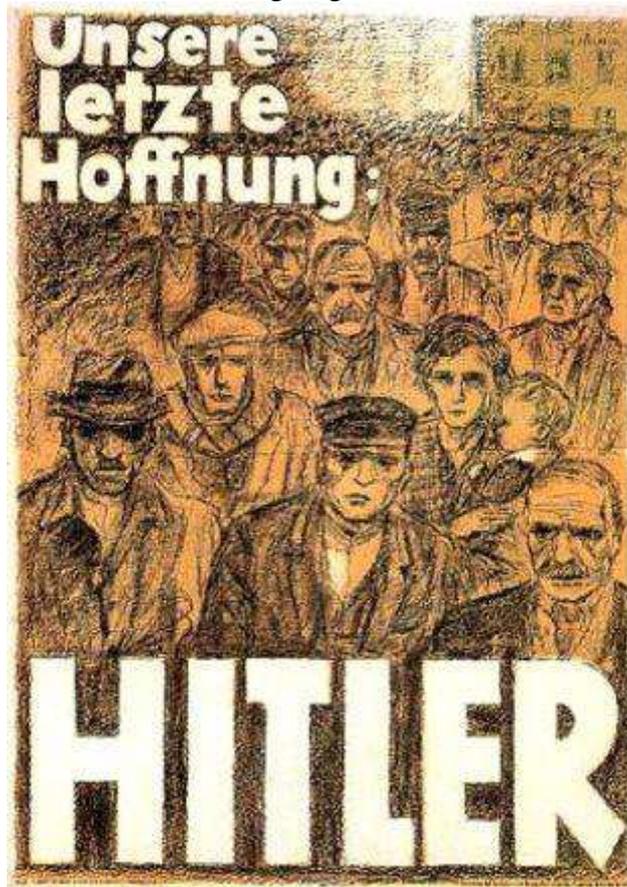


Abb. 62 (x065/379): Im Chaos der Weltwirtschaftskrise sahen die Verzweifelten und Enttäuschten im Jahre 1932 in Adolf Hitler ihre letzte Hoffnung.

Hitler erklärte während einer Wahlkampfreda am 29. Juli 1932 in der Kreisstadt Reutlingen (x243/39): >>... Das deutsche Volk geht seiner entscheidenden Schicksalsstunde entgegen. ...

Es ist unser Ziel und unsere Lebensaufgabe, die ich mir gestellt habe, diese 30 Parteien bürgerlicher und proletarisch-marxistischer Observanz zu beseitigen (stürmischer Beifall). Ein Ziel, ... das erst erreicht werden muß, wenn nicht sonst die deutsche Nation über diese lächerliche Parteizerrissenheit zugrunde gehen soll. ...

Ich nehme also an, daß ihr (die Gegner) mit tausend Programmen die Wirtschaft ruiniert habt, und ich sage für uns, daß wir mit einem Programm die Wirtschaft wieder aufrichten werden, und dieses Programm lautet: Rettet die Kraft eines Volkes und dieses Volk wird auch die Kraft finden sich wirtschaftlich wieder zu retten. ...

Wenn jemand Deutschland wieder zum wirtschaftlichen Blühen zurückführen will, dann ist die Voraussetzung wieder die Blüte eines Deutschen Reiches, der Kraft und der Macht und der Stärke.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 30. Juli 1932 über die NS-Wahlkampfveranstaltung in der Kreisstadt Reutlingen mit 20.000 Teilnehmern (x243/39): >>... Um den ganzen Platz wehen Hitlerfahnen. Auf der Stirnseite des Riesenzeltes steht in Riesenlettern schwarz auf weißem Grund: "Das ganze Deutschland soll es sein!"

Auf beiden Seiten prächtige Blumenzusammenstellungen mit dem Hakenkreuz.

Auf den beiden Enden der Frontseite die Aufschrift "Deutschland erwache!"

Es zieht ein Flugzeug über die Rennwiese. Auf der Unterseite der Tragfläche "Heil Hitler!" ...

Punkt ½ 4 trifft Hitler mit einem Wagen ... ein. ...

Dann schreitet Hitler – in SA-Uniform mit dem EK 1. Klasse – langsamen Schrittes die Front der zu beiden Seiten aufgestellten Braunhemden ab. Man erkennt in ihm den Mann aus dem Volke im besten Sinne des Wortes. Mag sein, daß er etwas ermattet aussieht. Auch für einen Hitler gibt es Grenzen der physischen Kraft. ... Eine ganze Anzahl von Reden an einem Tag.

...

Im Zelt wird Hitler mit Jubel und Heilrufen begrüßt. Tausende von Händen erheben sich. ... Mädchen bringen Sträuße, tragen Kränzchen auf dem Haar. Ein kleiner Knabe überreicht Hitler ... ein Tablett, in dem rote und weiße Nelken das Hakenkreuz zeichnen. ...

Seine Rede hob sich weit hinaus über die übliche Parteipolemik. ... Kein gegenteiliger Zwischenruf ist zu hören. Was Hitler spricht, kommt aus heißem Herzen. Man fühlt, daß er sich seiner Verantwortung als Führer einer solchen Volksbewegung bewußt ist. ...

So wäre der Hitlertag vorüber. Sein erster Teil war jedenfalls ein Höhepunkt im politischen Leben Reutlingens, mag man sich zur Hitlerbewegung nun stellen, wie man will.

Wäre auch die Frage interessant, ob die anderen 24 noch auf dem Reichstagswahlzettel stehenden Parteien zusammen eine solche Wahlveranstaltung ... zusammenbrächten. ...

Einer solchen Bewegung mit verbrauchten Kampfmitteln einer Wahlbewegung beizukommen erscheint ziemlich aussichtslos. ...<<

Der "Reutlinger Generalanzeiger" berichtete am 30. Juli 1932 über die NS-Wahlkampfveranstaltung in Reutlingen (x243/40): >>... Anlässlich der gestrigen Hitlerversammlung kam es bereits mittags bei der Anfahrt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und herumgehenden Leuten. ...

Ein Trupp Stuttgarter Nationalsozialisten, welcher durch sein Anhalten eine große Verkehrsstörung verursacht und den polizeilichen Anordnungen keine Folge leitete, schlug mit Schulterriemen auf das Publikum ein, nachdem aus demselben Schmährufe und Beschimpfungen gefallen waren. Als die Polizei eingriff, nahmen sie gegen diese Stellung. Dabei wurde ein Polizeibeamter blutig geschlagen.

Nach der Versammlung mußte die Polizei fast ohne Unterlaß bis abends 7 Uhr eingreifen. ... 2 Polizeibeamte erhielten Kopfverletzungen durch Nazi. 3 weitere Polizeibeamte wurden verletzt. ...

Abends kurz nach 7 Uhr (gab es) noch eine weitere Schlägerei, wobei ein Nationalsozialist

durch einen Stich verletzt wurde. Ein zweiter erhielt leichte Kopf- und Fingerverletzungen.
...<<

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD errang 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.

Goebbels berichtete am 1. August 1932 (x191/53): >>In Königsberg wurde am Tage vor der Wahl ein SA-Mann von roten Terrortrupps überfallen; ein Kommunist hat ihm auf offener Straße am helllichten Tage mit dem Rasiermesser den Hals durchschnitten. Der SA-Mann ist sofort gestorben.

Am Tag darauf platzen in Königsberg die Bomben und knallen die Pistolen. Zwei örtliche KPD-Führer werden auf der Straße erschossen. Das ist das einzige Mittel, um die Roten zur Raison zu bringen; alles andere imponiert ihnen nicht mehr.

Wir werden derlei Fälle in der näheren und weiteren Zukunft noch mehr erleben. Die bürgerlichen Angstmeier können das natürlich nicht verstehen.<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" meldete am 7. August 1932 (x034/606): >>Warnung! Wer mit dem Faschismus spielt, der spielt mit Deutschlands Untergang!<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 7. August 1932 über die gesellschaftliche Basis des Nationalsozialismus (x034/606): >>... Diese ganze Schicht des intellektuellen Deutschlands, das in der mehr goethischen, romantischen Periode seine Wurzeln hat, ist ganz Nazi-verseucht, ohne zu wissen warum.<<

Joseph Goebbels berichtete am 8. August 1932 in seinem Tagebuch (x034/606): >>Die ganze Partei hat sich bereits auf die Macht eingestellt. Die SA verläßt ihre Arbeitsplätze.<<

In der Nacht vom 9. zum 10. August 1932 überfielen SA-Männer in Potempa (Oberschlesien) eine Familie und ermordeten einen 35jährigen kommunistischen Arbeiter.

Reichspräsident Hindenburg lehnte am 10. August 1932 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ab.

Das amtliche Schreiben an Hitler lautete wie folgt (x256/112): >>... Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten konnte.<<

Wegen der Ermordung eines 35jährigen kommunistischen Arbeiters in Potempa (Oberschlesien) wurden am 22. August 1932 fünf SA-Männer durch ein Sondergericht in Beuthen zum Tod verurteilt.

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 23. August 1932 (x034/608-609): >>Der Mord von Potempa war eine schändlichgemeine Tat. ... Diese fünf sind nicht die Schuldigsten! Die Schuldigsten sind diejenigen, die seit Jahren den Geist des politischen Mordes in Deutschland hochgezüchtet haben.<<

Hitler schrieb am 23. August 1932 ein Telegramm an die zum Tod verurteilten SA-Männer (x149/70): >>Meine Kameraden!

Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht. ...

Adolf Hitler.<<

Goebbels schrieb am 24. August 1932 in der NS-Zeitung "Angriff" (x034/609): >>Vergeßt es nie, Kameraden! Sagt es euch hundertmal am Tage vor, so daß es euch bis in eure tiefsten Träume verfolgt: Die Juden sind schuld!<<

Hermann Göring telegrafierte den verurteilten Todeskandidaten (x034/609): >>In maßloser Erbitterung und Empörung über das Schreckensurteil, das Euch betroffen hat, gebe ich Euch, Kameraden, die Versicherung, daß unser ganzer Kampf von jetzt ab Eurer Freiheit gilt. Ihr seid keine Mörder ...<<

Alfred Rosenberg schrieb am 24. August 1932 im "Völkischen Beobachter" (x034/609): >>Mensch ist nicht gleich Mensch, Tat nicht gleich Tat. ...<<

Alfred Rosenberg (1893-1946, seit 1930 NSDAP-Abgeordneter im Reichstag, ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes, seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete) schrieb angesichts der Todesurteile gegen die SA-Männer am 26. August 1932 über den Nationalsozialismus (x149/70): >>Für ihn ist nicht Seele gleich Seele, nicht Mensch gleich Mensch; für ihn gibt es kein "Recht an sich", sondern sein Ziel ist der starke deutsche Mensch, sein Bekenntnis ist der Schutz dieses Deutschen, und alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft hat sich nach dieser Zwecksetzung einzustellen. ...<<

Die kommunistische Alterspräsidentin Klara Zetkin (1857-1933), die extra aus Moskau ange-reist war, eröffnete am 30. August 1932 den neugewählten deutschen Reichstag mit folgenden Worten (x034/610): >>... In der Hoffnung, trotz meiner Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjet-Deutschland zu eröffnen. ...<<

Am 31. August 1932 waren im Deutschen Reich 5.225.000 Menschen arbeitslos.

"Der Tag" berichtete am 22. September 1932 über die Probleme der jungen Arbeitslosen (x191/50): >>Der Hunger ist noch lange nicht das Schlimmste. Aber seine Arbeit verlieren, bummeln müssen und nicht wissen, ob man jemals wieder in seine Arbeit kommt, das macht kaputt.

Man ist rumgelaufen nach Arbeit Tag für Tag, man ist schon bekannt bei den einzelnen Fabriken, und wenn man dann immer das eine hört: nichts zu machen – wird man abgestumpft. Das ist uns Erwerblosen sozusagen die zweite Kost. ...

Mit der Zeit wächst in dem Herzen eine giftige Blüte auf, der Haß. Ich hasse diesen Staat, und ich habe als Arbeitsloser das Recht und die Pflicht, den deutschen Besitzenden zu hassen. ...<<

Während des US-Präsidentenwahlkampfes versprach der Kandidat der Demokraten, Franklin D. Roosevelt (1882-1945, US-Präsident von 1933-1945), den Nordamerikanern am 23. September 1932 einen Neuanfang bzw. "New Deal" (x149/63): >>Jedermann hat ein Recht zu leben; und das bedeutet, daß er auch das Recht hat, einen auskömmlichen Lebensunterhalt zu verdienen. ... Jedermann hat ein Recht auf sein eigenes Eigentum – was ein Recht bedeutet, so weit wie möglich der Sicherheit seiner Ersparnisse gewiß zu sein. ...

Auf keine andere Weise können Menschen die Lasten jener Teile des Lebens tragen, die naturgemäß keine Möglichkeit zur Arbeit geben: Kindheit, Krankheit und Alter. In allem Denken über das Eigentum ist dieses Recht das höchste; alle anderen Eigentumsrechte müssen ihm nachstehen. ...

Wenn wir in Übereinstimmung mit diesem Grundsatz die Tätigkeiten des Spekulanten, des trickreichen Geschäftsmannes und sogar des Finanzmannes einschränken müssen, dann müssen wir nach meiner Überzeugung diese Einschränkung als notwendig anerkennen, nicht um den Individualismus zu behindern, sondern um ihn zu beschützen. ...

Wir wissen, daß individuelle Freiheit und individuelles Glück nichts bedeuten, solange sie nicht so geregelt sind, daß des einen Fleisch nicht des anderen Gift ist. ...

Wir wissen, die Freiheit etwas zu tun, was andere dieser elementaren Rechte beraubt, außerhalb des Schutzes irgendeines Vertrages steht, und daß die Regierung in dieser Hinsicht die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts bedeutet.<<

Am 30. September 1932 waren im Deutschen Reich 5.101.000 Menschen arbeitslos.

Die deutsche Wirtschaft erzielte in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wieder einen Au-

Benhandelsüberschuß von 846,9 Mill. RM (x034/615).

Die US-Zeitschrift "Fortune" berichtete im September 1932 über die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise (x149/61): >>Eine Stichprobe in 12 Wohnungen der Stadt Benton zeigte: kein Geld, abgetragene Kleidung, von "unnötigem" Mobiliar entblößte Häuser, aus Mehl bereitete Gerichte, abgezehrte Eltern, unterernährte Kinder, unbezahlte Mieten und eine durchschnittliche Verschuldung der Familien von \$ 300 für Lebensmittel und Arztrechnungen. ...

So geht es von einer Stadt zur anderen und hinaus in die Fabrikstädte und Bergwerksdörfer und weiter zu den Farmern, wo die Häute einer Wagenladung Vieh kaum ein paar Schuhe erbringen ... und die Traktoren auf den Feldern verrosteten.

Die Schwierigkeit bei solchen Tatsachen ist, daß sie in der Masse aufhören, etwas zu besagen. Und die wiederholte Feststellung, daß Hunderttausende von Menschen sich mit zum Unterhalt ungenügender Arbeitslosenunterstützung vor dem Verhungern sahen oder sehen, erzeugt lediglich Ungläubigkeit.

"Sie sind noch nicht verhungert", bemerkt der Leser. "Sie werden schon irgendwie zurechtkommen."<<

Am 31. Oktober 1932 waren im Deutschen Reich 5.109.000 Menschen arbeitslos.

Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

Während einer Feier im Kreml entwickelte sich am 8. November 1932 zwischen Stalin und seiner Ehefrau Nadeschda ein heftiger Streit. Als Stalin seiner Frau befahl, ihr Glas auszutrinken und ihr eine brennende Zigarette in den Ausschnitt ihres Kleides warf, verließ Nadeschda mit einer Freundin das Bankett und erschoss sich angeblich in derselben Nacht (x080/225).

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über Stalins Reaktionen nach dem Selbstmord seiner Ehefrau (x080/225-226): >>Als Stalin den aufgebahrten Leichnam noch einmal aufsuchte, machte er nach Augenzeugenberichten eine abweisende Geste und murmelte vor sich hin: "Sie hat mich als Feind verlassen!" ...

Danach waren auch die wenigen Aspekte eines normalen Lebens, die die Ehe mit seiner Frau ihm geboten hatte, aus seinem Dasein verbannt. Er ... lebte fortan in der Datscha in Kunzewo, die nur 8 Kilometer vom Kreml entfernt lag. Von hier aus organisierte er während der folgenden 20 Jahre Terror und Krieg in einer Atmosphäre derber und verkommenen Abendgesellschaften. ...<<

Goebbels schrieb am 11. November 1932 über die Kassenlage der Berliner NS-Organisation (x034/621): >>... Nur Ebbe, Schulden und Verpflichtungen, dazu die vollkommene Unmöglichkeit nach dieser Niederlage irgendwo Geld in größerem Umfang aufzutreiben ...<<

Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit brachte und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnte, trat Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 18. November 1932 (x034/622): >>Papen ist gestern abend zurückgetreten mit dem gesamten Kabinett. Endlich! Dieser ewig lächelnde, leichtsinnige Dilettant hat in sechs Monaten mehr Unheil angerichtet als in so kurzer Zeit irgendein Kanzler vor ihm.<<

Hitler wurde am 21. November 1932 durch Hindenburg empfangen. Im Verlauf der Sondierungsgespräche forderte Hitler die Ernennung zum Reichskanzler.

Der greise Reichspräsident verabschiedete Hitler mit den Worten (x034/622): >>Welches Ende unsere Verhandlungen auch nehmen, meine Tür wird Ihnen immer offen sein.<<

Während einer SPD-Versammlung am 21. November 1932 fragte der verzweifelte Wilhelm Hoegner (x034/622-623): >>Gibt es denn keinen Mann des Bürgertums mehr, der dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Wahrheit ins Gesicht schreit. Der Tag, an dem ein Adolf Hitler Reichskanzler wird, ist der Tag von Deutschlands tiefster Schmach und Erniedrigung. Das Reich von Weimar ist uns endgültig an dem Tage verloren, an dem ein Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches werden kann. ...<<

Die "Kölnische Zeitung" berichtete am 25. November 1932 über die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler (x129/30): >>... In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung der Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und er befürchten mußte, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.<<

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung teilte am 25. November 1932 mit, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht sei.

Hitler weigerte sich am 30. November 1932, weitere politische Sondierungsgespräche mit Reichspräsident Hindenburg zu führen.

Am 30. November 1932 waren im Deutschen Reich 5.358.000 Menschen arbeitslos.

Um die Arbeitslosen und Jugendlichen von der Straße fernzuhalten, förderte die "Papen-Regierung" im November 1932 Jugendertüchtigungsgruppen (Wehrsport) und den freiwilligen Arbeitsdienst. Rund 250.000 deutsche Arbeitslose arbeiteten damals bereits freiwillig beim Brücken- und Grabenbau.

Die 1. Autobahn von Köln nach Bonn wurde im November 1932 fertiggestellt.

Reichspräsident Hindenburg sprach sich gegen Franz von Papen aus und beauftragte am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

Reichspräsident Hindenburg ernannte Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen), der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen konnte, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

Franz von Papen berichtete später über seine gescheiterte Kanzlerschaft (x243/38): >>... (Hindenburg) beruft am 1. Dezember (1932) ... den General von Schleicher und mich (Reichskanzler von Papen) zu einer Aussprache. ...

Ich führe aus: Der Versuch, die Nationalsozialisten verantwortlich in die Regierung einzuschalten, sei zweimal mißlungen. Hitler lehne auch jene Koalition mit anderen Parteien ab. ... Die Maßlosigkeit und Demagogie der NS-Bewegung in den letzten Monaten hätten das Vertrauen in die staatsmännischen Fähigkeiten Hitlers ... nicht erhöht. ... (So) bestehe offensichtlich heute ein Staatsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen erfordere. ...

Ich schlug daher vor, ... es müsse während einer kurzen Periode der Reichstag ausgeschaltet werden. Die Verfassungsreform müsse einem Referendum oder einer neu zu berufenen Nationalversammlung zur Billigung vorgelegt werden. ... Die Lage sei so ernst, daß der Staatsnotstand ein Abweichen von der Verfassung rechtfertige. ...

Herr von Schleicher ... führte aus, er sehe eine Möglichkeit, die es dem Reichspräsidenten

ersparen würde, den Eid auf die Verfassung zu brechen. ...

Sein Gedanke sei, in diesem neugewählten Reichstage dennoch eine parlamentarische Mehrheit herzustellen – und zwar durch eine Spaltung der NSDAP. ... Er glaubte, daß es ihm gelinge, unter Führung von Strasser einige 60 Abgeordnete von Hitler zu trennen. Strasser und seine Leute wollte er an der Regierung beteiligen und mit ihrer Hilfe eine "Gewerkschafts-Achse" durch alle bürgerlichen Parteien und die SPD bilden. ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 6. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/625): >>Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verlust erlitten.<<

Im Reichstag fand am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.

Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtete, versuchte den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu überreden, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnte Schleichers Angebot jedoch ab (Hitler ließ Strasser später aber trotzdem als sogenannten "Staatsfeind" und Verräter ermorden).

Schleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheiterten später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.

Der NSDAP-Politiker Gregor Strasser legte am 8. Dezember 1932 nach Auseinandersetzungen mit Hitler sein Reichstagsmandat und sein Amt als NS-Organisationsleiter nieder.

Joseph Goebbels berichtete am 8. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/625): >>In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewußte Arbeit unmöglich.<<

Am 15. Dezember 1932 waren im Deutschen Reich 5.604.000 Menschen arbeitslos.

Am 16. Dezember 1932 demonstrierten Kinder in Dortmund gegen Hunger und Not (x034/626): >>Wir wollen für unsere Väter Arbeit und damit für uns Brot. ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 23. Dezember 1932 in seinem Tagebuch (x034/627): >>Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne. Man muß es in Scherben schlagen. ... Die Vergangenheit war schwer, und die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends entchwunden. ...<<

Am 31. Dezember 1932 waren im Deutschen Reich 5.773.000 Menschen arbeitslos.

Das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches berichtete im Jahre 1932 in einer Kabinettsvorlage (x020/27): >>Da es fraglich sein dürfte, ob sich in den nächsten Jahren eine aktive Revisionspolitik im Osten durchführen lassen wird, die zu einer Änderung der territorialen Grenzen führen könnte, bleibt zur Zeit nicht anderes übrig, als für die Erhaltung aller derjenigen Positionen des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten zu sorgen, die noch irgendwie haltbar sind. Es handelt sich hierbei in gleicher Weise um politische, wirtschaftliche und kulturelle Positionen. ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtete im Jahre 1932 über die Folgen der Weltwirtschaftskrise (x269/293): >>Schlimmer, als sie jemals an Mangel gelitten hat, leidet heute die Welt an Überfluß. Man nennt es Weltwirtschaftskrise.

Man spricht von Überproduktion. Es hat jedenfalls damit angefangen, daß die Erzeugung von Gütern aller Art vervielfacht wurde. Technisierung und Rationalisierung haben dabei die Hauptrollen gespielt. ...

Die Vereinigten Staaten und Afrika ersticken an ihrem Überfluß an Baumwolle. In Brasilien muß man Kaffe verheizen, in Argentinien werden die Maikolben verfeuert. Die großen Industriestaaten haben ihre technischen Anlagen in solchem Maß vergrößert, daß sie die Welt mit Fabrikaten überschwemmen können.

Aber inmitten all dieses Überflusses darben die Menschen in den Rohstoff- wie in den Indu-

strieländern. Die Fabrikate sind unabsetzbar, Maschinen werden stillgelegt, die Fabrikation wird durch ungenügende Ausnutzung der Fabrikanlagen verteuert. Dadurch wird die Konsumkraft geschwächt auch bei den Millionen, die noch Arbeit haben und die mit dem Ertrag ihrer Arbeit die Millionen von Arbeitslosen erhalten müssen.

Die Industrieländer können den Rohstoffländern deren Erzeugnisse nicht abnehmen und infolge Verarmung der Rohstoffländer die eigenen Erzeugnisse nicht dahin verkaufen. Zustände, aus denen dringend ein Ausweg gefunden werden muß.<<

In Deutschland waren 1932 im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Familie des arbeitslosen Max, der wöchentlich 15,85 Reichsmark Arbeitslosenunterstützung erhielt (x149/62): >>Zuallererst, bevor ich ans Essen denke, muß ich 85 Pfennige vorne weg nehmen, die Max in der Woche für Tabak kriegt. Für die Miete müssen wir drei Mark wöchentlich zahlen; Gas 70 Pfennig; 50 Pfennig in der Woche Ratenzahlung für den Sweater von Max und 30 Pfennig in der Woche Handtuchmiete; 1 Mark 30 für Zeitungen und 1 Mark Parteibeitrag. Das macht 6 Mark 80, übrig bleiben 8 Mark 20, und davon müssen 7 Menschen essen. ...<<

Junge Arbeitslose berichteten im Jahre 1932 über ihre Situation (x149/62): >>Schlimmer wie Arbeit und Zwang ist die Arbeitslosigkeit. Diese furchtbare Arbeitslosigkeit bringt den Menschen um. Da hat man gelernt und liegt nachher auf der Straße, keine Aussicht auf Besserung, keine Aussicht auf Weiterbildung, man hat das schreckliche Gefühl des Überflüssigseins.<<

Hamburger Volksschüler einer Abschlußklasse schrieben im Jahre 1932 über ihre Zukunftsaussichten (x067/100): >>Mein Vater sagt, wenn das neunte Schuljahr kommt, soll ich noch bis 1933 zur Schule gehen; im nächsten Jahre könnte die wirtschaftliche Lage schon viel besser sein. ...<<

>>... Mein Vater ist schon fast zweieinhalb Jahre arbeitslos. Er glaubt, daß ich keine Stelle mehr bekommen werde, weil allein 700.000 junge Leute in Deutschland stellungslos sind. Das ist eine schreckliche Zahl; man könnte mit diesen Menschen 7 Großstädte bevölkern.<<

>>Meine Hoffnung, in der Fabrik in der Süderstraße als Mechanikerlehrling eingestellt zu werden, hat sich leider zerschlagen. Statt meiner tritt dort ein Abiturient als Volontär ein. Der Meister sagt, er hätte mehr Nutzen davon. ...<<

>>Ich bin manchmal ganz wirr im Kopf vom Vorstellen. Ich bin jeden Tag auf jede Anzeige losgewesen, aber immer war es schon besetzt. ...<<

>>Meine verheiratete Schwester sagte neulich: Wie war es früher doch besser; bei uns gab es höchstens ein oder zwei Mädchen, die keine Stelle hatten, und jetzt? ... In der Mädchenschule nebenan haben von 30 Mädchen erst 2 eine Lehrstelle! Wie wird es da mit mir werden? ...<<

>>Ich bin sehr froh, daß ich bei unserem Bäcker in die Lehre komme, weil meinem Vater zum 1. April gekündigt ist und ich nun schon mithelfen kann zu verdienen. Eigentlich wollte ich ja Kaufmann werden. ...<<

Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 (Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen) bereits überschritten.

Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernete Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.

In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen.

Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.

Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.

Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.

Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...

Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<

Von den 77 im Deutschen Reich gefällten Todesurteilen wurde im Jahre 1932 kein Urteil vollstreckt. Im Jahre 1933 sollte man bereits 75 % aller Todesurteile vollziehen.

Die Hitlerjugend (HJ) zählte Ende 1932 etwa 100.000 Mitglieder (x067/115).

Der Musikpädagoge und Lyriker Alfred Zschiesche (1908-1992) verfaßte im Jahre 1932 den Text des Soldatenliedes "Weit laßt die Fahnen wehen ..." (x846/...):

>>1. Weit laßt die Fahnen wehen,
Wir woll'n zum Sturme gehen
Frisch, frei nach Landsknechtsart.
Laßt den verlor'nen Haufen
Vorank zum Sturme laufen
Wir folgen dicht geschart.

2. Die Mauern wir erklettern,
Die Türme wir zerschmettern
Und in die Stadt hinein.
Wer uns den Lauf will hemmen,
Sich uns entgegenstemmen
Der soll des Teufels sein.

3. Es harren unser drinnen
Wenn wir die Stadt gewinnen
Viel Gold und Edelstein
Das wird ein lustig' Leben
In unserm Lager geben

Bei Würfelspiel und Wein.

4. Die Reihen fest geschlossen,
Und vorwärts unverdrossen!
Falle, wer fallen mag.
Kann er nicht mit uns laufen,
So mag er sich verschnaufen
Bis an den jüngsten Tag.<<

Ein Sturmführer der SA berichtete später über die Zeit vor der "NS-Machtergreifung" (x067/-130): >>Unsere Demonstrationen in der Studenten-SA verliefen nach dem Muster der Sturmabteilungen aus der Kampfzeit. Wir marschierten in soldatischen Formationen durch die Straßen und wollten damit ein Bekennterum zur nationalsozialistischen Bewegung zeigen. Wir waren also diejenigen, die glaubten, die richtige Weltanschauung zu besitzen, um aus dem immer mehr dahinsiechenden deutschen Vaterland aufzubrechen in eine neue Zeit.

Wir trugen die gleichen Stiefel, die gleichen Hemden, die gleichen Koppel und fühlten uns gleichermaßen in treuer Pflichterfüllung zum Dienst für Deutschland verpflichtet.

Und ich muß hier eines sagen, mich hat die SA immer kolossal beeindruckt als soziale Integrationskraft. Da war der Sohn des Pfarrers, der Sohn des Rektors, der Sohn des Postbeamten, der Sohn des Arztes und der Sohn des Schlossers sowie des Arbeitslosen. ...

Das war mit eines der mächtigsten Triebfedern, daß ich gesagt habe, das kann nicht so sein, daß der Arbeiter gegen den sogenannten Kapitalisten und der "Arbeiter der Stirn" gegen den "Arbeiter der Faust" kämpft, der Landwirt gegen den Gutsherrn und der Gutsherr gegen den Landwirt.

Die Integrierung aller Volksteile, nicht im Sinne einer Vermassung, sondern als Teil einer Volksgemeinschaft, bestehend aus den verschiedenartigsten Gliedern, aber nach außen als einheitlicher Block, war unser Ziel. Wir wollten Tugenden pflegen, die im Aussterben begriffen waren. ...

Nun war für uns junge Idealisten innerhalb der SA die rote Hochburg der Kommunisten und Sozialdemokraten in Mannheim ein begehrtes Angriffsziel. Wir trugen unsere Parteiabzeichen, wir marschierten mit einem "Sturm" oder einem "Sturmbann", der aus 4 Stürmern bestand, singend durch die Straßen, und natürlich gab es immer Tumulte, weil wir uns eben die Gegenden ausgesucht hatten, die "rot" waren.

Wir demonstrierten offen Bekennterum, anders als der normale Bürger, der, wie wir spotteten – feige im Keller saß und sich die Politik vom Leibe hielt, während wir uns sagten, wenn wir schon Änderungen wollen, dann müssen wir uns auch dazu bekennen. ...<<

Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen (1925 geboren) und Werner Jochmann (1921-1994) schrieben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/-357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der Anhänger Hitlers verurteilt habe.

Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.

Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel

machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.

Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.

Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwingen.

So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.

Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei.

...<<

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.

Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...

Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...

Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.

Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.

Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.

Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<

Otto Riethmüller (1889-1938, Beamter, Pastor und Liederdichter) verfaßte im Jahre 1932 den Text des Kirchenliedes "Herr, wir stehen Hand in Hand ..." (x198/527):

>>1. Herr, wir stehen Hand in Hand,
die dein Hand und Ruf verband,
steh'n in deinem großen Heer
aller Himmel, Erd' und Meer.

2. Wetter leuchten allerwärts,
schenke uns das feste Herz;
deine Fahnen zieh'n voran,
führ' auch uns nach deinem Plan.

3. Welten steh'n um dich im Krieg,
gib uns teil an deinem Sieg.
Mitten in der Höllen Nacht
hast du ihn am Kreuz vollbracht.

4. In die Wirrnis dieser Zeit
fahre, Strahl der Ewigkeit.
Zeig den Kämpfern Platz und Pfad
und das Ziel der Gottesstadt.

5. Mach in unsrer kleinen Schar,
Herzen rein und Augen klar.
Wart zur Tat und Waffen blank,
Tag und Weg voll Trost und Dank.

6. Herr, wir gehen Hand in Hand,
Wand'rer nach dem Vaterland:
Laß dein Antlitz mit uns geh'n,
bis wir ganz im Lichte steh'n.<<

Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) sprach man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".

Der Streit um die Westerplatte führte 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlug deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.

Um den erbitterten Widerstand der widerspenstigen Ukrainer zu brechen, die hartnäckig eine gewisse nationale Unabhängigkeit forderten, befahl Stalin im Jahre 1932 "geeignete Strafmaßnahmen". Die zwangsläufige Folge dieser gnadenlosen Strafmaßnahmen und Bauernverfolgungen waren landesweite Hungerkatastrophen.

Die UdSSR war im Jahre 1932 außenpolitisch fast vollständig vom übrigen Europa isoliert.

Mussolini schrieb im Jahre 1932 über die Ziele des Faschismus (x073/88): >>Alles in allem: der Faschismus ist nicht nur Gesetzgeber und Gründer von Einrichtungen, sondern Erzieher und Förderer des geistigen Lebens. Er will nicht die Formen des menschlichen Lebens, sondern seinen Inhalt, den Menschen, den Charakter, den Glauben neu schaffen. Und zu diesem Zwecke fordert er Zucht und Führung, die in die Geister eindringt und darin unbestritten herrscht. Sein Zeichen ist daher das Rutenbündel, das Symbol der Einheit, der Kraft und der Gerechtigkeit.

... Kampf und Leben sollen sein, losgelöst von der Betrachtung der gegenwärtigen Politik, glaubt der Faschismus nicht an die Möglichkeit noch an die Nützlichkeit des ewigen Friedens. Er lehnt daher jede Politik, die einen Verzicht auf Kampf bedeutet, als Feigheit ab.

Der Kampf allein bringt die menschliche Willenskraft auf die höchste Spannung, verleiht ihren Trägern die Würde des Adels. ...<<

Der erste Militärputsch gegen die Zweite Republik in Spanien wurde im Jahre 1932 durch einen anarchistischen Generalstreik vereitelt. Katalonien erhielt Autonomierechte.

Der "Daily Telegraph" empfahl den Deutschen im Jahre 1932, eine "Rechtskoalition" zu bilden (x025/129).

In den USA waren 1932 im Jahresdurchschnitt 12.060.000 Personen bzw. 23,6 % arbeitslos (x149/60).

Nordamerikanische Wirtschaftswissenschaftler berichteten später über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Jahre 1932 (x243/83): >>Wenn man durch eine amerikanische Stadt ging, waren die Anzeichen der Krise für das flüchtige Auge kaum sichtbar, jedenfalls nicht auffällig. Man konnte bemerken, daß viele Läden geschlossen waren und Schilder auf verstaubten Fenstern darauf hinwiesen, daß sie zu verpachten wären: daß wenig Fabrikschornsteine rauchten; daß auf den Straßen weniger Lastwagen fuhren. ...

Die wichtigsten Auswirkungen der Krise waren meist negativer Art und sprangen nicht ins Auge. Wer aber wußte, wo es hinzusehen galt, der würde doch einige zu Gesicht bekommen. Erstens, in ärmeren Vierteln die Menschenglangen vor der Brotausgabestelle.

Zweitens, ... Bretterbuden in denen Menschen, manchmal ganze Familien Ausgewiesener, auf Autositzen schliefen, und sich an Abfallfeuern in Mülltonnen wärmten.

Drittens, die Obdachlosen, die in Hauseingängen oder auf Parkbänken schliefen oder von Restaurant zu Restaurant zogen, um ihr Dasein mit halbgegessenen Brot- und Kuchenresten oder irgend sonstwas zu fristen.

Viertens, die gewaltig angewachsene Zahl von Anhaltern auf den Überlandstraßen und besonders die vielen blinden Passagiere auf den Güterwaggons der Eisenbahnen.

Die meisten der vergleichsweise Wohlhabenden im Lande mußten ihren Lebensstandard zurückschrauben. ... Diese Leute entließen Personal oder senkten die Löhne ihrer Dienstboten oder "erlaubten" in manchen Fällen einem Bediensteten zu bleiben, ohne jede Entschädigung außer Essen und Unterkunft. In vielen feinen Häusern kochten und schrubbten Hausfrauen, die diese Arbeit selbst zuvor nie getan hatten. ... Ihre Ehemänner trugen die alten Anzüge länger, traten aus dem Golfclub aus, stellten vielleicht fest, daß es sich die Familie nicht leisten konnte, im Sommer an die See zu fahren. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise in Nordamerika (x281/75): >>... Das amerikanische Bruttoinlandsprodukt fiel in der Zeit von 1929 bis 1933 fast um die Hälfte und drückte viele Familien unter das Existenzminimum. In den Wohnquartieren herrschte Hunger. In Chicago wurden Lehrer, die seit zwölf Monaten kein Gehalt mehr bekommen hatten, im Klassenzimmer ohnmächtig. In den Städten gab es Hungertote wie im europäischen Mittelalter.

Es kam vielerorts in den USA zur Plünderung von Lebensmitteltransporten und zu Protestaktionen in Sichtweite des Weißen Hauses. Ein offenbar gefühlsarmer US-Präsident Hoover schickte den Unzufriedenen die Kavallerie mit gezückten Säbeln auf den Hals, unterstützt von Panzerwagen und Tränengas.

Die Erfolgsgeschichte Amerikas war nicht beendet, aber sie war zumindest jäh unterbrochen. ...<<

In Südamerika begann 1932 der "Kakao-Krieg" (1932-35) zwischen Paraguay und Bolivien.

Obwohl in Palästina vielerorts Judenverfolgungen stattfanden, wanderten von 1919-32 rund 84.100 Juden in ihre uralte Heimat (x055/507).

Ein Erdbeben in Kansu forderte im Jahre 1932 etwa 70.000 chinesische Todesopfer (x175/-60).

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>DER GROSSE PLOETZ IM BILD</u> . Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3</u> . Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte</u> . Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2</u> . Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.

x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute.</u> 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin.</u> Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x086	Stigmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung.</u> Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x091	Wellershoff, Dietrich (Hg.): <u>Freiheit - Was ist Das?</u> Aussagen zum Begriff der Freiheit. 2. Auflage. Herford 1987.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte.</u> 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: <u>Indianer heute.</u> Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit.</u> 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x198	Evangelisches Kirchengesangbuch. Hannover 1967.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.

x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert.</u> 1. Auflage. Berlin 1986.
x269	Ferber, Christian (Hg.): <u>Berliner Illustrierte Zeitung. Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945.</u> Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914.</u> Frankfurt/Main 1985.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden.</u> München 2007.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld.</u> 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte.</u> COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer. Die Verschwörungen eines Geheimbundes.</u> COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x361	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Wer finanzierte Hitler? Das dunkle Geheimnis der Wall Street.</u> COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: <u>Wer regiert die Welt?</u> Leonberg 1992.

Internet

x843	Der Streit um die Minderheitenrechte: http://archiv.preussische-allgemeine.de/-1988/1988_12_10_50.pdf - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x905	https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Wall_Street?uselang=de - März 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019